

Sand im Getriebe 69

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

pdf-Version unter <http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/> html-Version unter <http://sandingetriebe.attac.at>, Redaktion: sig@attac.de



Demonstration vor der New Yorker Börse am 25.9. (Foto: leesan / flickr.com)

Nicht nur eine Finanzkrise

„Es ist deutlicher als je zuvor, dass wir grundsätzliche Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftssystem brauchen.“ (Erklärung von Attac Deutschland)

Finanzkrise		
Attac De Ratschlag	Die Zeit ist reif für ein Systemwechsel -	2
Walden Bello	Woran liegt es?	3
Elmar Altvater	Krisen – das wiederkehrende „Weltmarktungewitter“	7
Harald Schumann	Die Wall Street hat den Dollar verspielt	9
Attac Chile und Argentinien	zur Finanzkrise	11
Attac-Verbände	Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte!	13
internationale Petition	Spekulation und Krisen – es reicht!	14
isw München	Mängel der Attac-Vorschläge	15
Christian Felber	Globale Finanzkonferenz: Vorsitz an Keynes!	17
Ver.di Baden-Württemberg	Soziale Sicherungen wiederherstellen	18
Bahn für Alle	Aufhebung des Börsenganges!	18
Sozialforen		
Francine Mestrum	Vorbereitung auf die Strategiediskussion am WSF	19
Europäisches Sozialforum	Aufruf der Sozialen Bewegungen	22

Attac: Europäische Sommeruniversität		
J.M. Harribey	Eine Zukunftsuniversität	23
Attac Europas,	"No means no!" - das Nein der Iren europäisieren!	24
Attac Europas	Gegen die Rückkehr-Dienstanweisung:	25
Migrationsgipfel, Paris	„Brücken – keine Mauern“	25
Lucile Daumas	Die EU zerschlägt an ihren Grenzen die öffentlichen Dienstleistungen	26
Annette Groth	Rechtsextremismus und Neofaschismus in Europa	29
IMI	Den Militärvertrag von Lissabon endgültig beerdigen!	31
Afghanistan		
Medea Benjamin	Der Afghanistan-Krieg im Spiegel der USA	32
Bernd Riexinger, ver.di	"Schulen und Straßen können andere besser bauen"	33
1968		
Winfried Wolf	Chiffre 68: Eine globale Revolte und ihre Bilanz	34

Die Zeit ist reif für einen Systemwechsel!

Erklärung des Ratschlags von Attac Deutschland am 12. Oktober 2008

Seit mehr als einem Jahr tobt die Krise an den Finanzmärkten. Wann immer es heißt, das Schlimmste sei überstanden, folgt kurze Zeit später der nächste Bank-Kollaps, die nächste verzweifelte Rettungsaktion durch eine Zentralbank, der nächste Börsen-Absturz.

Diese Krise ist die schwerste Krise des Kapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Es handelt sich nicht um eine reine Finanzkrise – wir stehen mittlerweile vor einer schweren Weltwirtschaftskrise und mitten in einer tiefen sozialen und gesellschaftlichen Krise. Aktuell zeigt sich das krisenhafte kapitalistische System wieder einmal als unbeherrschbar.

Diese Krise ist keine Naturkatastrophe. Vordergründig ist sie die Folge des Platzens der Immobilienblase in den USA und des Zusammenbruchs der Kreditpyramide, die die Banken in den letzten Jahren aufgebaut haben. Doch ist sie eben auch das Ergebnis eines Systems, in dem der gesellschaftliche Reichtum in Form von Kapital auf der Jagd nach Rendite um die Welt zirkuliert. Sie ist Folge der globalen Ungleichgewichte, die sich in den letzten Jahren immer weiter verschärft haben. Sie ist begründet in einer Politik, die bewusst die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte vorangetrieben hat. Und sie ist die Folge der Umverteilung von unten nach oben, die überhaupt erst diese Art der Konzentration von Vermögen ermöglicht hat.

Über eine Billion Dollar mussten von den Banken bereits abgeschrieben werden, die Investmentbanken sind vom Erdboden verschwunden, das restliche Bankensystem ist tief erschüttert. Weltweit fallen die Aktienkurse. Aber die wahren Betroffenen sind andere. Es sind unzählige AmerikanerInnen, die ihre Häuser oder Renten verloren haben. Es sind Millionen ArbeitnehmerInnen auf der ganzen Welt, die ihren Job verlieren werden. Es sind die Menschen in den Entwicklungsländern, die durch die drohende Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen werden. Und es ist die ganze Gesellschaft, die gigantische Summen in die Rettung von Banken stecken muss, während für das öffentlich Notwendige weiter das Geld fehlen wird.

Das endgültige Ausmaß der Krise ist noch immer nicht klar. Aber schon jetzt ist klar: **Die Zeit ist reif für einen Systemwechsel.**

Wir dürfen die Politik nicht damit davon kommen lassen, die Akteure des Finanzmarktkapitalismus in einen Zustand zu versetzen, das Spiel von neuem zu beginnen. Technische Reparaturen reichen nicht. **Es ist Zeit für eine Wende.** Die Menschen sind nicht länger bereit, den Irrsinn eines Systems zu ertragen, in dem steigender gesellschaftlicher Reichtum destruktive Krisen auslöst. Die Chance ist jetzt da, den Finanzmarktkapitalismus zu Grabe zu tragen! Dafür wird Attac mit allen Bündnispartnern für eine gesellschaftliche Bewegung mobilisieren.

Wir fordern:

Die Verursacher müssen zahlen!

Überall werfen derzeit die Regierungen das Geld der Steuerzahler den Banken in den Rachen, um den Kollaps des Bankensystems abzuwenden. Wir werden nicht akzeptieren, dass die Rettungsaktionen nun zu Lasten der sozial Benachteiligten oder der sozialen Infrastruktur gehen. Die Verursacher müssen zahlen. Wir fordern daher eine einmalige Sonderabgabe auf große Vermögen, um die Kosten der Krise zu finanzieren. Banken, denen der Staat mit öffentlichem Geld hilft, müssen durch eine Verstaatlichung auch unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.

Die Banken entmachten!

Die Banken haben sich auf der Suche nach immer höheren Renditen von einer Dienstleistungsrolle für die Realwirtschaft gelöst und mit ihren Geschäften den Kollaps des ganzen Finanzsystems riskiert. Als Schlüsselbranche im Kapitalismus gehören sie unter öffentliche Kontrolle. Dabei geht es nicht darum, nur bankrotte Banken zu verstaatlichen, sondern gerade darum, finanzstarken Instituten demokratische Kontrollmechanismen aufzuzwingen. Daneben muss das öffentliche und genossenschaftliche Bankensystem gestärkt werden.

Finanzmärkte kontrollieren – ihre Macht brechen!

Die Politik der letzten Dekaden hat bewusst zugelassen, dass sich große Teile der Finanzmärkte fernab jeglicher Kontrolle entfalten konnten. Die Entstehung eines Schattenbankensystems wurde nicht verhindert, der Entstehung neuer, gefährlicher Finanzinstrumente tatenlos zugehört.

Attac fordert, das Schattenbankensystem aus Hedge-Fonds, Zweckgesellschaften und anderen unregulierten Finanzakteuren muss verboten werden. Ein Finanzmarkt-TÜV muss eingerichtet werden, der neue Finanzinstrumente standardisiert und prüft, bevor diese gehandelt werden dürfen. Mit der Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen (inklusive von Devisentransaktionen) wollen wir Spekulation reduzieren und die Kurzfristorientierung der Finanzmärkte schwächen. Neben diesen Maßnahmen müssen die Finanzmärkte durch eine radikale Umverteilung geschrumpft werden.

Steueroasen schließen!

Die Steueroasen spielen nicht nur bei der Steuerhinterziehung eine wichtige Rolle, sondern sind auch zentral für das Funktionieren des globalen Finanzmarkt-Casinos. Hier wurden unter Umgehung nationaler Regulierung Fonds aufgesetzt oder Zweckgesellschaften der Banken gegründet. Die Steueroasen müssen endlich geschlossen werden.

Das Öffentliche den Finanzmärkten entziehen!

Wer diese Krise ernst nimmt, kann nur die Konsequenz ziehen: Die öffentliche Daseinsvorsorge muss der Willkür und dem irrationalen Herdentrieb privater Investoren entzogen werden, und allein aus Gemeinwohlinteresse betrieben werden. Darum darf es keine weiteren Privatisierungen geben. Die Privatisierung der Bahn muss endgültig vom Tisch, der Gesundheitsfond und die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme zurückgenommen werden. Insbesondere die Riester-Rente, die mit zur Aufblähung der Finanzmärkte beigetragen hat, muss durch eine solidarische Bürgerversicherung ersetzt werden.

Die Krise sozial bewältigen!

Unzählige Menschen werden in der kommenden Zeit von Arbeitslosigkeit und sozialer Verunsicherung betroffen sein. Während die Politik den Banken hilft, bleibt sie tatenlos, was die Folgen der Krisen für die Menschen betrifft.

Wir fordern ein energisches Eingreifen, ein ökologisches Umbauprogramm und massive Investitionen in die soziale Infrastruktur, um die konjunkturellen Folgen sozial abzufedern.

Es ist deutlicher als je zuvor, dass wir grundsätzliche Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftssystem brauchen. Diese Forderungen sind deshalb nur ein Anfang – ein Startschuss für einen offenen Prozess, in dem wir solche Alternativen im Dialog mit allen progressiven Kräften entwickeln wollen. In den nächsten Wochen und Monaten wollen wir die Öffentlichkeit für eine andere Politik mobilisieren.

Zum Auftakt ruft Attac zu einer **Protestkundgebung vor dem Bundesfinanzministerium am 30. Oktober um 17 Uhr** auf. Unter dem Motto **"Die Verursacher sollen selbst zahlen, holt das Geld von den Reichen"** werden wir Steinbrück auf die Pelle rücken.

<http://www.attac.de/aktuell/presse/>



Walden Bello

Woran liegt es?

Kleine Einführung in die Ursachen des Zusammenbruchs der Wall Street.

Viele an der Wall Street haben noch immer die erschütternden Ereignisse der letzten zehn Tage zu verdauen:

- 1-3 Billionen Dollar an Finanz-Werten ausgelöscht.
- Die Wall Street ist de facto verstaatlicht. Die Federal Reserve Bank (Notenbank = FED) und das Finanzministerium treffen alle wichtigen strategischen Entscheidungen im Finanzbereich. Seit der Rettung der American International Group (AIG) kontrolliert die US-Regierung die weltgrößte Versicherungsgesellschaft.
- Das größte Bail-out seit der großen Depression mit 700 Milliarden US\$ ist die jüngste Verzweiflungstat zur Rettung des globalen Finanz-Systems.

Die üblichen Erklärungen reichen nicht mehr. Außerordentliche Ereignisse erfordern außerordentliche Erklärungen. Aber zuerst einmal...

Ist das Schlimmste vorbei?

Nein, wenn irgendetwas aus den widersprüchlichen Vorgängen der letzten Woche klar wird, dann, dass es keine Strategie gibt, wie mit der Krise umzugehen ist. Zuerst lässt man Lehman Brothers in den Konkurs schlittern, dann übernimmt man AIG und fädelt die Übernahme von Merrill Lynch durch die Bank of America ein. Es gibt nur

taktische Manöver, ähnlich der Feuerwehr bei einem Großbrand.

Der Kauf von schlecht besicherten Hypothekar-Krediten im Wert von 700 Milliarden US\$ zeugt nicht von einer Strategie, sondern ist vor allem ein verzweifelter Kraftakt, um wieder Vertrauen für das System zu gewinnen, um das schwindende Vertrauen in die Banken und anderer Finanz-Institutionen wieder herzustellen und einen Run auf die Banken zu verhindern, der 1929 die große Depression ausgelöst hat.

Was war die Ursache für den Zusammenbruch des Nervenzentrums des Kapitalismus? War es Gier?

Die gute altmodische Gier spielte eine Rolle. Klaus Schwab, der Organisator des Welt-Wirtschafts-Forums, wo sich alle Jahre die Elite in den Schweizer Alpen trifft, sagte seiner Klientel: „Wir müssen für die Sünden der Vergangenheit büßen.“

Hat sich in diesem Fall Wall Street selbst ausgetrickst?

Ganz sicher. Finanz-Spekulanten tricksten einander aus, indem sie immer komplexere Finanz-Kontrakte schufen. Z. B. Derivate, die Sicherheiten und Geld aus allen Risiko-Formen gewannen. Darunter solch exotische Derivate wie „Credit Default Swaps“.

Sie erlauben Investoren auf das Risiko zu wetten, dass die eigenen institutionellen Schuldner der Bank, ihre Schulden nicht zurückzahlen können. Dieser unregulierte Handel im Umfang von vielen Billionen Dollar brachte AIG zu Fall.

Als das International Financing Review (IFR) am 17. Dezember 2005 ihre jährlichen Auszeichnungen (eines der begehrtesten Auszeichnungs-Programme des Anlagen-Geschäfts) ankündigte, gab es folgendes Statement: „(Lehman Brothers) behielt nicht nur seine marktbeherrschende Stellung, sondern führte auch den Sturm an die Spitze an, indem ... sie innovative Produkte entwickelte und Transaktionen anbot, welche maßgeschneidert sind für die Bedürfnisse der Kreditnehmer. Lehman Brothers ist die innovativste Gesellschaft an der Spitze und bietet Produkte, die man sonst nirgends erhält.“

Kommentar überflüssig.

Fehlte die Regulierung?

Ja – inzwischen ist es allgemein bekannt, dass die innovative Kapazität der Wall Street, die immer kompliziertere finanzielle Instrumente entwickelte, den Regulierungsfähigkeiten der Regierungen weit voraus war. Aber nicht deshalb, weil die Regierungen nicht imstande gewesen wären zu regulieren, sondern weil die vorherrschende neoliberale Laissez-faire-Einstellung die

Regierungen davon abhielt, effektive Regelungs-Mechanismen zu entwickeln.

Aber passiert da nicht noch etwas mehr? Steckt da etwas im System?

Immerhin sah George Soros so etwas kommen. Er sagt, die Krise, durch die wir derzeit gehen, ist die Krise des Finanz-Systems, ist die Krise des „gigantischen Kreislaufes“ eines „globalen kapitalistischen Systems, das ... aus allen Nähten platzt.“

Um die Einsichten dieses Erz-Spekulanten zu verstehen: Was wir beobachten können ist die Intensivierung einer der zentralen Krisen oder Widersprüche des globalen Kapitalismus: Die Krise der Überproduktion, auch bekannt als Überakkumulations-krise oder Krise der Überkapazitäten.

Es ist die Tendenz des Kapitalismus, enorme Produktionskapazitäten aufzubauen, welche die Mittel der Bevölkerung zu konsumieren bei weitem übersteigt. Die Ursache dafür liegt in den sozialen Ungleichheiten, die die Kaufkraft der Bevölkerung begrenzt und damit auch die Gewinne mindert.

Aber was hat die Krise der Überproduktion mit den gegenwärtigen Ereignissen zu tun?

Jede Menge. Aber um die Zusammenhänge zu verstehen, müssen wir zurück schauen in das so genannte goldene Zeitalter des zeitgenössischen Kapitalismus, in die Periode von 1945 bis 1975.

Das war eine Periode schnellen Wachstums, sowohl in den entwickelten als auch in den unterentwickelten Ökonomien. Die Ursache dafür war zum einen der massive Wiederaufbau Europas und Ost-Asiens nach den Zerstörungen des zweiten Weltkrieges, zum anderen die neue sozioökonomische Ausrichtung, institutionalisiert in der Wirtschaftspolitik nach John Maynard Keynes. Der Schlüssel zu letzterem war eine starke staatliche Steuerung der Aktivitäten des Marktes, aggressiver Einsatz der Geld- und Finanzpolitik, um die Inflation niedrig zu halten und eine Rezession zu vermeiden. Zudem ein Regime relativ hoher Löhne, um die Nachfrage zu stimulieren und aufrecht zu erhalten.

Was ist schief gelaufen?

Diese Periode kräftigen Wachstums kam in der Mitte der siebziger Jahre zu einem Ende, als die entwickelten Ökonomien von einer Stagflation erfasst wurden mit geringem Wachstum und zugleich mit hoher Inflation. Das hätte nach der neoklassischen Wirtschaftstheorie nicht passieren dürfen.

Stagflation war nur ein Symptom für eine tiefere Ursache: Der Wiederaufbau Deutschlands und Japans und das rasche industrielle Wachstum von Ökonomien wie Brasilien, Taiwan und Süd-Korea vermehrten die Produktionskapazitäten ganz enorm und damit den globalen Konkurrenzkampf. Zugleich begrenzten die sozialen Ungleichheiten in diesen Ländern und die globale Ungleichheit zwischen den Ländern das Wachstum der Kaufkraft und der Nachfrage, damit schwanden die Gewinne. Verstärkt wurde dieser Effekt durch die massiven Ölpreis-Steigerungen in der Mitte der siebziger Jahre.

Wie versuchte der Kapitalismus die Krise der Überproduktion zu meistern?

Das Kapital fand drei mögliche Auswege aus dem Schlamassel der Überproduktion: Neoliberale Umstrukturierung, Globalisierung und Finanzialisierung.

Was bedeutet neoliberale Umstrukturierung?

Die neoliberale Umstrukturierung nahm im Norden die Formen der Reaganomics und des Thatcherismus an und im Süden gab es die strukturelle Anpassung. Das Ziel war es, die Akkumulation des Kapitals zu beleben und die Mittel waren: 1) Abbau der staatlichen Beschränkungen für den Zuwachs, Einsatz und Umlauf von Kapital und Vermögen. 2) Umverteilung des Einkommens von den armen und mittleren Einkommensklassen zu den Reichen, nach der Theorie, dass die Reichen dadurch motiviert würden, Investitionen zu tätigen und damit das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln. Diese Formel barg allerdings ein Problem: durch die Umverteilung der Einkommen zu den Reichen plünderte man die der Armen und der Mittelklasse, und dadurch wurde die Nachfrage geschwächt, während die Reichen nicht unbedingt in neue Produktionen investierten.

Die generelle neoliberale Umstrukturierung im Norden und im Süden während der achtziger und neunziger Jahre brachte nur ein schwaches Wirtschaftswachstum. In den Neunzigern war das durchschnittliche Wachstum der Weltwirtschaft 1,1%, in den Achtzigern 1,4%, während es zu den Zeiten des dominierenden staatlichen Interventionismus in den Sechzigern durchschnittlich 3,5% betrug und in den Siebzigern 2,4%. Die neoliberale Umstrukturierung konnte die Stagnation nicht beenden.

War die Globalisierung eine Antwort auf die Krise?

Der zweite mögliche Ausweg für das Kapital aus der Stagnation war die „extensive Akkumulation“ oder Globalisierung oder

die rasche Integration von halb-kapitalistischen, nicht-kapitalistischen oder vor-kapitalistischen Gebieten in die globale Markt-Ökonomie. Rosa Luxemburg, die berühmte deutsche revolutionäre Ökonomin, sah dies schon lange als Bedingung, um die Profitrate in den Metropolen zu erhöhen. Wie? Durch den Zugang zu billigen Arbeitskräften, zu neuen, bisher begrenzten Märkten, zu neuen Quellen billiger Agrarprodukte und Rohstoffe, durch die Eröffnung neuer Bereiche für Investitionen in Infrastruktur. Diese Integration geschah durch Handels-Liberalisierung, Beseitigung von Beschränkungen für den freien globalen Kapitalfluss und durch die Abschaffung von Hindernissen für Auslands-Investitionen.

Das prominenteste Beispiel für die Integration eines nicht-kapitalistischen Landes in die globale kapitalistische Wirtschaft in den letzten 25 Jahren ist natürlich China.

Um den sinkenden Profiten entgegen zu wirken, verlagerten zahlreiche Unternehmen aus der Fortune 500 Gruppe bedeutende Teile ihrer Aktivitäten nach China, um den Vorteil des so genannten „China-Preises“ erreichen - das ist der Kostenvorteil, der sich aus der scheinbar unerschöpflichen Quelle billiger Arbeitskräfte ergibt. In der Mitte der ersten Dekade dieses Jahrhunderts kamen ca. 40 bis 50% der Gewinne US-amerikanischer Konzerne aus den Aktivitäten im und den Verkäufen ins Ausland, besonders in und nach China.

Warum konnte mit der Globalisierung die Krise nicht überwunden werden?

Durch diesen Ausweg aus der Stagnation wird allerdings das Problem der Überproduktion nur verschlimmert, weil die Produktionskapazitäten erweitert werden. China hat während der letzten 25 Jahre enorme Produktionskapazitäten errichtet. Das hatte einen Druck auf Preise und Gewinne zur Folge. So überrascht es nicht, dass, seit ca. 1997 die Gewinne der US-Konzerne stagnierten. Der Index der Gewinnmargen in der Gruppe der Fortune 500 bewegte sich von 7,15 zwischen 1960 und 1969 auf 5,30 zwischen 1980 und 1990 auf 2,29 zwischen 1990 und 1999 und auf 1,32 zwischen 2000 und 2002.

Warum lösten die neuen Finanztransaktionen das Problem nicht?

Wegen der begrenzten Erfolge der neoliberalen Umstrukturierung und der Globalisierung im Kampf gegen die negativen Auswirkungen der Überproduktion, wurde der dritte mögliche Ausweg, um die Gewinne zu erhalten und zu steigern, immer wichtiger: die Finanzialisierung.

In einer idealen Welt neo-klassischer Wirtschaftstheorie ist das Finanzsystem der Mechanismus, mit dem Sparer oder Leute mit frei verfügbarem Geld zusammen gebracht werden mit Unternehmern, die dieses Geld zum Investieren in Produktionen brauchen. In der realen Welt des Spät-Kapitalismus bringen Investitionen in Industrie und Landwirtschaft wegen der Überkapazitäten nur geringe Gewinne. Daher zirkulieren große Mengen frei verfügbaren Geldes. Sie werden investiert und reinvestiert im Finanz-Sektor, d.h. der Finanz-Sektor wendet sich gegen sich selbst.

Als Ergebnis öffnet sich die Schere zwischen einer hyperaktiven Finanz-Wirtschaft und einer stagnierenden Real-Wirtschaft immer weiter. Wie ein Finanz-Manager feststellt: *„In den letzten Jahren ist die Diskrepanz zwischen Real-Wirtschaft und Finanz-Wirtschaft immer größer geworden. Die reale Wirtschaft ist gewachsen ... aber bei weitem nicht so stark wie die Finanzwirtschaft—bis sie implodierte.“*

Was uns dieser Beobachter nicht sagt ist, dass die Diskrepanz zwischen Real- und Finanz-Wirtschaft kein Zufall ist – dass die Finanzwirtschaft genau deswegen explodiert ist, weil sie die Stagnation wettmachen sollte, die durch die Überproduktion in der Real-Wirtschaft verursacht wurde.

Was war das Problem mit dem Ausweg über die Finanzialisierung?

Investitionen im Finanzsektor sind gleichbedeutend mit dem Versuch, einen Wert aus einem schon geschaffenen Wert heraus-zupressen. Man kann damit einen Gewinn erzielen, jawohl, aber es wird kein neuer Wert geschaffen – nur Industrie, Landwirtschaft, Handel und Dienstleistungen schaffen neue Werte. Weil der Gewinn nicht auf einem geschaffenen Wert beruht, sind solche Investitionen sehr unsicher. Die Preise von Aktien, Anleihen und anderen solche Investitionsformen können sich dramatisch von ihrem wahren Wert entfernen. Z. B. können die Aktien von Internet-Start-Ups in einer Aufwärtsspirale aus Finanz-Spekulationen immer weiter steigen – und dann abstürzen. Die Gewinne hängen ab von den Vorteilen, die aus dem positiven Abweichen der Preise vom Wert der Ware entsteht. Man muss verkaufen, bevor die Realität eine „Korrektur“ erfordert, also vor einem Absturz bis zum realen Wert. Der rasche Anstieg der Preise für eine Anlage weit über den realen Wert hinaus wird die Bildung einer Blase genannt.

Warum ist die Finanzialisierung so flüchtig?

Da die Gewinne abhängig sind von Spekulations-Coups, ist es keine Überraschung, dass der Finanz-Sektor von Blase zu Blase

taumelt, oder von einer Spekulations-Manie zur nächsten.

Weil der Kapitalismus der Finanzwelt nur von Spekulations-Manie getrieben wurde, hat er Dutzende von Krisen erlebt seitdem der Kapitalmarkt in den achtziger Jahren dereguliert und liberalisiert wurde.

Vor dem aktuellen Zusammenbruch der Wall Street waren die explosivsten Krisen die „Tequila“-Finanz-Krise von Mexiko (1994-95), die Finanz-Krise in Asien (1997-98), die russische Finanzkrise (1996), der Aktien-Crash an der Wall Street (2001) und der Finanz-Zusammenbruch in Argentinien (2002).

Bill Clintons Finanzminister Robert Rubin (er kam von der Wall Street) sagte vor fünf Jahren schon voraus, dass *„künftige Finanz-Krisen fast mit Sicherheit nicht zu vermeiden sind und sie könnten noch schwerer werden.“*

Wie diese Blasen entstehen, anwachsen und platzen.

Wir wollen die Finanz Krise in Asien der Jahre 1997 und 98 als ein Beispiel nehmen:

- Zuerst: Liberalisierung des Kapital- und Finanzmarktes auf Drängen des IWF (Internationaler Währungs-Fonds) und des US-Finanzministeriums.
- Dann: Eintritt ausländischer Investoren auf der Suche nach schnellen und hohen Gewinnen. Sie stiegen in den Immobilien- und Aktienmarkt ein.
- Die folgende Investitionsflut führte zum Verfall der Aktien- und der Immobilienpreise. In der Folge wurden 1997 die Gelder panikartig abgezogen. In wenigen Wochen verließen 100 Milliarden US\$ den ost-asiatischen Markt.
- Bail-out der ausländischen Spekulanten durch den IWF.
- 1998: Zusammenbruch der realen Wirtschaft – Rezession in ganz Ost-Asien.
- Trotz dieser massiven Destabilisierung wurde eine nationale und internationale Regulierung des Finanzsystems aus ideologischen Gründen abgelehnt.

Nun zur aktuellen Blase. Wie ist sie entstanden?

Der gegenwärtige Zusammenbruch der Wall Street hat seine Wurzeln in der Technologie-Blase von Ende 1990. Damals schnellten die Preise der Aktien von Internet-Start-Ups ins Unermessliche und stürzten nachher ab. Die Folge waren Verluste von sieben Billionen US\$ und die Rezession von 2001-2002.

Die lockere Geldpolitik der FED unter Alan Greenspan ermöglichte die Technologie Blase. Als sie platzte entstand eine Rezessi-

on. Um eine lange Rezession zu vermeiden, senkte Greenspan im Juni 2003 den Diskontsatz auf 1%, den niedrigsten Satz seit 45 Jahren, und beließ ihn dort für mehr als ein Jahr. Der Effekt: eine neue Blase, die Immobilien-Blase.

Schon 2002 warnten fortschrittliche Wirtschaftswissenschaftler wie Dean Baker vom Center for Economic Policy Research vor der Immobilien-Blase. Dennoch sah Ben Bernanke, damals Präsident des Rates der Wirtschaftsberater und heute Chef des Federal Reserve Board (Fed), bis zum Jahr 2005 die Ursache für den Anstieg der Immobilienpreise in den USA in „starken wirtschaftlichen Grundsätzen“ und nicht in spekulativen Aktivitäten. Wen wundert es, dass er auf dem falschen Fuß erwischt wurde, als im Sommer 2007 die Krise der schlecht besicherten Hypotheken ausbrach.

Wie ist sie gewachsen?

Hören wir einen der wichtigsten Spieler am Markt selbst, George Soros: *„Hypotheken-Banken ermutigten ihre Schuldner, ihre Hypotheken umzuschulden und das Kapital teilweise zurück zu fordern. Sie erleichterten die Bedingungen und boten neue Produkte an, wie flexible Hypothekarkredite, Kredite mit „nur Zinsen“ und „Lockangebote“ mit niedrigen Zinsen. All das ermutigte Spekulationen mit Wohnhäusern. Die Preise für Häuser begannen in zweistelligen Raten zu steigen. Damit wurde die Spekulation weiter angeheizt. Wegen des Anstiegs der Preise für die Wohnhäuser fühlten sich die Hauseigentümer reich und sie stürzten sich in den Konsum auf Schulden. Das hielt die Wirtschaft in den letzten Jahren am Laufen“.*

Wenn wir den Vorgang genauer betrachten, werden wir sehen, dass die Ursache für die Krise der schlechten Hypotheken nicht im Überangebot gegenüber der realen Nachfrage lag. Die „Nachfrage“ war zum Großteil durch eine Spekulations-Manie generiert von Erschließungsfirmen und Finanziers, die fette Profite machen wollten mit ausländischem Geld, das die USA in den letzten zehn Jahren überflutete. Große Hypotheken-Darlehen wurden aggressiv an Millionen von Menschen verkauft, die sie sich sonst nicht hätten leisten können. Man bot niedrige „Lockzinsen“, die später hinaufgesetzt wurden und damit die Zahlungsverpflichtungen der Hauseigentümer in die Höhe trieben.

Aber wie konnten schlechte Hypotheken, die nicht zurückgezahlt wurden, zu so einem großen Problem werden?

Der Grund: Diese Anlagen wurden nachher von den Hypotheken-Banken „verbriefte“ durch andere komplexe Derivate, so genannte „collateralized debt obligations“

(CDO = Anleihe, die durch ein diversifiziertes Schuldenportefeuille besichert wird). Es wurde mit Mittelsmännern auf verschiedenen Ebenen gearbeitet, die Risiken wurden verharmlost und so schnell als möglich an andere Banken und institutionelle Anleger weiterverkauft. Diese Institute wiederum verkauften diese Verbriefungen an andere Banken und ausländische Finanz-Institute.

Als die Zinssätze für die schlecht besicherten Kredite, die flexiblen Hypotheken und andere Wohnungsbau-Kredite angehoben wurden, ging nichts mehr. Es gibt ca. sechs Millionen schlecht besicherte offene Hypotheken. 40% derselben werden wahrscheinlich in den nächsten zwei Jahren fällig gestellt werden, schätzt Soros.

In den nächsten Jahren werden noch fünf Millionen flexible Hypotheken und andere ähnliche Kredite als uneinbringlich erscheinen. Aber „Verbriefungen“ im Wert von einigen Billionen Dollar sind schon wie Viren in das globale Finanz-System gepumpt worden. Das gigantische Kreislauf-System des globalen Kapitalismus war tödlich infiziert.

Wieso konnten die Titanen der Wall Street wie Kartenhäuser zusammenstürzen?

Bei Lehman Brothers, Merrill Lynch, Fannie Mae, Freddie Mac und Bear Stearns überstiegen die Verluste durch diese vergifteten Anlagen die Reserven dieser Firmen bei weitem und ruinierten sie. Es ist wahrscheinlich, dass noch andere fallen werden, wenn erst einmal ihre Bücher korrigiert sind und die Bewertung dieser Anlagen korrekt dargestellt ist – viele dieser Anlagen wurden nämlich unter „Bilanz extern“ verbucht.

Viele andere werden folgen, wenn andere spekulative Aktivitäten, wie Kreditkarten und verschiedene Varianten von Risiko-Besicherungen bewertet werden müssen. Die American International Group (AIG) stolperte über ihr massives Engagement im nicht regulierten Bereich von credit default swaps, Derivate, die es Investoren erlauben, auf das Risiko zu wetten, dass Unternehmen ihre Schulden nicht zurück zahlen könnten. Solche Wetten auf Rückzahlungsausfälle erreichen derzeit einen Marktwert von 45 Billionen US\$. Dieser Markt ist gänzlich unreguliert. Der Betrag erreicht den fünffachen Wert aller Anleihen der US-Regierung. Das riesige Ausmaß dieser Werte, die verloren gehen könnten, sollte AIG zusammenbrechen, war der Grund, warum Washington sich doch dazu entschied die AIG zu retten, nachdem man Lehman Brothers zusammen brechen ließ.

Was wird nun geschehen?

Folgendes können wir mit Sicherheit sagen: Es wird noch mehr Insolvenzen und Verstaatlichungen geben. Ausländische Banken und Institute werden ihren Partner in den USA folgen. Der Zusammenbruch der Wall Street wird die Rezession in den USA intensivieren und verlängern. In Asien und in anderen Weltgegenden wird eine Rezession in den USA auch Rezessionen oder noch schlimmeres auslösen. Der Grund für letzteres liegt darin, dass die USA der wichtigste Absatzmarkt für China ist. Andererseits importiert China Rohstoffe und Vorprodukte aus Japan, Korea und Süd-Ost-Asien zur Herstellung ihrer Exportgüter für die USA. Die Globalisierung hat ein „Abkoppeln“ unmöglich gemacht. Die USA, China und Ost-Asien sind wie drei Sträflinge, die aneinander gekettet sind.

Kurz zusammen gefasst...?

Der Zusammenbruch der Wall Street hat seine Ursache nicht nur in der Gier und im Mangel an Regulierung eines hyperaktiven Sektors durch die Regierungen. Der Zusammenbruch der Wall Street entstand letztendlich aus der Überproduktion, die den globalen Kapitalismus seit der Mitte der siebziger Jahre plagt.

Investitionen in Finanztransaktionen waren einer der möglichen Auswege aus der Stagnation, die anderen beiden sind die neo-liberale Umstrukturierung und die Globalisierung. Der mäßige Erfolg von Umstrukturierung und Globalisierung machte die Finanzialisierung zu einem attraktiven Mechanismus, die Gewinne zu steigern. Aber diese Finanzialisierung erwies sich als ein gefährlicher Weg, der spekulative Blasen erzeugte. Sie brachten einigen Wenigen kurzfristig Reichtum, aber schließlich führten sie zum Zusammenbruch von Unternehmen und zur Rezession in der realen Wirtschaft.

Die Schlüsselfrage jetzt ist: wie tief und wie lang wird diese Rezession sein? Braucht die Wirtschaft der USA eine neue spekulative Blase, um sich selbst aus dieser Rezession zu befreien? Wenn ja, wo wird diese Blase entstehen? Einige sagen, der militärisch-industrielle Komplex oder der „Desaster Kapitalismus Komplex“, über den Naomi Klein schreibt, könnte die nächste Blase sein. Aber das ist eine andere Geschichte, oder?

<http://focusweb.org/a-primer-on-the-wall-street-meltdown.html?Itemid=1>

Übersetzung: coorditrad (Herbert Kaser) und SiG-Redaktion



Aufruf zu einer weltweiten Aktionswoche gegen die Schulden und die internationalen Finanzinstitutionen (IFI), 12.10 – 19.10.2008

Für die Nahrungsmittelsouveränität,
Für die Finanzsouveränität
Für die Klimagerechtigkeit,
für Gerechtigkeit in der Wirtschaft
Sofortige Schuldenstreichung!

Schluss mit den von den IFI auferlegten Bedingungen
Zahlung der ökologischen Schuld gegenüber dem Süden!

<http://www.debtweek.org/>

Diese Aktionswoche wird von folgenden internationalen Organisationen getragen:

Jubilee South - International Network Committee for the Abolition of Third World Debt (CADTM) - Southern Peoples' Alliance of Ecological Debt Creditors - Oilwatch South America - Jubilee South/Americas - Latindadd - Asia-Pacific Movement on Debt and Development/Jubilee South Asia and Pacific - Hemispheric Social Alliance (Americas) - The Lutheran World Federation Program on Illegitimate Debt - Latin American Peace and Justice Service - Justice, Peace and Integrity of Creation JUPIC, Panamerican Lay Association - South Asian Alliance for Poverty Eradication - LDC Watch - Gender Group Jubilee South/Americas - West African Network for Development (ROAD) - Latin American Coordination Table for Fair Trade - Friends of the Earth Latin America and Caribbean - Latinoamerican Network of Women Transforming the Economy (REMTE) - ECA Watch International NGO Campaign on Export Credit Agencies - Regional Ecumenic Advisory and Services Centre, Latin America (Creas)

Viele nationale Organisationen, u.a. : **Attac Argentinien, Attac Marokko, Attac Togo**

Krisen – das wiederkehrende „Weltmarktsungewitter“

George Soros outete sich kürzlich in einem Interview im „Stern“ (13.7.08) als Spekulant. Damit sagt er uns nichts Neues und er bestätigt, was wir alle wissen: Wir stecken „inmitten der tiefsten Finanzkrise seit den 30er Jahren“. Erneut ein „Weltmarktsungewitter“, wie Marx bereits die Krisen seiner Zeit charakterisierte. Der Krisen-Orkan hat heute den Immobilienmarkt, die Märkte für Energie und Lebensmittel durcheinander gewirbelt und bereits viel Elend über viele Menschen gebracht.

Doch kommen die Krisen der kapitalistischen Produktionsweise nicht wie ein Naturereignis über uns, auch wenn Marx sie als Ungewitter bezeichnete. Ihre Ursachen lassen sich im sozialen und ökonomischen System des Kapitalismus ausfindig machen.

Krisen haben gravierende soziale und politische Folgen, das lehrt die große Weltwirtschaftskrise und die Zeit danach in den 1930er Jahren. Krisenanalyse ist folglich von politischer Relevanz.

Krise und Kritik

Eine Kritik der politischen Ökonomie wäre überflüssig, wenn die kapitalistische Entwicklung krisenfrei und zu aller Wohlbefinden verlaufen würde. Krise und Kritik stehen in einem engen Verhältnis zueinander, wie der konservative Historiker Reinhart Koselleck zu Recht betonte. Wer die Krise leugnet, braucht sich um Kritik nicht zu bemühen. So verfahren die als „bürgerlich“ bezeichneten Ökonomen des „Mainstream“, gerade auch an den Universitäten. Die freien Marktkräfte finden immer wieder ein ökonomisches Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage und daher, so ihre heroische Annahme, sind kapitalistische Marktwirtschaften grundsätzlich krisenfrei. So argumentierte bereits der von Marx als „fäde“ qualifizierte Ökonom Jean Baptiste Say im frühen 19. Jahrhundert. Die manchmal desaströsen Krisen (Weltwirtschaftskrise nach 1929, Schuldenkrise der „Dritten Welt“ in den 1980er Jahren, Finanzkrise der 1990er Jahre oder Immobilienkrise heute) werden nicht geleugnet, weil dies lächerlich wäre. Aber sie werden vom neoliberalen Mainstream auf vermeidbare wirtschaftspolitische Fehler, unvorhersehbare externe Störungen und historische Kontingenzen, sprich bloße Zufälle, zurückgeführt.

Marx hingegen fragt, warum und wie sich regelmäßig die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise bis zum krisenhaften Eklat zuspitzen, wie sich die Spannungen aus „dem Widerstreit aller Elemente des bürgerlichen Produktionsprozesses“ im „großen Weltmarktsungewitter“ einer Krise entladen (MEW 13: 156) und welches die ökonomischen und sozialen Bedingungen für einen neuen Aufschwung sind. „Die Krisen“, so schreibt Marx im dritten Band des „Kapital“ (MEW 25: 277), „sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen“.

Wie geht Marx in der Krisenanalyse vor? Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie beginnt mit der Ware und ihrer doppelten Erscheinung als Gebrauchswert und Wert. In gesellschaftlich anerkannten Wert wird die einzelne Ware durch den Verkauf verwandelt. Damit verkauft werden kann, muss ein kaufkräftiger Käufer gefunden werden. Doch „Verkauf und Kauf können auseinanderfallen. Sie sind also Krise potentia (...) Bleibt also, dass abstrakteste Form der Krise (und daher formelle Möglichkeit der Krise) die Metamorphose der Ware selbst ist, worin nur als entwickelte Bewegung der in der Einheit der Ware eingeschlossene Widerspruch von Tauschwert und Gebrauchswert, weiter von Geld und Ware enthalten ist“. So schreibt Marx in den „Theorien über den Mehrwert“ (MEW 26.2: 510), um fortzusetzen: „(...) das Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf erscheint hier (...) so, dass der Verwandlung des einen Kapitals aus der Form Ware in die Form Geld die Rückverwandlung des andren Kapitals aus der Form Geld in die Form Ware entsprechen muß“ (MEW 26.2: 511). In einem Brief an Engels bemerkt Marx, „dass das Auseinanderfallen von W-G und G-W die abstrakteste und oberflächlichste Form, worin die Möglichkeit der Krisen ausgedrückt“ (MEW 29: 316). Die Möglichkeit der Krise ist also in den einfachsten Formen der kapitalistischen Produktionsweise enthalten.

Daraus folgt, dass zwar Geldzirkulation ohne Krisen stattfinden kann, wenn die Warenmetamorphosen in der arbeitsteiligen Gesellschaft marktvermittelt gelin-

gen, „aber Krisen können nicht stattfinden ohne Geldzirkulation“ (MEW 13: 77), ohne „diese Ineinanderverwachsung und Verschlingung der Reproduktions- und Zirkulationsprozesse verschiedener Kapitalien“ (MEW 26.2: 511). Diese Feststellung wird zum Ausgangspunkt aller jener Theorien, die die Chaotik der Marktprozesse und die dabei entstehenden Disproportionen für Krisen verantwortlich machen. Krisen sind in diesem Verständnis eine Folge der kapitalistischen Planlosigkeit. Die Organisation des Kapitalismus, so meinten Hilferding und andere Marxisten aus dem frühen 20. Jahrhundert, könne mit der Krisenhaftigkeit Schluss machen.

Doch ist das zu einfach.

Denn erstens wird das Geld hier lediglich als Mittel der Zirkulation von Waren betrachtet. In dieser Funktion macht es das Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf der Waren und mithin das Misslingen der Warenmetamorphose möglich. Aber Geld ist zweitens auch Zahlungsmittel und daher die Grundlage für den Kredit, ja für das heutige globale Finanzsystem. „Was die aus der Form des Gelds als Zahlungsmittel entspringende Möglichkeit der Krise betrifft, so zeigt sich beim Kapital schon viel realere Grundlage für die Verwirklichung dieser Möglichkeit“ (ebd.). Denn Zahlungsketten können reißen, Kreditnehmer können den Kredit nicht wie vereinbart zurückzahlen, weil geplante Einnahmen ausfallen, oder sie bekommen Schwierigkeiten, die Zinsen zu zahlen, weil die Profite zurückgehen. Schon in den grundlegenden Kategorien, in Ware und Geld, ist daher die Möglichkeit der Krise gegeben, weil sich ja die beiden Seiten des Widerspruchs, Ware und Geld, gegeneinander verselbstständigen können.

Ware und Geld existieren schon lange vor der Heraufkunft der kapitalistischen Produktionsweise, „ohne daß Krisen vorkämen (...). Warum also diese Formen ihre kritische Seite herauskehren, warum der in ihnen potentia enthaltene Widerspruch actu als solcher erscheint, ist aus diesen Formen allein nicht zu erklären“ (MEW 26.2: 513). Krisen sind in der Waren- und Geldgesellschaft möglich, doch die wirklichen Krisenursachen müssen im Produktions- und Reproduktionsprozess des Kapitals gesucht werden, auch wenn die Krisen im Zirkulationsprozess erscheinen.

Produktivkraft versus Konsumtionskraft

In der kapitalistischen Produktionsweise ist die Rentabilität oder die Profitrate auf das vorgeschossene Kapital die zentrale Steuerungsgröße. Daher gerät die Akkumulation vor allem dann ins Stocken, wenn die Profitrate fällt oder sogar negativ wird – und wenn der Vergleich mit Zinsen und Renditen auf Finanzanlagen nicht gerade für Investitionen in die „reale Ökonomie“ spricht. Das war zu Marx' Zeiten weniger wichtig als heute, in Zeiten des globalisierten, finanzgetriebenen Kapitalismus.

Es geht also erstens um die Verteilung zwischen Arbeitseinkommen und Mehrwert. Er wird aber zweitens zwischen Profit und Zinsen (sowie Grundrente) aufgeteilt, und hier kommen die Widersprüche zwischen „realer“ und „monetärer“ Ökonomie im finanzgetriebenen Kapitalismus zur Geltung. Das darf man sich nicht als ein Nacheinander vorstellen, so als ob zunächst „der Kuchen“ des Sozialprodukts produziert und dann verteilt würde. Die Verteilung ist ein Moment des Produktionsprozesses und sie beginnt schon bei der Verteilung der Produktionsmittel, die sich ganz im Eigentum der Kapitalistenklasse befinden.

Den daraus resultierenden Widerspruch fasst Marx im dritten Band des „Kapital“ in der wohl am häufigsten zitierten Passage über die kapitalistischen Krisen wie folgt zusammen: *„Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die anderen durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztere ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft; sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb, den Trieb nach Vergrößerung des Kapitals und nach Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter. Dies ist Gesetz für die kapitalistische Produktion“* (MEW 25: 255).

Auf der einen Seite also übt das Kapital Druck auf die Masseneinkommen aus, um so die Profite zu steigern; auf der anderen Seite brauchen die gleichen Kapitalisten die Arbeiter als Konsumenten der Waren, denn sonst können sie sie nicht verkaufen. *„Jeder Kapitalist wünscht (des Arbeiters) (...) Salär [Lohn] möglichst zu beschränken. Er wünscht sich natürlich die Arbeiter der anderen Kapitalisten als möglichst große Konsumenten seiner Ware. Aber das Verhältnis jedes Kapitalisten zu seinen Arbeitern ist das Verhältnis überhaupt von Kapital und Arbeit, das wesentliche Verhältnis“* (Grundrisse: 322).

Unter den Bedingungen der Profitproduktion geraten also Produktivkraft und Konsumtionskraft in Widerspruch zueinander. Daran haben sich in der Vergangenheit krisentheoretische Kontroversen entzündet. Denn der Akzent kann auf die mangelnde Konsumtionskraft gesetzt werden. Die Unterkonsumtionstheorie plädiert dann folgerichtig für eine Politik der Nachfragesteigerung, um die Krise überwinden zu können. Dieser theoretische Ansatz hat gerade in der reformistischen Arbeiterbewegung und in Gewerkschaften eine lange Tradition, und er ist mit keynesianischen Vorstellungen weitgehend kompatibel. Doch ist es nach Marx *„reine Tautologie zu sagen, daß die Krisen aus Mangel an zahlungsfähiger Konsumtion (...) hervorgehen. Andre Konsumarten, als zahlende, kennt das kapitalistische System nicht (...) Will man aber dieser Tautologie einen Schein tiefer Begründung dadurch geben, dass man sagt, die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eignen Produkts, und dem Übelstand werde mithin abgeholfen, sobald sie größeren Anteil davon empfängt, ihr Arbeitslohn folglich wächst, so ist nur zu bemerken, dass die Krisen jedes Mal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt (...) Es scheint also, dass die kapitalistische Produktion vom guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise“* (MEW 25: 410).

Die wahre Schranke des Kapitals ist das Kapital selbst

Der Akzent kann auch auf die Überproduktion gelegt werden. Aus der Überproduktionstheorie folgt die Forderung nach Investitionslenkung. Doch in beiden Ansätzen wird jeweils eine Seite eines Widerspruchs hervorgehoben und dabei seine Bewegung im Zuge der Ak-

kumulation von Kapital verkannt. *„Der Widerspruch, ganz allgemein ausgedrückt, besteht darin“, so Marx, „dass die kapitalistische Produktionsweise eine Tendenz einschließt, nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte (...). Die kapitalistische Produktion strebt beständig, diese ihr immanenten Schranken zu überwinden, aber sie überwindet sie nur durch Mittel, die ihr diese Schranken aufs neue und auf gewaltigeren Maßstab entgegenstellen“* (MEW 25: 259).

Die Krisen sind demnach gleichermaßen Zuspitzungen der immanenten Widersprüche der kapitalistischen Produktion, die zeitweise Bereinigung in eben den Krisenprozessen und die Einleitung einer neuen Phase der Akkumulation.

So begründet sich letztlich auch das zyklische Auf und Ab des Produktionsprozesses, wobei die Länge eines Zyklus vor allem von den Abschreibungszeiten des fixen Kapitals bestimmt wird. Denn es sind die massiven Investitionen in neue Geschäftsfelder, die einen neuen Aufschwung einleiten. Dieser endet regelmäßig dann, wenn zu viele Nachahmer hinzukommen und für Überproduktion sorgen. Diese Marxsche Idee ist später von Joseph A. Schumpeter zu seiner Theorie des langfristigen Innovationszyklus ausgearbeitet worden.

Marx resümiert: *„Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind. Die Schranken, in denen sich die Erhaltung und Verwertung des Kapitalwerts, die auf der Enteignung und Verarmung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden, die das Kapital zu seinem Zweck anwenden muß und die auf unbeschränkte Vermehrung der Produktion, auf die Produktion als Selbstzweck, auf unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit lossteuern. Das Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals. Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die*

materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen“ (MEW 25: 260).

Nun gab es im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung schwere und weniger schwere Krisen. Man kann zwischen „kleinen“ konjunkturellen Krisen, langen Zyklen, „großen“ strukturellen Brüchen und gesellschaftlichen Transformationen unterscheiden, zwischen Krisen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise und Krisen der Produktionsweise. Die Krisen sind auf der einen Seite zerstörerisch. In ihnen wird Kapital vernichtet, gehen Arbeitsplätze verloren, sinken die Masseneinkommen.

Doch sind die Krisen zugleich eine Art „Jungbrunnen“. Denn die Bedingungen eines neuen Aufschwungs der Akkumulation werden bereitet, die Voraussetzungen für den Anstieg der Profitrate geschaffen. Ohne die zerstörerischen Krisen gäbe es also keine Erneuerung des Kapitalismus, keine Reproduktion des Kapitalverhältnisses.

Krisen sind demzufolge alles andere als die Vorboten eines Zusammenbruchs. Darauf kann man so lange warten, bis dass die Erde in die Sonne fällt, sagt Rosa Luxemburg.

Die Krisen, insbesondere wenn in ihnen die Lebensgrundlagen der Menschen, wie in der gegenwärtigen Ernährungskrise und infolge der Funktionsweise von kapitalistischer Produktion und Konsumtion geschuldeten Klimawandels, untergraben werden, sind eine Mahnung,

dass die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen zum krisenhaften Kapitalismus dringlich ist.

Elmar Altvater ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Er arbeitet im wissenschaftlichen Beirat von attac und ist Mitglied von DIE LINKE.

*Die Zitate im Text stammen aus: **Karl Marx und Friedrich Engels: Werke**, 43 Bde., Berlin 1956-1990 (abgekürzt: MEW), sowie aus **Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie**, Berlin 1953 (abgekürzt: Grundrisse).*

Erschienen in Marx21, Sept 2008

www.marx21.de

Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion

Harald Schumann Die Wall Street hat den Dollar verspielt

Die Hasardeure der Wall Street haben nicht nur Banken verspielt, sondern auch Amerikas kostbarstes Privileg: die Leitwährung Dollar. Der Euro, der Yen und vielleicht sogar der chinesische Yuan werden bald seinen Platz einnehmen.

Es war im Oktober 2007, da verkündete Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank und Vorsitzender des globalen Bankenverbandes „Institute of International Finance“ in Washington eine frohe Botschaft: Der Verlauf der Krise, die aus dem weltweiten Handel mit faulen Hypothekenspapieren entstanden war, habe gezeigt, dass die meisten Institute seines Gewerbes „fundamental stark“ seien. Auch das Weltfinanzsystem sei „fundamental gesund“, befand Europas führender Banker und warnte vor einer „Überreaktion“ der Aufsichtsbehörden. Der Staat, so lautete die kaum verhohlene Forderung, solle sich doch besser raushalten aus der Krisenbekämpfung.

Der Irrtum hätte nicht größer sein können. Elf Monate nach Ackermanns fundamentaler Fehleinschätzung steckt die Weltwirtschaft in der **schlimmsten Finanzkrise seit den 30er Jahren** des vergangenen Jahrhunderts.

Von den fünf großen, vordem unabhängigen Investmentbanken der Wall Street sind nur noch zwei übrig, und auch deren Zukunft ist ungewiss. Die US-Regierung musste die beiden größten Hypothekenbanken des Landes und den ehemals weltgrößten Versicherungskonzern verstaatlichen und deren Verluste auf die Steuerzahler verlagern, um eine noch größere Katastrophe zu abwenden. Gleichzeitig hat die Notenbank Federal Reserve (Fed) Milliarden-Kredite gegen höchst unsichere Sicherheiten vergeben und den Basis-Zins unter

die Inflationsrate gesenkt. Mindestens 500 Milliarden Dollar Staatsgeld stehen nun im Feuer, das Staatsdefizit wächst explosiv und die elektronische Notenpresse der Fed läuft auf vollen Touren.

Dieser Vorgang markiert eine **historische Wende in der Geschichte des globalisierten Kapitalismus**, deren Konsequenzen weit über eine bloße Re-Regulierung der außer Kontrolle geratenen Finanzindustrie hinausgehen werden.

Absehbar ist, dass die Kapitalvernichtung im Herzen der US-Ökonomie auch den Anfang vom Ende der seit mehr als 60 Jahren währenden Hegemonie des Dollars in der Weltwirtschaft mit sich bringt.

Denn anders als alle früheren Krisen trifft dieser quälende Crash auf Raten die Vereinigten Staaten zu einer Zeit, da ihre Volkswirtschaft höchst verwundbar geworden ist. Ursache dafür ist die explosiv angewachsene Abhängigkeit der USA vom Kapitalzufluss aus dem Ausland. Vergangenes Jahr ruhten mehr als fünf Prozent der US-Wirtschaftsleistung darauf, dass ausländische Investoren bereit waren, an die Stabilität des Dollars zu glauben und in amerikanische Wertpapiere zu investieren. So konnten Staat und Bürger, wie schon seit Jahren, jeden Tag für zwei Milliarden Dollar mehr Waren und Dienstleistungen verbrauchen, als sie selber produzierten.

Dieses Leistungsbilanzdefizit der USA ist im Prinzip ein beinahe unvermeidliches

Phänomen für das Ursprungsland der globalen Leitwährung. Weil der überwiegende Teil der Handels- und Finanztransaktionen in Dollar abgewickelt wird und zudem viele Menschen aus Staaten mit unsicheren Weichwährungen seit je in Dollar sparen, kann die US-Notenbank weit mehr ihrer gedruckten und elektronisch gehandelten Greenbacks in Umlauf setzen, als es realwirtschaftlichen Gegenwert im Lande gibt. Quasi automatisch kann Amerika damit mehr importieren, als es exportiert, oder wie der New Yorker Währungsfachmann Brad Setser es ausdrückt: „Die Ausländer liefern uns ihre Waren, und dafür kriegen sie von uns Papier mit den Bildern unserer toten Präsidenten.“

Anders als bei anderen Defizitländern erfolgt die damit einhergehende Verschuldung der USA gegenüber dem Ausland zudem in der eigenen Währung. Wenn der Dollarkurs sinkt, ist das ein zusätzlicher Vorteil. Automatisch verringert sich die Verschuldung im Verhältnis zu allen anderen Währungen – ein „exorbitantes Privileg“, wie sich einst schon Frankreichs Nachkriegspräsident Charles de Gaulle empörte.

Getragen von dieser Mechanik konnten Amerikas Geldpolitiker darum stets jener Prämisse folgen, die John Connally, der Finanzminister des Skandalpräsidenten Richard Nixon, im Jahr 1971 seinen europäischen Kollegen entgegenhielt: „Der Dollar ist zwar unsere Währung, aber euer Problem.“

So richteten die Fed-Direktoren ihre Politik ausschließlich an der Lage der amerikanischen Binnenwirtschaft aus. Kippte die Konjunktur, warfen sie die Notenpresse an und nahmen eine Dollarabwertung in Kauf, auch wenn das für ihre Lieferanten aus aller Welt gravierende Einbußen brachte. Drohte Inflation, trieben sie Zinsen und Dollarkurs nach oben, auch wenn das viele Entwicklungsländer mit Auslandsschulden in den Ruin trieb. Am Status des Dollars als Leitwährung änderte sich nichts. Im Gegenteil, jede Krise trieb noch mehr Anleger in den als „sicheren Hafen“ angesehenen US-Kapitalmarkt.

Doch seit der Jahrhundertwende hat sich das Machtgefüge im globalen Währungssystem grundlegend verschoben. Die Hüter des Dollars haben überzogen, ihre Schuldenmaschine läuft heiß und sie verlieren die Kontrolle.

Schuld daran ist nicht zuletzt der legendäre ungekrönte König des Greenback, **Alan Greenspan**. Als der damalige Fed-Chef im Jahr 2001 mit Negativzinsen Amerikas Wirtschaft wieder auf Touren brachte, bedachte er nicht, dass **China**, der größte Handelspartner der USA, sich mit aller Macht einer Abwertung des Dollars entgegenstellen würde. Die Staatskapitalisten in Peking hatten schon früh erkannt, dass nichts das Turbowachstum ihres Landes besser auf Touren hielt als ein stabiler Wechselkurs. Wo mehr als die Hälfte der Volkswirtschaft vom Außenhandel abhängig ist, gibt der Fixkurs den Unternehmen langfristige Sicherheit. Genauso hatten es einst die Aufsteiger Südkorea und Taiwan gehalten und auch das deutsche Wirtschaftswunder beruhte ganz wesentlich auf dem bis 1973 geltenden Festkursregime der westlichen Welt.

Diesem Beispiel folgend setzt Chinas Zentralbank seit 1995 mit eiserner Hand einen stabilen Kurs des Yuan zum Dollar durch, ganz gleich, wie die US-Währung im Rest der Welt gehandelt wird. Die strikte Kontrolle des Kapitalverkehrs schützte das Land zunächst gegen die Asienkrise und dann gegen Greenspans Dollar-Vulkan. Als dieser die US-Währung per Billigzins auf Abwärtskurs setzte, begann die Zentralbank in Peking alle hereinströmenden Dollars zum Festkurs gegen Yuan zu tauschen und vorwiegend in US-Staatsanleihen anzulegen. Entsprechend wuchsen Chinas Handelsüberschuss mit den USA und die Reserven. Mit jetzt schon 1800 Milliarden Dollar hält das Reich der Mitte mittlerweile den größten Devisenschatz aller Zeiten.

Ein ähnliches Phänomen spielt sich in den **Ölstaaten** ab. Weil Erdöl zu Dollarpreisen gehandelt wird, haben auch die Ölexporture am persischen Golf ihre Währungen an den Dollar gekoppelt. Entsprechend explo-

siv wuchsen ihre Dollarvermögen inzwischen auf annähernd die gleiche Summe wie in China.

Gemeinsam drücken die Staaten des informellen Dollar-Blocks aus Nah- und Fernost so mit dem Kauf von US-Anleihen die Zinsen auf dem amerikanischen Kapitalmarkt. Damit trugen sie nicht nur dazu bei, dass die US-Bürger mehr konsumierten und mehr Häuser bauten, als sie sich leisten konnten und Amerika bei der Auslandsverschuldung nun weit vor Brasilien liegt. Zugleich geriet die US-Wirtschaft in tiefe Abhängigkeit von den Entscheidungen der Wirtschaftslenker in Peking und am arabischen Golf. Würden diese auch nur ihre Käufe von US-Wertpapieren einstellen, würde aus der jetzigen Krise ein Dollar-Crash.

Die Konsequenzen wären verheerend. Der schlechter verdienende Teil der US-Bevölkerung würde regelrecht verarmen, weil Importgüter aller Art, vom Benzin bis zu Elektrogeräten, drastisch teurer würden. Der Nachfrageeinbruch würde automatisch in Rezession, hohe Arbeitslosigkeit und ein rapide steigendes Staatsdefizit münden. Die Folgen würden kein Land unbehelligt lassen. Schließlich ist rund die Hälfte aller Wertpapiere der Welt in Dollar ausgewiesen. Vermögensverwalter würden überall gleichzeitig panikartig Dollarpapiere auf den Markt werfen, Bank- und Fondspleiten würden folgen und das ganze Gefüge der globalen Produktionsketten und Kapitalbeteiligungen käme ins Rutschen. Spätestens dann wäre die Krise auch politisch nicht mehr beherrschbar. Antiglobalisten aller Couleur könnten in vielen Staaten an die Macht drängen und ähnlich wie während der Großen Depression mit nationaler Abschottung das globale Handels- und Finanzsystem zerstören.

Das Gute an diesem Szenario ist: Kein Staat der Welt hat ein Interesse daran, es so weit kommen zu lassen. Die Dollarbombe ist scharf, aber niemand wird sie mit Absicht zünden. Keine der beteiligten Zentralbanken wird ohne Not einen Crash auslösen. Es wäre nur zu ihrem eigenen Schaden. Der Harvard-Ökonom Lawrence Summers nannte diese Konstellation deshalb das **„Gleichgewicht des finanziellen Schreckens“**.

Nur leider ist das kein Grund zur Beruhigung. Denn nun stellt die US-Regierung das fragile Gleichgewicht selbst massiv in Frage. Indem sie die Krise, die aus Greenspans Politik des billigen Geldes entstand, mit noch mehr billigem Geld bekämpft, riskiert sie eine massive Entwertung des Dollars und brüskiert ihre Gläubiger. Die Ironie der Geschichte will es, dass es nicht renditehungrige Spekulanten sind, die Amerikas Überkonsum finanzieren, sondern

staatliche Akteure, die Stabilität auf dem wichtigsten Absatzmarkt für ihre Exporte wollen. Darum blieb der große Absturz des Dollars bisher aus.

Doch auch die Geduld der Wirtschaftslenker in Peking, Riad oder Dubai hat Grenzen. Wenn ihre gigantischen Dollarvermögen entwertet werden, müssen sie reagieren. Die beste Möglichkeit, ihre Verluste auszugleichen, wäre eine offene Tür für Investitionen. Könnten Unternehmen aus China und den Öl-Staaten mit den Dollars ihrer Zentralbanken unbehindert produktive US-Unternehmen kaufen, müssten sie die Inflation nicht fürchten.

Eben diesen Ausweg hat der US-Kongress aber weitgehend versperrt, weil sich mit der China-Angst oder der Denunziation arabischer Investoren als Sicherheitsrisiko viele Wählerstimmen fangen lassen. Darum scheiterte selbst der Verkauf der drittklassigen Ölfirma Unocal nach China oder der Erwerb von ein paar Hafenbetrieben durch ein Unternehmen aus Dubai.

Nur: Wer die Hand aufhalten muss, kann nicht ungestraft gleichzeitig die Faust ballen. So ist es nur eine Frage der Zeit, bis Amerikas Gläubiger nach einer Alternative suchen.

Weil Chinas Regenten gerne langfristig planen, wird das vermutlich nicht von heute auf morgen geschehen. Aber mit der Aufwertung des Yuan in kleinen Schritten haben die Planer in Peking begonnen, sich aus der Abhängigkeit vom Export in die USA zu befreien.

Die Öl-Staaten wiederum stoßen an die Grenzen ihres Währungsmanagements. Je länger sie sich mit Dollarkäufen gegen die Aufwertung ihrer Währungen stemmen, umso mehr eigenes Geld setzen sie in Umlauf, die Inflationsraten am Golf nähern sich darum schon dem zweistelligen Bereich. Früher oder später werden daher alle Ölexporture dem Beispiel Kuwaits folgen und den Kurs ihrer Währungen an einem Korb aus Devisen aller Art ausrichten.

Wenn es gut läuft, wird sich dieser Prozess über viele Jahre hinziehen und Amerikas Volkswirtschaft Zeit zur Anpassung lassen. Doch gleich ob es per Crash oder langsamer Erosion geschieht, eines erscheint jetzt schon sicher: Die Zeit des US-Dollar als einzige globale Handelswährung geht ihrem Ende entgegen. Der Euro, der japanische Yen und vielleicht sogar der chinesische Yuan werden alsbald einen ähnlichen Rang einnehmen und die US-Wirtschaft wird mit weit weniger Subventionen vom Rest der Welt auskommen müssen als bisher. So haben die Hasardeure der Wall Street nicht nur ihre Banken verspielt, sondern auch Amerikas kostbarstes Privileg. *(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 21.09.2008)*

ATTAC Argentinien zur Finanzkrise

Bankencrashes, Fusionen von Finanz- oder Versicherungsunternehmen, „Nationalisierungen“ oder „Verstaatlichungen“, von denselben Leuten propagiert, die bis vor kurzem noch den freien Markt verteidigt haben – so stellt sich die derzeitige Krise dar.

Nur zum Vergleich sei angemerkt, dass die staatliche Entwicklungshilfe für 2007, die im Rahmen der UNO verhandelt wurde, 70 Mrd. US-Dollar für ca. 1 Mrd. bedürftiger Menschen auf der ganzen Welt betragen sollte. Das, was dann tatsächlich geleistet wurde, war nicht einmal die Hälfte dessen. In Prozenten ausgedrückt: Um die Armut auf der Welt zu bekämpfen, würde man 10% der Summe benötigen, die Washington aufbringen will, um seinen Bankensektor zu retten und eine Verschlechterung der Lage zu verhindern. Und, schlimmer noch: Die tatsächlich geleistete Entwicklungshilfe belief sich nur auf 5% dessen, was jetzt als „Gegenmaßnahme“ zur Krise aufgebracht werden soll.

Der Kern des Problems und seine Ursachen liegen im Liberalisierungsprozess, der durch die Offensive der Kapitalkonzentration in Gang gesetzt wurde, mit der die Rentabilitätskrise der 60er Jahre überwunden werden sollte. Damals wurde auf die Verluste verwiesen, die wegen der starren Arbeitsrechtsverhältnisse, des kostenintensiven Unterhaltes des Staates (mit seinen Ausgaben für Bildung, Gesundheit u.a.) und wegen der Beschränkungen im freien Kapital-, Waren und Dienstleistungsverkehr entstanden.

Mit dieser Begründung wurde die größte Liberalisierungsoffensive in Gang gesetzt, die sich gegen die Arbeitnehmer und ihre Rechte richtete. Das Ziel waren flexiblere Löhne und Arbeitsverhältnisse, unsichere Arbeitsplätze und sinkende Löhne. Die Unterordnung von Arbeit unter die Bedürfnisse des Kapitals bei gleichzeitiger Steigerung des Ausbeutungsgrades breitete sich aus. Auf diesem Wege wurde mittels staatlicher Reformen der ersten und zweiten Generation dereguliert und privatisiert. Für die Erfordernisse des Marktes, des lokalen wie des Weltmarktes, öffneten sich Türen und wurden Investitionen juristisch abgesi-

chert. Freizügigkeit und Sicherheit für das Kapital!

Es gibt in diesem Zusammenhang eine unheilvolle Tradition in Südamerika. Dort wurde diese Politik im Rahmen der Diktaturen erprobt (Chile 1973, Argentinien 1976). Die theoretischen Grundlagen stammten aus der Chicagoer Schule und von Milton Friedman, der 1976 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt. Später wurde diese Politik im Zuge der konservativen Restauration auch in Großbritannien (Regierung Thatcher 1979) und in den USA (Reagan 1980) angewandt. Die Federal Reserve wurde zum Instrument, um die Vormacht des Herrschaftsmodells der amerikanischen Zentralbank weltweit durchzusetzen. Mit den Chefs Volcker (1979-1987), Greenspan (1987-2006) und Bernanke (seit 2006) wird seit 30 Jahren auf spekulative Instrumente gesetzt, die die Hypothekenkrise im August 2007 ausbrechen und im September 2008 die Finanzmärkte erreichen ließen.

Von seinem Ursprung in der Wall Street breitet sich die Krise über die ganze Welt aus; ihre allerersten Konsequenzen sind steigende Arbeitslosigkeit, das gebremste Wirtschaftswachstum und die negativen Auswirkungen auf die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten.

Am meisten bekommen es immer die ganz unten zu spüren, in den USA und anderswo. Jetzt soll der Staat eingreifen und den Preis der Machenschaften der Banker, Investoren und Spekulanten, die der reale Kapitalismus unter der neoliberalen Herrschaft hervorgebracht hat, auf die Gesellschaft umlegen.

Jetzt will man uns vom neuen Fetisch überzeugen: Die Rettungsaktion wird zum einzigen gangbaren Weg erklärt. Am Anfang der 70er Jahre schlug James Tobin vor, eine Steuer auf alle Finanztransaktionen zu erheben, um so Spekulationstendenzen, die sich schon abzeichneten, zu bremsen. Ende der 90er Jahre, als Spekulationen und internationale Kapitalbewegungen nie gekannte Ausmaße erreichten, entstand ATTAC, griff die Idee von Tobin auf und schlug vor, die dabei schätzungsweise

anfallenden 300 Mrd. US-Dollar zur weltweiten Armutsbekämpfung zu nutzen.

Wir von ATTAC Argentinien lehnen die weitere Liberalisierung der Wirtschaft ab, die den Transfer von Kapital, Waren und Dienstleistungen fördert; wir verweisen auf die Notwendigkeit eines neuen Systems von gesellschaftlichen Beziehungen für die Wirtschaft. Um zu verhindern, dass die Auswirkungen der Krise auf die Völker der Welt abgeladen werden, ist es notwendig, die Stimme zu erheben und die Wahrheit über die Ausschachtung und die gesellschaftliche Manipulation auszusprechen. Gleichzeitig wollen wir im gesellschaftlichen und politischen Bereich daran arbeiten, die „Andere mögliche Welt“ wahr werden zu lassen, die das Weltsozialforum seit Porto Alegre 2001 fordert.

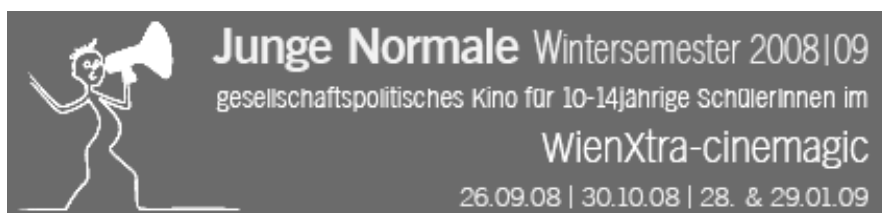
Um sie Wirklichkeit werden zu lassen, ist eine alternative regionale Integration erforderlich. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Instrumente müssen gestärkt werden, mit denen wir an unserem Ziel arbeiten, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, und zwar im Sinne einer Entwicklung, die unabhängig ist von der kapitalistischen Logik, die weltweit immer mehr in Frage gestellt wird.

ATTAC Argentinien ruft dazu auf, die Kräfte zu vereinen im „Movimiento Si de los Pueblos (MoSIP, „Bewegung Ja der Völker“), im „Tribunal Permanente de los Pueblos“ (TPP, Ständiges Gericht der Völker) gegen die transnationalen Konzerne und neoliberale Politik, und beim Aufbau einer Bewegung für eine Soziale Versammlung (Constituyente Social), die am 23. und 24. Oktober in San Salvador de Jujuy zusammentrifft.

Wie es im Weltsozialforum hieß: Eine andere Welt ist möglich, wenn wir darum kämpfen.

**Nein zum Schuldendienst.
Ja zum Leben.**

Buenos Aires, am 1. Oktober 2008
www.argentina.attac.org
Aus dem Spanischen übersetzt von : Sabine Zimmermann, Coörditrad



www.normale.at

Filmtage Globales Lernen 2008 im November 2008

in Eisenstadt, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Krems, Linz, Salzburg, Wien und Wiener Neustadt

Attac Chile

Im Angesicht der Finanzkrise: ATTAC warnt seit 10 Jahren vor den Spekulanten

(...) ATTAC hat immer daran gearbeitet, Bürgerschaft, Regierungen und internationalen Organisationen die hohe Gefahr vor Augen zu halten, die unsere Volkswirtschaften angesichts der Deregulierung der internationalen Finanzmärkte und der Rolle der Spekulanten eingehen. Chile war eines der Länder, die ihre Volkswirtschaften völlig öffneten und die heimische Produktion und die mit dieser Produktionsweise verbundene Kultur schutzlos auslieferten. Dies geschah beispielsweise durch die Beseitigung der Mindestreserveverpflichtung, eine Bedingung an die die USA den Abschluss des bilateralen Freihandelsabkommens knüpften. Das Land hat sich auch dem Druck der privaten Rentenversicherungsfonds (AFP) gebeugt, indem es ihnen in wachsendem Maße erlaubt, die Ersparnisse aller Chilenen im Ausland zu investieren. Am 1. Oktober wurden die Grenzen des Anteils, der im Ausland investiert werden kann auf 45% erweitert. Im August 2009 soll die Grenze auf 60% erweitert werden. Im Fall des Fondo A beträgt die Grenze sogar 80%.

Auf unserem Gründungskongress 2002 haben wir folgende Aussage getroffen: „Das Spekulationskapital, das Armut säht und die Demokratie aushöhlt muss aufgehoben werden. Die Globalisierung, ein umfassendes Phänomen, das Wirtschaft, Politik und Kultur einschließt, kann und muss reguliert werden. Es muss auf das Wohl der Menschen ausgerichtet werden. Es ist höchste Zeit, unsere Stimmen und unsere Körper zu erheben und die Wahnsinn zu stoppen, in den uns die Transnationalen Konzerne und die Regierenden unse-

res Planeten mit ihrer neoliberalen Ausrichtung gestürzt haben.“

Diese Stellungnahme ist von einer bestürzenden Aktualität angesichts der aktuellen Finanzkrise. Leider müssen wir feststellen, dass sich unsere Warnungen und Voraussagen bestätigt haben. Die Welt wurde durch den neoliberalen Wahnsinn in ein Debakel hinein gerissen, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind. Es hat sich gezeigt, dass die Märkte sich nicht selbst regulieren können.

Allein in den Vereinigten Staaten wird es 700 Milliarden Dollar kosten, die Finanzmärkte zu retten. Was würde es kosten, die Opfer dieses Systems zu retten? Etwa die Hälfte der Hälfte der Hälfte. Nach Zahlen der FAO könnte man die Versorgungssicherheit in den von der gegenwärtigen Nahrungsmittelkrise am stärksten betroffenen Ländern gewährleisten. Dennoch, für diese gibt es keine Rettungspakete und Maßnahmen.

In diesen Jahren hat ATTAC immer wieder festgestellt: „*Angesichts der völligen Freiheit der Kapitalströme, der Steuerparadiese und der steigenden spekulativen Transaktionen, sind die Staaten einem ruinösen Wettbewerb zugunsten der Multinationalen Unternehmen ausgesetzt.* ...“. Genau das ist passiert, als die US-Regierung, den Rezepten des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank (WB) zum trotz, dazu gezwungen war, einen großen Teil des Finanzsystems unter Kontrolle zu stellen. Banken, Finanzindustrie, Versicherungswirtschaft, eigentlich strikte Gegner

von Steuern, sind nur auf öffentliche Gelder angewiesen, um zu überleben.

(...) Heute kann man die Debatte um die Besteuerung internationaler Finanztransaktionen nicht mehr umgehen. Es ist notwendig auf globaler Ebene eine Tobin-Spahn-Steuer zu erheben, die internationale Devisengeschäfte besteuert und die 50 Milliarden Dollar jährlich für Finanzierung der Entwicklung des globalen Südens einbringen könnte.

Die Reform der Bretton-Woods-Institutionen duldet keinen Aufschub mehr. IMF und WB müssen unter die Kontrolle der UNO gestellt werden. Sie müssen demokratisiert und gestärkt werden, um Teil einer neuen Global-Governance-Architektur zu werden, die auf eine echte Armutsbekämpfung ausgerichtet ist und die sich auf die Prinzipien von Steuergerechtigkeit und fairem Handel stützt.

Wir müssen diese Krise zum Endpunkt der neoliberalen Globalisierung und zum Anfangspunkt einer neuen finanzpolitischen, wirtschaftspolitischen und machtpolitischen Weltordnung machen. Es ist höchste Zeit, lasst uns als Bürger „¡Basta!“ sagen.

Gegen die Diktatur der Märkte!
Eine andere Welt ist möglich!

Santiago de Chile, Oktober 2008

Aus dem Spanischen übersetzt von:
Andreas Gaul, Coörditrad

Kürzungen: SiG-Redaktion



<http://www.attac-netzwerk.de/ag-lateinamerika/kongress-2008/>

In Lateinamerika ist in den vergangenen Jahren viel in Bewegung geraten.

Ansätze partizipativer Demokratie wie die neuen Verfassungen und partizipative Haushalte, Projekte Solidarischer Ökonomie wie selbstverwaltete Betriebe, Alternative Medien wie Basisradios und der Fernsender TeleSur, die Rücknahme von Privatisierungen, Landreformen, Bildungs- und Gesundheitsreformen zum Wohle der Bevölkerung, neue Wege ökologischer Nachhaltigkeit, internationale, emanzipatorische Projekte wie ALBA und die Bank des Südens, die Alternativen zu Freihandel und globalen Institutionen wie IWF und Weltbank darstellen, sind auch das Ergebnis der vielfältigen Aktivitäten sozialer Bewe-

gungen und haben diesen gleichzeitig neuen Auftrieb gegeben.

Entsprechend hat sich auch die Solidaritätsarbeit in Deutschland in Richtung einer Solidarität als „Zweibahnstraße“ verändert, in der es nicht mehr nur darum geht, die Bewegungen in Lateinamerika zu unterstützen, sondern auch darum, von den neuen Wegen, die dort gegangen werden, zu lernen für unsere Auseinandersetzungen und Kämpfe hier.

Mit diesen Entwicklungen und Erfahrungen werden wir uns auf dem Kongress beschäftigen.

Attac-Statement zur Finanzkrise und zu demokratischen Alternativen

Die Zeit ist reif: Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte!

Attac Deutschland, Attac Österreich, Attac Dänemark, Attac Spanien, Attac Finnland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Ungarn, Attac Italien, Attac Marokko, Attac Norwegen, Attac Polen, Attac Schweden, Attac Schweiz, Juni 2008

“Entwaffnet die Märkte!”: Dieses war der erste Slogan der vor dem Hintergrund der Finanzkrise in Südostasien 1998 gegründeten Bewegung Attac. Mittlerweile sind wir Zeugen zahlreicher weiterer Krisen geworden, die durch die Finanzmärkte ausgelöst wurden: Der Krisen in Russland, Brasilien, der Türkei, Argentinien und dem Platzen der New Economy Blase im Jahr 2001.

Derzeit stecken wir erneut mitten in einer Krise. Auch wenn ihr Ende bisher nicht in Sicht ist, ist es möglich, dass diese Krise die schwerste seit der Großen Depression sein wird, die durch den Crash der Aktienmärkte im Jahr 1929 ausgelöst wurde

Ein anderes Finanzsystem ist möglich

Die Komplexität des gegenwärtigen Finanzsystems macht es unmöglich die aktuellen Probleme mit einem einfachen Instrument zu lösen. Es gibt keinen archimedischen Punkt. Ein ganzer Werkzeugkasten wird nötig sein. Im Hinblick darauf, dass in naher Zukunft eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in Erwägungen gezogen werden, die alle kontrovers sein werden, können wir einige Grundvoraussetzungen definieren, die berücksichtigt werden müssen, damit Einzelmaßnahmen eine emanzipatorische Neugestaltung bewirken.

A. Systemische Veränderungen statt stückweise Reparatur

Das ganze Finanzsystem in seiner neoliberalen Form hat sich als ökonomisch instabil und ineffizient und als schädlich für Gleichheit, die allgemeine Wohlfahrt und die Demokratie erwiesen. Darum sind systemische Veränderungen notwendig. Eines unserer zentralen Ziele ist es, die neoliberalen Grundpfeiler einzureißen, vor allem die weltweite Mobilität von Kapital. Einzelne regulatorische Maßnahmen, die nur auf den Erhalt von Reichtum und vermögensgetriebene Entwicklung zielen, oder kosmetische Reformen sind hingegen inakzeptabel.

B. Ein neues Bretton Woods anstelle der Selbstheilungskräfte des Marktes

Die Krise zeigt, dass Märkte ohne demokratische Regulierung zu desaströsen Ergebnissen führen. Deshalb ist es erforderlich, dass demokratische Kontrolle und internationale Kooperation an die Stelle

des anarchischen Wettbewerbs zwischen den Nationalstaaten treten. Bei ökonomischen Entscheidungen müssen nachhaltige Entwicklung und die Menschenrechte aller drei Generationen Vorrang haben.

Ein geeigneter institutioneller Rahmen unter der Aufsicht der UN muss errichtet werden. Die nationalen Aufsichten und die internationale Kooperation zwischen den Aufsichtsbehörden müssen gestärkt werden. Dabei muss auch das Rating-Geschäft Teil der öffentlichen Aufsicht werden.

Dem ungehinderten Fluss von Waren und Kapital müssen Grenzen gesetzt werden. Die allgemeingültige Offenheit von Waren- und Finanzflüssen muss ersetzt werden durch ein neues Netz von Verträgen zwischen den verschiedenen Ländern und Regionen der Welt, die auf dem gegenseitigen Respekt vor den Rechten der Menschen unabhängig von ihrer Klasse, der Verteidigung der historischen Errungenschaft der ArbeitnehmerInnen und der Solidarität mit den ärmeren Ländern fußen.

C. Die Dominanz der Finanzmärkte brechen

Die grundsätzliche Orientierung für eine echte Umkehr muss darauf gerichtet sein, die Dominanz der Finanzmärkte über die Realökonomie zu brechen. Einige geeignete Instrumente für diesen Zweck sind:

- Die Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen (inklusive von Devisentransaktionen), um Spekulation zu reduzieren, die Geschwindigkeit der Finanzmärkte zu verlangsamen und die Kurzfristorientierung der Finanzmärkte zu reduzieren

- Die progressive Besteuerung von Kapitaleinkommen. Einer der wesentlichen Faktoren für das Anschwellen der Finanzmärkte ist die steigende Konzentration von Vermögen. Deshalb ist eine substantielle Umverteilung von Einkommen und Vermögen von oben nach unten ebenso notwendig wie die Reduzierung von Anreizen für exzessive Profite, um den Finanzmärkten Grenzen zu setzen und sie zu stabilisieren.

- Die Privatisierung der Sozialsysteme und wichtiger öffentlicher Infrastrukturen – wie Energie oder die Bahn – müssen gestoppt, bzw. rückgängig gemacht werden.

D. Das Verursacher-Prinzip

Die Instabilität von Finanzmärkten ist ein inhärentes Merkmal des Kapitalismus im Allgemeinen und des neoliberalen Kapitalismus

insbesondere. Eingriffe des Staates in Zeiten der Krise sind unzweifelhaft notwendig. Die kriminelle Laissez-faire Politik der 30er Jahre darf nicht wiederholt werden. Doch die Kosten der Eingriffe sollten nicht von den SteuerzahlerInnen getragen werden sondern von denen, die für die Krise verantwortlich sind. Deshalb sollte ein spezieller Krisenfonds gebildet werden, der die Konsequenzen einer Krise für die Gesamtwirtschaft abfedern sollte. Dieser Fond sollte durch eine Sonderabgabe auf Kapitaleinkommen über 50.000€ und eine ein-prozentige Extrasteuer auf Unternehmensgewinne finanziert werden.

E. Die EU reformieren

Spezielle Aufmerksamkeit muss der EU gelten. Die finanziellen Aspekte des Vertrages von Lissabon und anderer Verträge sind durchdrungen von neoliberalen Dogmen. Artikel 63 des Vertrages von Lissabon, der jegliche Restriktionen von Kapitalflüssen verbietet und damit die perfekte Bedingung für den enormen Zugriff der Finanzmärkte auf die Gesellschaft schafft, muss abgeschafft werden.

Wir fordern außerdem eine Begrenzung der Niederlassungsfreiheit (Artikel 49), die dem Kapital die Freiheit lässt, sich immer dorthin zu bewegen, wo die Bedingungen am günstigsten sind und die Finanzinstitutionen die Möglichkeit gibt, Asyl in der City of London zu suchen oder wo immer sie wollen.

Zudem ist es notwendig den Status der EZB zu ändern. Die Bank steht im Herzen des neoliberalen Europas. Ihre Geld- und Fiskalpolitik basiert völlig auf den neoklassischen Dogmen. Die Autonomie von der monetaristischen Ideologie ist ebenso notwendig wie die demokratische Kontrolle dieser Institution, deren Politik das Schicksal der Bürgerinnen und Bürger entscheidend beeinflusst. Wir kritisieren die Fixierung der EZB auf das 2-Prozent Konsumentenpreisinflations-Ziel – dies ist ein zentraler Pfeiler neoliberaler Politik. Stattdessen sollte die EZB den Fokus auf Beschäftigung, den Erhalt der Kaufkraft und die Stabilität der Finanzmärkte richten.

F. Reformen im Herzen des Systems

Angesichts der Krise erfordern einige Eckpfeiler des gegenwärtigen Systems besondere Aufmerksamkeit, zum Beispiel:

a. Eigenkapitalanforderungen und vernünftige Praktiken im Bankensektor

Eigenkapitalvorschriften für Banken müssen verschärft werden. In dieser Hinsicht war Basel II ein Schritt in die falsche Richtung. Ein Basel III ist notwendig, mit dem die Konsequenzen aus der Krise gezogen werden. Außerbilanzielle Geschäfte, die jetzt im Zentrum der Krise stehen, müssen verboten werden. Die Praktiken der Verbriefung müssen auf solche Institutionen beschränkt bleiben, die unter der strikten Kontrolle der Regierungen stehen, wie es in den USA der Fall war. Die schlimmsten Praktiken der Verbriefung müssen verboten werden, beispielsweise die CDOs, deren Ziel der massive Wiederverkauf von Subprime-Krediten war. Investment-Banking sollte von anderen Bankdienstleistungen getrennt werden. Das öffentliche und genossenschaftliche Bankenwesen sollte gestärkt werden. Die Öffentlichkeit sollte zumindest einige Schlüsselbanken besitzen um stabile Finanzierung für nachhaltige und gerechte Entwicklung bereitzustellen. Die Rating-Agenturen, die in dieser Krise ebenso wie in fast allen Krisen der letzten Dekaden schwere Fehler machten, sollten unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Keinesfalls sollten Rating-Agenturen von den Firmen bezahlt werden, die sie raten. Stattdessen sollten sie aus einem Fonds bezahlt werden, in den NutzerInnen der Ratings und alle Ausgeber von Finanzprodukten einzahlen.

b. Institutionen mit hoher Hebelwirkung

Wer braucht Hedge-Fonds und was ist ihr Nutzen für die Wirtschaft? Als die VertreterInnen Deutschlands auf dem G8 Gipfel 2007 höhere Transparenz von Hedge-Fonds verlangten, wurden dagegen argumentiert, diese Institutionen erfüllten eine nützliche Funktion, weil niemand anders

bereit sei die Risiken zu tragen, die diese übernehmen. Tatsächlich handelt es sich bei diesen Risiken jedoch um die Risiken der Spekulation im Dienste des maximalen Profits. Diese Aktivitäten haben keinen Nutzen für die Gesamtwirtschaft- im Gegenteil: sie destabilisieren das System. Durch den Einsatz von Kredithebeln (Leverage) wird dieses Risiko auf das Bankensystem ausgedehnt. Das ist der Grund, warum sie überhaupt nicht stattfinden sollten. Hedge-Fonds zu einem Instrument der Krisenprävention zu erklären ist so, als ob man einem Pyromanen die Aufgabe des Feuerschutzes übertragen würde. Die Aufsicht muss Banken davon abhalten Geschäfte mit Hedge-Fonds zu machen. Niemand braucht diese außer reichen Individuen und institutionellen Anlegern auf der Suche nach hoch-riskantem maximalem Profit.

c. Die Regulation von Derivaten

Solange bestimmte Risiken für die Realwirtschaft in der globalen Wirtschaft bestehen bleiben, wie z.B. das Wechselkursrisiko, können Derivate eine positive Funktion als Absicherung gegen diese Risiken haben. Für diesen Zweck sollten sie standardisiert und von der Aufsicht geprüft an der Börse gehandelt werden. Der Handel over the counter (OTC) sollte verboten werden.

d. Steueroasen: Wer braucht Offshore-Zentren (OFCs) und Steueroasen? Lediglich reiche Individuen und institutionelle Anleger, die ihr Vermögen von den Steuerbehörden verstecken wollen, die Mafia, Terroristen, Waffenhändler und andere Kriminelle, die Geld waschen wollen. Es gibt keinen nachvollziehbaren ökonomischen Grund für die Aufrechterhaltung des ökonomischen Status dieser Territorien.

Deshalb muss diesen Plätzen die wirtschaftliche Grundlage entzogen werden. Solange dies nicht möglich ist, weil einige große Industrieländer ihre eigenen Offshore-Zentren und Steueroasen nicht schließen und andere protegieren, können unilaterale Maßnahmen ergriffen werden. Dazu gehört die Aufhebung des Bankgeheimnisses von Banken in ihrer Hoheitsgewalt, die Anordnung, Töchter von Banken in Steueroasen zu schließen und die Erhebung einer hohen Gebühr auf Transaktionen in Steueroasen und Offshore Zentren.

e. Private Equity Fonds regulieren

Eigenkapitalvorschriften für Private Equity müssen verbessert werden. Hebelkredite müssen auf eine nachhaltige Höhe begrenzt werden. Reformen im Bereich der Corporate Governance wie dreifache Stimmrechte für Langfrist-Anleger sind notwendig. Gewerkschaften, KonsumentInnen und andere Stakeholder müssen pflichtmäßig in Unternehmensentscheidungen einbezogen werden.

f. Neue Regeln für die Verschuldung von Haushalten

Gesetzliche Grenzen für Verschuldung müssen geschaffen werden, zuerst für Haushalte, z.B. durch die Einführung von Obergrenzen von Schuldendienst und Zinsen im Verhältnis zu dem Einkommen in jedem Land. Wohnräume und Zugang zu Wohneigentum für soziale schwache Haushalte zu schaffen, muss Aufgabe von Regierungsprogrammen bleiben. Es darf nicht zum Geschäftsfeld für die schlimmsten Segmente der privaten Finanzdienstleister werden. Wir unterstützen Vorschläge für neue Entschuldungsverfahren, die es den überschuldeten HausbesitzerInnen möglich machen würden, Mieter in ihren Häusern zu werden.

Spekulation und Krisen – es reicht! (internationale Petition)

Die entfesselten Finanzmärkte zerstören die Gesellschaften. In aller Stille, täglich und überall, wo die Aktionäre Druck auf die Unternehmen und damit auf die Beschäftigten ausüben, um ihnen eine höhere Rentabilität abzapfen. Spektakel und Getöse begleiten die heftigen Krisen, in denen das unfassbare Ausmaß der spekulativen Gier und deren Folgen für Wachstum und Beschäftigung schonungslos offenbart wird. Arbeitslosigkeit, Verelendung und zunehmende Ungleichheit: Die Beschäftigten und die Ärmsten haben die Zeche für die Spekulation und die aus den Börsenkrächen resultierenden Verluste zu zahlen.

Seit zwanzig Jahren durchlaufen die Weltfinanzmärkte eine Krise nach der anderen: 1987 Börsenkrach, 1990 Immobilienkrise in den USA, Europa und Japan, 1994 Sturz der US-Staatsanleihen, 1998 weltweite Krise der Finanzmärkte, 2000-2002 Platzen der Internetblase und 2007-2008 schließlich Immobilienkrise, die sich möglicherweise zu einer

weltweiten Krise der Finanzmärkte ausweiten wird. Warum diese ständige Wiederholung? Weil die freie Zirkulation des Kapitals und die "Innovation" der Finanzmärkte keinerlei Einschränkung mehr unterliegen. Den Zentralbanken, die zugelassen haben, dass die Spekulationsblasen sich aufblähen, bleibt nun keine andere Wahl, als den illiquiden Banken und Spekulationsfonds zu Hilfe zu eilen. Wir werden nicht untätig auf die nächste Krise warten und sind nicht bereit, weiterhin die eklatanten Ungleichheiten und Risiken hinzunehmen, die die Finanzmärkte hervorrufen. Wenn Deregulierung zwangsläufig zu Instabilität führt, wie sollen dann die inhaltslosen Aufrufe zu "Transparenz" und moralischem Verhalten etwas ändern und verhindern, dass dieselben Ursachen erneut dieselben Wirkungen erzeugen? Um dem ein Ende zu setzen, müsste man die Grundfesten des Systems angreifen, das heißt die Strukturen radikal verändern.

Jegliche Veränderung innerhalb der Europäischen Union scheitert an dem unbegrenzten Schutz, den die EU-Verträge dem Finanzkapital gewähren.

Deshalb fordern wir als Bürger Europas die Abschaffung von Artikel 56 des Lissaboner Vertrages. Denn dieser untersagt jedwede Beschränkung des Kapitalflusses und ermöglicht so den ungehinderten Zugriff des Finanzkapitals auf die Gesellschaft. Weiter fordern wir, die Niederlassungsfreiheit zu beschränken (Artikel 48). Denn sie versetzt das Finanzkapital in die Lage, sich dort anzusiedeln, wo es die besten Bedingungen vorfindet. Wenn Freiheit nur bedeutet, dass die Herrschenden - das Finanzkapital - den Rest der Gesellschaft versklaven dürfen, lehnen wir das ab. Unter Freiheit verstehen wir Freiheit vom Joch der Profitmaximierung.

<http://www.stop-finance.org/spekulation-und-borsenkrache-jetzt-reicht-es>

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung, München

Die Mängel der Attac-Vorschläge

Auszug aus dem Kapitel „Alternativen zum Finanzkapitalismus“ des Heftes 75: Finanzkapital „Entwaffnet die Märkte“

Attac verlangt im "Statement zur Finanzkrise und demokratischen Alternativen", dass Reformen nicht zur Renovierung der beschädigten Fassade des Neoliberalismus, sondern zu einem "echten Paradigmenwechsel" im Finanzsystem führen sollen. (Attac 2008, S. 2). (1) Im ersten Satz erinnert der Aufruf an die Losung, mit der Attac vor zehn Jahren antrat: "Entwaffnet die Märkte!" Nun gelte es, "die neoliberalen Grundpfeiler einzureißen" (S. 3). Darunter versteht Attac vor allem die weltweite Mobilität von Kapital und den wachsenden Zugriff von "finanziellen Interessen" auf die Realwirtschaft. Die perfekte Mobilität von Kapital spiele eine entscheidende Rolle in der Weltwirtschaft. Sie kreierte globalen Wettbewerb, nicht allein zwischen multinationalen Firmen sondern auch zwischen den Staaten und ihren Sozial- und Steuersystemen und zwischen den ArbeitnehmerInnen in verschiedenen Teilen der Welt. Die Komplexität des gegenwärtigen Finanzsystems sei so groß, dass die Probleme nicht mit einem einfachen Instrument zu lösen seien. Es gäbe keinen "archimedischen Punkt", nötig sei "ein ganzer Werkzeugkasten".

An wichtigen Werkzeugen nennt Attac:

- Man brauche ein **neues "Bretton Woods"**. In dem Ort in New Hampshire (USA) war 1944 für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Ordnung des internationalen Zahlungsverkehrs auf dem Goldstandard sowie die Einrichtung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beschlossen worden. Nun solle ein internationaler institutioneller Rahmen unter der Aufsicht der UN beschlossen werden, der an die Stelle des anarchischen Wettbewerbs zwischen den Nationalstaaten demokratische Kontrolle und internationale Kooperation setzt.
- **Um die Dominanz der Finanzmärkte zu brechen**, müssten alle Arten von Finanztransaktionen (inklusive Devisentransaktionen) besteuert werden; müssten die Kapitaleinkommen progressiv besteuert, die Umverteilung von Einkommen und Vermögen von oben nach unten durchgesetzt werden; müsste die Privatisierung der Sozialsysteme und wichtiger öffentlicher Infrastrukturen gestoppt bzw. rückgängig gemacht werden.
- Da dem Kapitalismus die Instabilität von Finanzmärkten innewohne und Eingriffe des Staates notwendig machten, soll ein **spezieller Krisenfonds** eingerichtet werden, der durch eine Sonderabgabe auf Ka-

pitaleinkommen über 50.000 Euro und eine einprozentige Extrasteuer auf Unternehmensgewinne finanziert werden soll.

- **Reformen im Herzen des Systems**

nennt Attac die Vorschläge für die Reorganisation des Bankensektors:

- **Eigenkapitalvorschriften** müssen verschärft, außerbilanzielle Geschäfte müssen verboten werden.

- Die Praktiken der **Verbriefung** sollen auf Institutionen beschränkt werden, die unter strikter Kontrolle der Regierungen stehen. Die "schlimmsten Praktiken der Verbriefung", CDOs zum Beispiel, sollen verboten werden.

- Das **öffentliche und genossenschaftliche Bankenwesen** soll gestärkt werden.

- **Rating-Agenturen** sollen unter öffentlicher Kontrolle gestellt werden.

- Die Aufsicht muss Banken davon abhalten, Geschäfte mit **Hedgefonds** zu machen.

- Der **Derivate-Handel** over the counter soll verboten werden.

- Banken sollen gezwungen werden, ihre Töchter in **Steueroasen** zu schließen; alle Transaktionen in Steueroasen und Offshore-Zentren werden mit einer hohen Gebühr belegt.



Man kann einzelne dieser Forderungen als wenig wirksam kritisieren. So ist z.B. die Forderung, Investment-Banking solle von anderen Bankdienstleistungen getrennt werden, von geringer Relevanz. Denn eben dies ist in den USA der Fall, wo die Fi-

nanzkrise wegen der ominösen Verbriefungen ihre Quelle hat. Auch kann man zu recht kritisieren, dass viele der vorgeschlagenen Maßnahmen nicht weit genug gehen. Wieso will man Banken daran hindern, mit Hedgefonds Geschäfte zu machen, anstatt Hedgefonds prinzipiell zu verbieten? Warum werden Private Equity Fonds, die berühmten Heuschrecken, nicht einmal erwähnt? Doch bei aller Kritik im Detail ist festzuhalten, dass dieser Katalog, würde man ihn realisieren, tatsächlich Erhebliches zur Demokratisierung der Finanzmärkte beitragen würde.

Die Mängel der Attac-Vorschläge

Das Problem der Attac-Vorschläge steckt, wie im ersten Teil dieses Kapitels schon angeführt, woanders.

Die Attac-Theoretiker stellen sich den Neoliberalismus im Grunde genommen als eine politische Strategie vor, um das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu verändern. (2) Man meint, man könne durch eine entsprechende politische Mobilisierung die neoliberalen Regeln rückgängig machen und wieder zum alten, erträglicheren Klassenkompromiss zurückkehren.

Nicht begriffen wird, dass der Neoliberalismus nicht eine beliebige Variante der Kapitalherrschaft ist, sondern dass er dem inneren Bedürfnis des Kapitals bei dem gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte entspricht. Globale Mobilität des Kapitals und die möglichst grenzenlose Verwertung des gesellschaftlichen Mehrwerts im Finanzsektor zählen zu Wesenszügen des modernen Finanzkapitals. Will man diese Voraussetzungen der modernen kapitalistischen Funktionsweise liquidieren, dann stellt man dem modernen Kapitalismus die Existenzfrage. Es geht dann um die Frage der Eigentumsverhältnisse und die der politischen Macht.

Solche Fragen kommen im Attac-Papier nicht vor, obwohl sie bei einzelnen Forderungen ins Auge springen müssten. So ist zum Beispiel die Vorstellung eines "neuen Bretton Woods", das zu einem "Netz von Verträgen zwischen den verschiedenen Ländern und Regionen der Welt" führen soll, "die auf dem gegenseitigen Respekt vor den Rechten der Menschen unabhängig von ihrer Klasse, der Verteidigung der historischen Errungenschaften der ArbeitnehmerInnen und der Solidarität mit den ärmeren Ländern fußen" (Attac 2008, S. 3), nur in dem Maß aufrecht zu erhalten, wie

die Funktionslogik des Finanzkapitals aus Realwirtschaft, Finanzsektor und dem System der politischen Macht vertrieben werden kann.

Der entscheidende Punkt muss also sein, wie das Verhältnis der Klassenkräfte zugunsten der Arbeiterklasse (in der Attac-Diktion: der ArbeitnehmerInnen) zu verändern ist, und wie die gesellschaftlichen Ressourcen dem Zugriff der Kapitalistenklasse zu entwinden und unter demokratische Kontrolle zu stellen sind. Dies wäre der "archimedische Punkt", den die Attac-Autoren nicht sehen, und stattdessen einen "ganzen Werkzeugkasten" anbieten, der nicht in allen Teilen brauchbar ist und natürlich auch nicht vollständig sein kann.

Dennoch sind die Attac-Werkzeuge von hohem politischem Wert. Würde man nämlich die Forderungen durchzusetzen versuchen, käme man sehr schnell an die Grenzen, die durch die Verfügungsgewalt und die politische Macht des Kapitals gesetzt sind. In der politischen Aktion würde klar werden, dass es nicht um eine "politische Zivilisierung" des Finanzkapitals gehen

kann, sondern um die Zurückdrängung seiner Macht und seine schließliche, möglichst baldige Überwindung.

Solche innere Sprengkraft haben die Forderungen von Gewerkschaftsseite nicht. Die "Forderungen der IG Metall" enthalten im ersten Punkt "Transparenz erhöhen" die Schlüsselsätze: "Die strukturierten Finanzprodukte sind so kompliziert, dass die Käufer nicht mehr durchblicken ... Ein Verbot der strukturierten Finanzinstrumente wird jedoch allgemein für nicht realisierbar gehalten." (IG Metall 2008, S. 10.) Deshalb konzentriert sich die Gewerkschaft auf Forderungen zur Erhöhung der Transparenz, die auch mit den Banken durchsetzbar sind. "Basel II" wird als wichtige Errungenschaft gefeiert, vorhandene Mängel, so wird versichert, werde die EU noch im Herbst 2008 beheben.

Einer ähnlichen Linie folgt die Gewerkschaft Verdi. Zwar wird der Finanzkapitalismus als "Geldgier in Reinkultur" entlarvt (Verdi 2008/1). Doch bei den Vorschlägen bewegt man sich im Mainstream des aufklärten Neoliberalismus. "Exzesse an den

Finanzmärkten" müssten präventiv verhindert werden, die Vorschläge des FSF seien "ein Schritt in die richtige Richtung". (Verdi 2008/2, S. 20 f)

1) Das Statement wurde gemeinsam veröffentlicht von den Attac-Organisationen in Deutschland, Österreich, Dänemark, Spanien, Finnland, Flandern, Frankreich, Ungarn, Italien, Marokko, Norwegen, Polen, Schweden, Schweiz

2) Panitch/Gindin definieren den Neoliberalismus gar als "eine politische Strategie, um das Gleichgewicht der Klassenkräfte zu verschieben". Dies ist höchst aufschlussreich, verrät es doch die Vorstellung, als habe es sich vor der neoliberalen Phase um ein Klassensgleichgewicht und nicht um die Herrschaft des Kapitals in Politik und Wirtschaft gehandelt. Vgl Leo Panitch und Sam Gindin: Die Aufsicht über das globale Kapital. Sozialismus 2/2006, S. 44.

<http://www.isw-muenchen.de/report750.html>



Diese Zeichnung und andere im Heft sind von TITOM,
<http://bxl.attac.be/spip/spip.php?rubrique12>

Internetseiten von attac-Verbänden zu den Finanzmärkten:

<http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique1061>

<http://www.attac.at/6764.html>

<http://www.suisse.attac.org/10-questions-sur-la-crise>

<http://www.casino-schliessen.de/aktuell/casino-schliessen/startseite/>

Weitere Internetseiten:

<http://www.weed-online.org/themen/finanzen/index.html>

<http://www.labournet.de/diskussion/wipo/finanz/krise08.html>

<http://www.europe-solidaire.org/spip.php?rubrique589>

<http://focusweb.org/>

<http://www.cadtm.org/>

Christian Felber

Globale Finanzkonferenz: Vorsitz an Keynes!

Anmerkungen aus Attac-Perspektive zu EU-Kommissionspräsident Barroso in der Rolle des Feuerwehrhauptmanns im Kampf gegen die Finanzkrise - Ein Kommentar der anderen von Christian Felber

Schön, dass Kommissionspräsident José Manuel Barroso die EU als Feuerwehr gegen die Finanzkrise positioniert (DER STANDARD, 4. 10. 2008). Schön, dass er eine "Konferenz" befürwortet. Ein Bretton Woods II ist überfällig. Bevor die EU-Kommission aber in Verdacht gerät, gänzlich auf die Seite von Attac gewechselt zu haben, sei noch einmal kurz daran erinnert, dass sie in den letzten Jahren fast alles dafür getan hat, dass "freie" Finanzakteure weltweit Krisen auslösen konnten und die EU nun selbst von einer solchen angesteckt wird:

- Seit 1999 errichtet die EU mit Feuereifer einen Finanzbinnenmarkt ohne Aufsicht und Kontrolle. Ziel dieses politischen Großprojekts ist die Geschäftsfreiheit der Finanzindustrie und ihre globale Wettbewerbsfähigkeit!

- Mit dieser Strategie hat sie die 44 Großbanken, die sie jetzt im Notfall retten will, gezielt herangezogen. Im Gegenzug kümmern sie die unzähligen regionalen und lokalen Sparkassen, Volks- und Genossenschaftsbanken, die das "reale" europäische Wirtschaftswunder in den Nachkriegsjahrzehnten krisenfrei finanziert haben, kaum.

- Während die Großen im Widerspruch zum EU-Beihilfe- und Wettbewerbsrechts von der öffentlichen Hand aufgefangen würden, erachtet die Europäische Union die Ausfallhaftung von Gemeinden für Regionalsparkassen als Verstoß gegen Wettbewerb und Beihilfenrecht. Skurril, dass Barroso den Satz "Als hilfreich haben sich unsere Wettbewerbsregeln und Vorschriften für staatliche Beihilfen erwiesen" in seinem Feuerwehr-Kommentar unterbringt.

- Die Kommission weigert sich bis heute, Hedge- und Private-Equity-Fonds zu regulieren, obwohl die G8 diese Maßnahme zur Priorität erklärt haben und das EU-Parlament die Kommission mehrfach dazu aufgefordert und ihre Säumigkeit bereits 2007 beanstandet hat.

- Die EU-Kommission leistet der Privatisierung der Pensionssysteme eifrig Vorschub - wieder im heißen Bemühen um globale Wettbewerbsfähigkeit - und damit einer Krisenursache, nämlich dass ein Teil des Volkseinkommens, statt direkt von einer Generation zur nächsten zu fließen, auf die Finanzmärkte umgeleitet wird, wo es Überliquidität, Inflation und Instabilität auslöst.

- Die EU "exportiert" dieses labile Modell über das WTO-Dienstleistungsabkommen GATS in alle Welt (von wegen Feuerwehr!) und attackiert Länder, die ihre Finanzmärkte besonnener regulieren. Thailand zum Beispiel untersagt Banken, die in Steueroasen lizenziert sind, die Niederlassung. Die EU fordert von Thailand die Aufhebung dieser "Handelsbeschränkung". Ähnliche Forderungen erhebt sie gegen Malaysia (Aufhebung von Devisenbeschränkungen) und Südafrika (Lockerung der Eigenkapitalvorschriften).

- Der EG-Vertrag schreibt schließlich vor, dass der Kapitalverkehr von der EU bis in die letzte Steueroase undifferenziert frei sein muss. Damit macht sich die EU nicht nur erpressbar gegenüber steinreichen Steuermuffeln, sie öffnet Finanzkrisen Tür und Tor, weil noch der faulste Kredit frei die Grenze passieren darf. (Zynismus am Rande: Die Einreise von "unerwünschten" Menschen wird teils mit militärischer Gewalt verhindert.)

- Aus den zahlreichen Finanzkrisen der letzten Jahre, die andere Länder in tiefe Rezessionen rissen, weigerte sich die EU beharrlich, Lehren und politische Konsequenzen zu ziehen.

Nun soll man nicht kleinlich sein und Barrosos erwachte Regulierungswut nicht herabwürdigen, nur weil die Europäische Union in den vergangenen Jahre wütend dereguliert hat. Sollte tatsächlich eine globale und EU-weite Aufsicht Banken,

Fonds und Derivate künftig streng kontrollieren, wäre das ein großer Erfolg

Aber im Beifall für die Forderung nach einer internationalen Konferenz sollte andererseits auch nicht untergehen, was eine echte Neuaufgabe von Bretton Woods bedeuten würde: Brächte die EU-Kommission auch nur die Hälfte der Vorschläge des britischen Vertreters bei der "letzten" Konferenz dieser Art ein, es wäre vergleichsweise eine Revolution.

John Maynard Keynes schlug 1944 in Bretton Woods vor, dass nicht eine nationale Währung die Rolle der Weltleitwährung spielen sollte, sondern ein Korb aller wichtigen Währungen. In diesem sollten die strategischen Rohstoffe notieren und internationale Schulden verrechnet werden: Dollar, adieu.

Zweitens sollte der Aufbau von Handels- und damit Kapitalbilanzungleichgewichten (aktuelles Beispiel: USA/China) durch Strafzahlungen für Handelsüberschüsse wie -defizite verhütet werden. Will das Barroso wirklich?

Schön wär's, doch wahrscheinlicher ist, dass der globale Casinokapitalismus unter den Augen einer müden Aufsicht, etwas höheren Eigenkapitalvorschriften und dem Verbot des einen oder anderen Derivats zur alltäglichen Spielordnung übergeht - bis zum nächsten Krach.

Wirklich schön wäre, würde John Maynard Keynes auf Einladung von Feuerwehrhauptmann Barroso den Vorsitz dieser Konferenz übernehmen.

(DER STANDARD, Print-Ausgabe, 7. Oktober 2008)
<http://derstandard.at/?url=/?id=1220460104690>

Christian Felber ist freier Publizist und Attac-Mitbegründer. Jüngste Buchveröffentlichungen: Zuletzt erschien von ihm bei Deuticke "Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus".

ver.di — Landesbezirk Baden-Württemberg

Angesichts der Finanzmarktkrise:

Soziale Sicherungen wiederherstellen, Bahnprivatisierung sofort stoppen

Stuttgart, 24. September 2008

Das aktuelle Debakel auf den internationalen Finanzmärkten war eines der Schwerpunktthemen der gestern zu Ende gegangenen jährlichen Klausurtagung des ver.di Landesbezirksvorstand in Eislingen. Vielen Menschen habe der Neoliberalismus der letzten Jahre den Boden unter den Füßen weg gezogen: soziale Sicherungen gegen Armut und Arbeitslosigkeit seien geschliffen, Einrichtungen der Daseinsvorsorge privatisiert und damit zur Beute von Finanzinvestoren gemacht worden - dies sei jetzt noch einmal mit der Teilprivatisierung der Bahn geplant. Die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer/innen weltweit würden in einer Dumpingspirale nach unten getrieben, viele verlören ihre Arbeitsplätze bei Firmenzusammenbrüchen.

Der Landesbezirksvorstand forderte daher in einer Resolution, nicht nur die Finanz-

märkte zu re-regulieren und die derzeit laufende Teilprivatisierung der Bahn sofort zu stoppen, sondern gerade jetzt, die sozialen Sicherungssysteme wieder funktionsfähig zu machen, um die Menschen vor der Willkür der krisenhaften Marktmechanismen zu schützen.

"Wir sind uns bewusst", endet eine Resolution des Landesbezirksvorstands hierzu, "dass die Arbeitnehmer/innen weltweit zu Opfern des Zusammenbruchs des Neoliberalismus zu werden drohen. Als ver.di sind wir solidarisch mit unseren KollegInnen in den USA, Großbritannien, Spanien, Russland und vielen anderen Ländern. Wir werden uns nicht weiter gegeneinander ausspielen lassen, sondern den Widerstand gegen die Folge der Krise gemeinsam organisieren."

Nun, wo dieses von vielen in Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Politik hochge-

jubelte System ins Wanken gerate, drohe es wieder vor allem ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache weltweit mit sich herunter zu reißen. Die Profiteure des Casino-Kapitalismus schienen ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen, während öffentliche Mittel in gigantischen Größenordnungen eingesetzt werden müssten, um den angerichteten Schaden zu begrenzen - Steuermittel die fehlen würden, um soziale Einrichtungen aufrecht zu erhalten und dringende öffentliche Investitionen zu tätigen. Gewinne individualisieren, Verluste privatisieren - damit müsse Schluss sein, so ver.di-Landesbezirksleiterin Leni Breymer.

Hinweis: Die Resolution zum Thema "Krise der Finanzmärkte" finden Sie unter www.bawue.verdi.de. Ebenso dort einzusehen ist ein in der gleichen Sitzung beschlossenes Positionspapier zu "Stuttgart 21".

Bündnis „Bahn für Alle“ feiert Aussetzen des Börsenganges der Bahn

Nach Aufgeschoben muss Aufgehoben kommen

Hamburg, 09. Oktober 2008

Der Börsengang der Bahn wird verschoben. Dazu Winfried Wolf für das Bündnis "Bahn für Alle": *"Das ist wirklich ein Grund zu feiern!" Bahn für Alle begrüßt, dass die die Bahn, zentrales Element der Daseinsvorsorge, zunächst nicht auch noch in den Börsenstrudel geworfen wird. Dazu Wolf: "Das ist bei allem Schlimmen, was diese Finanzkrise mit sich bringt und vermutlich noch bringen wird, für die Bürger eine gute Meldung."*

Nach Meinung des Bündnisses "Bahn für Alle" ist eine Verschiebung etwa auf November halbherzig. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beziffert das Bruttoanlagevermögen der Bahn-Transportsparte für 2006 mit 56 Milliarden Euro. Das für den Börsengang vorgesehene Viertel ist demnach 14 Milliarden Euro wert. Wenn im November aufgrund einer kurzen Pause im Sturm fünf Milliarden Euro an Investorengeldern zusammenkommen

anstelle der jetzt befürchteten vier, so stellt das nach wie vor eine beispiellose Verschleuderung von Steuergeldern dar.

Bahn für Alle meint: Die Bahn ist das Rückgrat eines öffentlichen Verkehrssystems. Sie muss gegenüber den anderen Verkehrsträgern massiv gefördert werden und nicht an der Börse verhöckert - weder jetzt noch in Zukunft.

Bahn für Alle fordert: Der Bahnbörsengang muss ganz ausgesetzt werden, seine Grundlagen müssen öffentlich neu debattiert werden.

Dazu Carl Waßmuth, attac-Vertreter im Bündnis Bahn für Alle: *"Wer behauptet, der Bahnbörsengang dürfe nicht im Wahlkampf zerrieben werden, der gräbt vor aller Augen an den Grundfesten unserer Demokratie."* Bahn für Alle fordert die Politik auf, sich der Frage des öffentlichen Verkehrs und der dafür sinnvollen Struktur im Wahlkampf zu stellen.

<http://privatisierungstoppen.deinebahn.de/channel/34.html>

<http://www.bahn-fuer-alle.de/>



Francine Mestrum

Vorbereitung auf die Strategiediskussion am Weltsozialforum

Die Behauptung, dass das WSF an einem Scheideweg steht, ist sicher richtig, allerdings sagt das nicht viel. Für Walden Bello könnte dieser Umstand heißen, dass der Weg, der bisher verfolgt wurde, plötzlich abbricht und dass der WSF-Prozess zu einem Ende kommt. Für Chico Whitaker, könnte es bedeuten, dass verschiedene Wege offen stehen und dass man sich wird entscheiden müssen. Für andere, wie Gus Massiah, heißt es vor allem, dass eine Debatte dringend benötigt wird, dass man über die neue Strategie, die befolgt werden soll, nachdenken muss und dass ein neuer WSF-Zyklus beginnen kann oder muss.

Dieser Artikel soll ein Beitrag zur Diskussion sein, welche bald organisiert werden muss. Ich werde mich als Erstes mit der Notwendigkeit einer neuen Analyse der weltweiten politischen Situation befassen, dann mit den Errungenschaften der globalisierungskritischen Bewegung und einigen Fragen zu deren Zukunft. Zum Schluss werde ich einige Vorschläge machen. Ich formuliere sie im Vertrauen auf den „offenen Raum“ des WSF und dessen Zukunft. Aber ich glaube auch, dass einige Veränderungen nötig sein werden.

Seit 2001 hat sich die Welt verändert

Wie es der Vorbereitungstext der „Strategiegruppe“ des International Council (IC) nahe legt, ist die heutige politische Situation anders als vor sieben Jahren.

Es gibt Gründe für die Einschätzung, dass der **Neoliberalismus** in einer Krise steckt, aber dennoch setzt er sein Projekt weiter um, und mit immer negativer werdenden Konsequenzen.

In den 1980er Jahren sah der Washingtoner Konsens wie ein ökonomisches Projekt mit einem politischen Hintergrund aus, heute aber hat die Phase des politischen „Wiederaufbaus“ begonnen, wie man feststellen kann.

Am Anfang beinhaltete nämlich das neoliberale Projekt eine brutale Demontage der öffentlichen Institutionen und eine Neuausrichtung der makro-ökonomischen Politik nach einem einzigen Modell.

In den 1990er Jahren wurde eine „soziale Korrektur“ eingeführt mit Armutsverminderungspolitik und dem progressiven oder brutalen Abbau von traditionellem sozialem Schutz. Diese „soziale“ Politik ist

völlig kompatibel mit neoliberaler Politik und greift nicht die zunehmende Lohnungleichheit an.

In seiner dritten (und letzten?) Phase, die des „Wiederaufbaus“, gibt es eine politische Sanierung, der Staat wird gestärkt, allerdings keineswegs im Sinne von Keynes. Der Staat muss stark sein, wenn es um die Durchsetzung des Washingtoner Konsenses geht, sonst aber müssen seine Eingriffsmöglichkeiten eingeschränkt werden und von einer einvernehmlichen „*governance*“ geleitet werden.

Wenn es eine Krise gibt, ist sie unter anderem auf die lange Frist zurückzuführen, welche nötig waren, um diese verschiedenen Taktiken einzuführen und welche für einige neokoloniale Staaten zu lange dauerten.

Von keinem wirtschaftlichen Fortschritt begleitet, sondern vielmehr bei übergreifender Armut und in Ermangelung von Ressourcen zu ihrer Bekämpfung, wurden mehrere Staaten „fragil“ und „scheiterten“ schließlich (und dies führte zu Konflikten). Unter diesen Umständen findet die „Sanierung“ tatsächlich unter einer „Schock-Doktrin“ statt, wie Naomi Klein sie nennt. Reformen können in einer chaotischen Situation, wenn alle Institutionen in der Krise sind, leichter eingeführt werden. Gemäß dem neoliberalen Projekt sollten daraus „befriedete“ neoliberale Staaten entstehen, in welchen transnationale Unternehmen nach ihren Bedürfnissen und Interessen Geld anlegen oder zurückziehen können. Das einzige, was diesen Prozess aufhalten kann, wäre die derzeit drohende US-amerikanische Finanzkrise.

Auf der geopolitischen Ebene hat sich die Situation ebenfalls verändert.

Das Ende des Kalten Krieges brachte nicht den versprochenen Frieden. Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats missachten andauernd die UNO-Charta. Transnationale Konzerne treten die grundlegendsten Menschenrechte mit den Füßen.

Wettrüsten, Klimawandel und nukleare Aufrüstung gefährden das Überleben der Menschheit.

Der Terroranschlag vom 11. September wurde als Begründung genommen für den Krieg in Afghanistan und später in Irak. Der ständige Krieg gegen Terrorismus passt perfekt zur „Hilfe“, welche „fragilen“ und „gescheiterten“ Staaten gegeben wird, und erlaubt es den USA, die Grenze zwischen Entwicklung und Sicherheit aufzuheben. Oder sollte man besser sagen, dass

Entwicklungspolitik in Sicherheitspolitik umgewandelt wird?

Das Element, welches hier den imperialistischen Prozess behindern könnte, sind starke souveräne Staaten. China wird in Afrika stark, Brasilien und Indien verunmöglichen das Abkommen der Doha-Runde, arme afrikanische Staaten sagen „Nein“ zu den „Angeboten“ der Europäischen Union, ökonomische Partnerschaften einzugehen.

Die Supermächte des Nordens sind nicht mehr allmächtig und werden die Wünsche oder die Ablehnung der Dritten Welt berücksichtigen müssen. Es gibt immer mehr Süd-Süd-Zusammenarbeit, und zwar in einem solchen Maße, dass einige von der Rückkehr des „Geistes von Bandung“ träumen.

Ein drittes Element des Wandels ist sicher der **Erfolg der altermondialistischen Bewegung**. Genau wie die Drittweltstaaten leistet die Bevölkerung Widerstand und organisiert sich, um Würde, den Respekt der Menschenrechte und der kulturellen und biologischen Vielfalt, einen anständigen Lebensstandards, öffentliche Dienste usw. zu verlangen. Die altermondialistische Bewegung hat dem neoliberalen Projekt erfolgreich die Legitimation entzogen. In Lateinamerika hat sie dazu beigetragen, dass progressive oder sogar revolutionäre Regierungen durch demokratische Wahlen an die Macht kamen.

Kurz, neoliberale Politik wird immer noch in vielen armen Ländern, wo die Bretton Woods Organisationen und die WTO die Macht haben, von den Supermächten des Nordens und ihren transnationalen Unternehmen betrieben. Der Widerstand der Bevölkerung und der Regierungen der Dritten Welt wächst und die Supermacht der USA und der EU wird vom Auftauchen der regionalen Mächte und der beginnenden Finanzkrise bedroht.

Erfolge der altermondialistischen Bewegung und einige Fragen zu ihrer Zukunft

Zusätzlich zu diesen wichtigen Erfolgen kann die alternative Globalisierungsbewegung in ihren globalen, regionalen, nationalen und lokalen Dimensionen stolz auf ihre Ergebnisse sein. Aber sie hat auch an ihre Zukunft zu denken. Auf die Phase des

Widerstandes hat eine konkrete Botschaft über die „andere Welt“, die möglich ist, zu folgen.

Das WSF wird und sollte niemals ein einheitliches Programm für die gesamte Bewegung übernehmen, aber sie hat ihre Botschaften politischer zu machen, um ihren Erfolge, ihre neuen Analysen und ihre neuen Forderungen zu berücksichtigen. Die Charta der Prinzipien erlaubt eine solche politische Botschaft.

Aber das WSF muss auch mehr Raum schaffen für ihre regionalen Gliederungen, damit diese in Übereinstimmung mit ihrer spezifischen Situation handeln können.

Es muss auch mehr die politische Debatte und Demokratie fördern.

Die Zukunft des WSF, gleich ob es als ein Ereignis oder als ein Prozess betrachtet wird, bedeutet, muss über seinen jetzigen Zustand hinausgehen.

Diese einmalige Erfahrung hat das Auftreten einer dynamischen und pluralistischen „Bewegung der Bewegungen“ erlaubt. Sie war das Ergebnis einer politischen Analyse, die zu der Vorstellung führen konnte, dass Widerstand gegen den neoliberalen Kapitalismus ausreichte, um reformistische, anti- oder postkapitalistische Politiken einzuführen.

Sie wurde von Leuten geschaffen, die meist an die Macht der Zivilgesellschaft glaubten und an die Möglichkeit einer anderen und neuen politischen Praxis. Vom Beginn an distanzierten sie sich von der Welt der politischen Parteien.

Das WSF gestattete Bewegungen aus Europa, Asien, Latein Amerika und Afrika einander kennen zu lernen und voneinander zu lernen. Netzwerke und Netzwerke von Netzwerken wurden geschaffen.

Zehn Jahre nach dem Kalten Krieg eröffnete sich eine neue Perspektive für die globale Linke, die möglicherweise dachte, dass seine Reorganisation leicht sein würde.

„Eine andere Welt ist möglich“ ist eine wirklich brillante Losung, die mit dem „pensée unique“ von TINA (There is no alternative = es gibt keine Alternative) brach. Es bekräftigt wieder das Recht der menschlichen Gesellschaft auf Selbstbestimmung - und deren Fähigkeit, sie zu erringen.

Was bedeutet dies für die Veränderungen innerhalb des WSF-Prozesses?

Als Erstes, der **Bedarf nach einer politischen Diskussion** folgt logischerweise der neuen Analyse, die zur globalen Situation erstellt wird.

Neoliberalismus hat keine Legitimität mehr, fährt jedoch fort zu regieren und wird nicht aufgegeben werden, solange die Menschen nicht „nein“ sagen können.

Die vielen Konflikte, die in den letzten Jahren ausbrachen, zeugen ebenso vom Kampf um natürliche Ressourcen – Einkommensquellen – als auch von der Blockierung der politischen Systeme.

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung, als auch die Demokratisierung der Gesellschaften einschließlich der Umverteilung des Reichtums und der Einkommen sind die offensichtliche Antwort für alle, die gegen Krieg sind.

Aber diese Veränderungen werden nicht spontan zu Stande kommen. Selbstverständlich wird die Analyse verschiedene Ergebnisse in verschiedenen Regionen und Ländern aufweisen, aber mir ist klar, dass eine politischere Diskussion den notwendigen Veränderungsprozess nur fördern kann.

Die Charta der Prinzipien verurteilt aber das WSF nicht zur permanenten Neutralität. Im Gegenteil, sie gestattet Stellungnahmen zu Gunsten einer gerechteren und fairen Globalisierung, sozialer Gerechtigkeit und Respekt vor den Menschenrechten.

In dieser Hinsicht braucht die Charta der Prinzipien nicht geändert zu werden.

Die sich verändernde politische Umwelt betrachtend muss aber die Analyse feiner abgestimmt werden und die Debatte geklärt.

Derzeit zeigt die Debatte über nachhaltige Entwicklung, zum Kampf gegen Terrorismus und zur Reduzierung der Armut eine **gewisse Analogie zwischen den Themenfeldern der Linken und Rechten**.

Nicht überraschend, dass diese Übereinstimmung von den neoliberalen Kräften vorgelegt wird und das Risiko besteht, dass die ideologischen Grenzen unscharf werden.

Gewiss ist **Armut** weder ein linkes noch ein rechtes Thema, jedoch ist der Weg, wie Armut angegangen wird fundamental unterschiedlich für die Linke und die Rechte. Zu viele NGOs sind der Weltbank in deren Maßnahmen gefolgt und wenn die alternative Globalisierungsbewegung sich eine eigene Identität wünscht, sollten wir m. E. so jämmerlichen Auftritten wie denen in Gleneagles aus dem Wege gehen, wo die Weltbank, NROs und Bono gemeinsam forderten „Armut muss Geschichte werden“.

Dasselbe gilt für **nachhaltige Entwicklung** und dem **Krieg gegen Terrorismus**. Wir stimmen alle darin überein, dass etwas für die Entwicklung und gegen Terrorismus getan werden muss, aber die politischen Vorgehensweisen werden für linke und rechte Kräfte völlig unterschiedlich sein. Wenn wir lähmende „post-Politik“, wie Chantal Mouffe es nannte, vermeiden wollen, dann haben wir den Konsens zu brechen, damit ganz unterschiedliche Pro-

jekte zum Vorschein kommen können und über diese Themen debattiert werden kann.

Zu einer politischeren Debatte und politischeren Forderungen gehört eine Klärung unserer Positionen, um eine ideologische Verwirrung zu vermeiden werden und die Klassenkampfdimension oder der post-Kolonialismus verschiedener Themen nicht verhüllt wird.

Weiterhin könnte zwar gewissen nationalen oder regionalen Situationen durch eine politischere und deutlichere Botschaft und **glaubhafte Alternativen** geholfen werden, jedoch ist in anderen Fällen die politische Realität mancher Länder weit jenseits der vorsichtigen Positionierung des WSF.

Hier hat man klar an lateinamerikanische Länder zu denken, wie Venezuela, Bolivien oder Ecuador.

Es würde absurd sein, die Bewegungen dieser Länder zu bitten, unterhalb des bereits Erreichten zu arbeiten und zu sprechen. Ihre Lage muss konsolidiert werden und eine Unterstützung durch die altermondialistische Bewegung könnte nützlich sein. Deklarationen und/oder Aktionen, nicht im Namen des WSF, sondern von Bewegungen, die am WSF teilnehmen, sollten möglich sein, auch zusammen mit oder zu Gunsten von progressiven Regierungen.

Man kann verstehen, dass das WSF oder sein IR ermüdende ideologische Debatten vermeiden möchte.

Aber es ist schwer zu glauben, dass es einfach jedwede politische Debatte oder Stellungnahme vermeiden kann. Zugegeben, sein IR ist nicht repräsentativ, aber man sollte über Lösungen nachdenken, damit er seine Relevanz doch nicht verliert. Ebenso wie das WSF Gefahr läuft, seine Relevanz zu verlieren, sobald alle großen Netzwerke geschaffen sind und Bewegungen das WSF nicht mehr benötigen, um sich zu begegnen und zu reden.

Wenn das WSF möchte, dass es etwas jenseits des offenen Raumes gibt, wo Bewegungen sich begegnen und miteinander reden, wenn es ein globaler offener Raum sein möchte, wo progressive Bewegungen sich absprechen können, dann muss er die Möglichkeit politischer Debatten bieten. Die Bewegungen, die am WSF teilnehmen, sind bei weitem nicht homogen, aber trotz all ihrer Unterschiedlichkeiten, sollte die Einheit der Bewegung bewahrt werden.

Einige Vorschläge für die Zukunft des WSF-Prozesses

Diese Überlegungen bringen mich zu einigen Vorschlägen, ein paar unfertigen Ideen über den weiteren Weg vorwärts, einem Versuch, den WSF-Prozess wieder zu beleben.

Es ist immer schwierig eine prekäre und heikle Situation zu ändern, es ist schwierig und manchmal unmöglich bei der Vielfalt der im IR und dem WSF vorhandenen Bewegungen, eine Übereinstimmung zu finden.

Dennoch möchte ich einige Einfälle vorzulegen, als Impuls. Diese können verworfen, verbessert oder verändert werden, je nach den Bedürfnissen und Möglichkeiten.

a) Lasst uns versuchen die Falle zu vermeiden, die in der Wahl zwischen ‚Vertiefung‘ und ‚Erweiterung‘ des Prozesses steckt. Beides ist absolut notwendig, wenn wir den Prozess überhaupt retten wollen. Wenn wir eine wirklich globale Bewegung sein wollen, ein globales politisches Aktionsmittel, dann brauchen wir Partner in China, Osteuropa und im Nahen Osten. Wenn wir eine Rolle spielen möchten, brauchen wir klare alternative politische Botschaften. Diese wichtige Arbeit erfordert sehr viel Geduld.

b) In diesem Zusammenhang und angesichts der vielen bevorstehenden Arbeit, sollte ein WSF alle 2 oder 3 Jahre machbar sein. In der Zwischenzeit können regionale, lokale oder thematische Foren organisiert werden. Dadurch kann das WSF umfassender Weise vorbereitet werden und die Verbindung mit lokalen sozialen Aktionen gesichert.

c) Es ist bedauerlich, dass manche Bewegungen, die nicht links orientiert oder fortschrittlich zu sein scheinen, am WSF teilnehmen, wohingegen manche radikale oder revolutionäre linke Bewegungen anscheinend ein Parallelforum zur Äußerung ihrer Forderungen vorziehen. Falls das WSF ein wahrhaft offener Raum ist, dann sollte die zweite Gruppe eingeladen werden. Und wenn wir die Charta der Prinzipien wirklich respektieren, dann sollte die erste Gruppe draußen bleiben. Ist es nicht möglich, alle Teilnehmerbewegungen direkt zu fragen, ob sie der Charta der Prinzipien zustimmen? Oder können Hinweise zum Zeitpunkt der Registrierung beim WSF gegeben werden? Damit dies korrekt funktioniert, könnte man darum bitten, dass ein Kästchen bei der elektronischen Registrierung abgehakt wird.

d) Bei unseren unterschiedlichen ideologischen Positionierungen und Perspektiven wird es natürlich nicht möglich sein, zu manchen verschiedenen politischen Themen einen allgemeinen Konsens zu finden. Dennoch sollte einen Weg zu systematischeren politischen Stellungnahmen gefunden werden, möglicherweise Mehrheiten und Minderheiten zulassend. Dadurch könnten sowohl Allianzen gefördert werden als auch das Auftreten von großen ideologischen/politischen Tendenzen, die am Ende zu alternativen Programmen

führen können. Es könnte eine Lösung sowohl zur Vermeidung der gegenwärtigen lähmenden Neutralität, als auch des Mangels an Transparenz von Initiativen, wie den Konsens von Porto Alegre oder dem Aufruf von Bamako, so interessant sie auch waren.

e) Ein anderes zu überdenkendes Thema ist die Reorganisation des Internationalen Rates, damit klare Verantwortungen etabliert werden und eine bessere Strukturierung angenommen wird.

Gegenwärtig könnten im Namen der Horizontalität, alle Strukturen, Hierarchien und jede Art zwingender Arbeitsweise unterlassen werden.

Man sollte aber darüber nachdenken, ob eine solche Situation auf Dauer aufrechterhalten werden kann. Strukturen bringen immer ein Risiko der Bürokratisierung oder der Institutionalisierung, aber ihre Abwesenheit kann nicht-explizite und ebenso schädliche Machtverhältnisse verbergen. Hier sollten wir mit der Transparenz beginnen, bei der ‚Ausstrahlung‘ der IR-Debatten über Internet.

f) Für die Organisation des WSF ist eine größtmögliche Beteiligung von progressiven Kräften wünschenswert. Sich mit den Teilnehmern zu beraten kann daher sehr nützlich sein.

Aber die großen politischen Themen, die für die altermondialistische Bewegung bedeutsam sind, sind bekannt und sie unterscheiden sich nicht sehr von einem Jahr zum anderen. Für 2009 ist es nicht allzu schwierig, schon jetzt eine Liste der mutmaßlichen Themen zu erstellen:

a. Krieg und Frieden: internationale und nationale Konflikte, Waffenhandel...

b. Transnationale Demokratie: UN, Weltbank, IWF, WTO, ILO usw.

c. Internationale Politik: WB/IWF, WTO... (Schulden, Armut, Korruption, Freihandel, Steuern...)

d. Nachhaltige Entwicklung: Landwirtschaft (und Agrotreibstoffe), Artenvielfalt, Kyoto, usw.

e. Wirtschaftspolitiken: STN's, solidarische Wirtschaft...

f. Kulturelle Vielfalt und Diskriminierung: Sexualität, ethnische Minderheiten, Migration, usw.

g. Gender

h. Menschenrechte

i. Soziale Gerechtigkeit: Arbeits- und Sozialer Schutz, Armut, Ungleichheit ...

j. Globale öffentliche Güter und ihre Finanzierung: Transport, Trinkwasser, Bildung, Gesundheit, nationale und internationale Steuern, Steueroasen usw.

k. Wissen und Kommunikation: Forschung, Medien...

Möglicherweise kann ein zusätzlicher Punkt hinzugefügt werden, um „die Zukunft der alternativen Globalisierungsbewegung“ zu besprechen. Hier könnten unterschiedliche Bewegungen über ihre Konvergenzen und Unterschiede diskutieren und künftige Allianzen vorbereiten.

Diese Vorschläge setzen eine stärkere Rolle des Sekretariates, des Organisationskomitees und des IR bei der Organisation des WSF voraus.

Auf den ersten Blick könnte die Autonomie der Bewegungen dadurch beeinträchtigt werden. Jedoch hat die Erfahrung mit den sieben vergangenen Foren den sich wiederholenden Charakter der Hauptthemen gezeigt. Wenn völlig neue Themen vorgeschlagen werden, dann sollten sie diskutiert werden und einen Platz finden, natürlich nur, wenn sie mit der Charta der Prinzipien übereinstimmen.

Der Abschlussstag des Forums könnte der Suche nach Konvergenzen in Bezug auf verschiedene Themen gewidmet sein. Wenn diese Themen besser vorbereitet und definiert sind, dann sollte dies möglich sein. Es würde eine Verbesserung der Formel des „4. Tages“ von Nairobi sein.

Zur Förderung der politischen Debatten könnte man auch jedes Thema mit einer Plenardebatte beginnen, die von den Sozialen Bewegungen und von WSF gemeinsam vorbereitet werden, und bei der die großen politischen Trends präsentiert werden könnten. Dann könnten Unterthemen in verschiedenen Seminaren diskutiert werden.

Dieser Vorschlag ist nicht dazu gedacht, den teilnehmenden Bewegungen irgendetwas aufzuzwingen, sondern ihre Beteiligung besser zu steuern und die Möglichkeit der politischen Übereinstimmung zu vergrößern.

Gewiss sollten alle, die am WSF teilnehmen wollen, konsultiert werden, aber dies muss nicht notwendigerweise die großen thematischen Fragen betreffen. Beteiligung kann auch die Unterthemen betreffen, die Organisation selbst, oder die Modalitäten für politische Stellungnahmen. Es kann auch die konkreten Vorschläge betreffen, die am letzten Tag diskutiert werden. Das WSF könnte mit einigen politischen Erklärungen einiger beteiligten Bewegungen enden.

g) Zu guter Letzt würde es für die Transparenz des gesamten WSF förderlich sein, wenn man möglichst bald die aufgrund des WSF in Nairobi ausgedachten „leitenden Prinzipien“ verabschieden würde, - einschließlich die Punkte zur Finanzierung des WSF.

Schlussfolgerungen

Zwei Elemente sind von besonderer Wichtigkeit für die Zukunft des WSFs.

Erstens die Notwendigkeit einer gewissen „Leitung“. Heute gibt es keine förmliche Leitung. Ich für mein Teil denke, dass eine große, in die Zukunft blickende Veranstaltung mit mehr als 100.000 Teilnehmern eine Art formale Leitung benötigt, zur Sicherung von Demokratie, Transparenz und der Verfolgung einiger klarer Ziele.

Die Definition dieser Ziele ist mein zweiter Punkt. Sie müssen jenseits von der Kritik des Neoliberalismus und der Globalisierung hinüberblicken. Was soll in unseren Augen das WSF sein oder tun? Die andere Welt, von der wir denken, dass sie möglich ist, sollte konkreter werden, nicht in der Gestalt eines einzigen Programms, sondern als verschiedene Programme oder Leitprinzipien für regionale und nationale Bewegungen.

Manch einer mag denken, dass diese bescheidenen Vorschläge zu weit hergeholt sind. Aber denkt nur mal an die Strategie unserer ‚Feinde‘. Neoliberale Kräfte haben klare Ziele und Strategien. Sie bereiten ihre Analysen und Diskurse vor. Sie haben Strukturen und Organisationen. Und sie sind dabei, den Sieg davon zu tragen.

Vielleicht ziehen wir Alternativen vor, aber dann sollte es Alternativen sein, mit denen WIR im sozialen und politischen Kampf den Sieg davon tragen

Was auf dem Spiel steht bei dieser Strategiedebatte ist die Zukunft der altermondialistischen Bewegung allgemein und insbesondere die des WSF.

Auf der globalen Ebene hat die altermondialistische Bewegung ohne das WSF keine Zukunft, und das WSF kann nicht von der Bewegung getrennt gesehen werden, auch wenn beide nicht gleich zu setzen sind.

Das WSF ist ein offener Raum für unterschiedliche Bewegungen und muss es bleiben.

Meiner Meinung nach müssen diese Bewegungen jetzt ermutigt werden, sich selbst innerhalb des WSF besser zu organisieren, Allianzen einzugehen und politische Erklärungen abzugeben und dabei auf der Struktur, die das WSF ihnen anbietet, aufbauen. Aber das WSF ist auch eine Struktur, wenn es sich gleich für keine gibt. Demokratie verlangt, dass dies offenkundig gemacht wird.

Es ist möglich, dass einige Bewegungen sich für keine ideologische Position, entscheiden werden, ganz gleich welche, und lieber ‚neutral‘ bleiben.

Die Frage muss dann gestellt werden, was das Potential einer allgemeinen Bewegung verschiedener Einzelthemen-Bewegungen ist, die nicht zu anderen Themen Stellung nehmen kann, als die, an denen sie arbeiten? Oder umgekehrt: was ist die Zukunft einer Bewegung, die zu einer ganzen Serie von verschiedenen politischen Fragen Stellung nimmt? Läuft sie dann nicht die

Gefahr mit einer politischen Partei gleichgesetzt zu werden? Wie kann man mit Bewegungen politisch handeln, wenn sie über Politik nicht reden wollen?

Was auch immer aus dieser Debatte resultieren wird: wir müssen unser Mögliches tun, um das Erreichte und die Einheit der Bewegung zu bewahren, mit ihrer enormen Potential, Leute zu mobilisieren und zu motivieren.

Das WSF ist ein Prozess und ein Ereignis, ein politischer Prozess und ein alternatives Festival.

Aber die Veranstaltung ist kein Selbstzweck. Klar antihegemoniale Ziele müssen definiert werden und dies kann nicht getan werden ohne politische Debatte und/oder Leitung.

Das WSF ist zwar ein „offener Raum“ und muss es bleiben, aber m. E. muss dieser Raum organisiert und strukturiert werden.

http://www.forumsocialmundial.org.br/noticias_textos.php?cd_news=456

Übersetzung: coorditrad

Francine Mestrum ist Mitglied des Internationalen Rates des WSF und von attac Belgien

„Die Zukunft des Weltsozialforums – die große Strategiedebatte im WSF“ Reader,

<http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/>

Europäisches Sozialforum in Malmö

Aufruf der Sozialen Bewegungen „2009: Europa verändern“

Auf der europäischen Ebene erleben wir zur Zeit eine liberale und antisoziale Front auf allen Gebieten: eine Wirtschaftskrise, Preiserhöhungen, lebensmittelbedingte Krankheiten, Privatisierung und Zerschlagung öffentlicher Unternehmen, Bewegungen gegen die Arbeitsreformen, Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes, Zerschlagung der gemeinsamen Agrarpolitik, Verstärkung der europäischen Festung gegen Migranten, Schwächung der demokratischen und Bürgerrechte und wachsende Repression, wirtschaftliche Kooperationsabkommen, militärisches Eingreifen in externe Konflikte, neue militärische Stützpunkte, usw., und das Ganze in einer Welt, in der Ungleichheit, Armut und weltweiter ständiger Krieg von Tag zu Tag schlimmer werden.

In diesem Kontext der globalen Krise wollen wir wieder zum Ausdruck bringen, dass es tatsächliche Alternativen hin zu globaler Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie und Umweltschutz gibt.

Wir, die in Malmö versammelten europäischen Sozialbewegungen, haben uns auf eine gemeinsame Plattform geeinigt, um den Kampf für "ein anderes Europa" zu führen, das zur Grundlage die Rechte der Völker hat.

1. Die soziale Ebene:

Wir starten eine sofortige GEMEINSAME EUROPÄISCHE KAMPAGNE gegen die soziale und Arbeitsmarktpolitik der EU, insbesondere wenden wir uns gegen die EU-Richtlinie zur Arbeitszeit und gegen den Beschluss der EU zur Arbeit von Migranten.

Diese Kampagne wird mehrere Schritte beinhalten (z.B. am **6. Dezember in Paris**) und hat zum Ziel, so schnell wie möglich eine massive Mobilisierung auf europäischer Ebene zustande zu bringen. Als zweiten Schritt planen wir eine große, breite und strategische Konferenz als Gegengipfel aller europäischen sozialen Bewegungen für **März in Brüssel**.

2. Gegen NATO und Krieg:

Wir werden zu einer großen **Demonstration** aufrufen und zwar am **4. April in Straßburg/Kehl**, dem Zentrum der Feierlichkeiten zum 60. Gründungstag der NATO, um "Stoppt die NATO" zu sagen und die Auflösung dieses schrecklichen Kriegswerkzeugs zu fordern. Am selben Tag rufen wir zu **Demonstrationen in allen Ländern Europas** auf.

Wir schlagen dem Weltsozialforum in Belem vor, den 4. April zum internationalen Tag der Mobilisierung gegen die NATO zu erklären.

3. Gegen die Klimakrise:

Wir rufen zu einem **weltweiten Aktionstag zum Klima am 6. Dezember** während des Poznan-Gipfels in Poznan selbst sowie in der ganzen Welt auf. Wir rufen zur massiven internationalen Mobilisierung im nächsten Jahr auf, um die Kritiktage in Kopenhagen im Dezember 2009 vorzubereiten.

4. Gegen G8:

Im **Juli 2009** werden die sozialen Bewegungen Italiens bzw. Sardiniens alle Bewegungen nach Sardinien einladen, wo der G8-Gipfel auf der Insel La Maddalena stattfindet, um gegen das G8-Treffen und dessen Politik zu protestieren und unsere Alternativen hin zu globaler Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie und Umweltschutz aufzuzeigen.

Wir weisen auch auf weitere vielfältige Initiativen von verschiedenen Netzwerken, Vereinigungen und Kollektiven hin.

<http://www.esf2008.org/news/final-declaration-of-the-assembly-of-social-movements-2009-to-change-europe>

Jean-Marie Harribey

Eine Zukunftsuniversität

Abschlussrede auf der Europäischen Sommerakademie

Saarbrücken, 6. August 2008

Die Berichte der Workshops beschreiben die Diskussions- und Handlungsperspektiven der kommenden Wochen und Monate. Wir haben unsere Erfahrungen und unsere Herangehensweise an Probleme ausgetauscht und damit unsere Vernetzung weiter verstärkt, um besser gegen die neoliberale Globalisierung zu kämpfen. Die beiden vorrangigen Ziele, die sich aus unseren Arbeiten ergeben haben, die Bändigung der Finanzmärkte und der Aufbau eines anderen Europa, werden uns nach Abschluss dieser Universität verbinden.

Denn es sind **große Herausforderungen**, die uns erwarten. Da Frankreich die Präsidentschaft der Europäischen Union (EU) bis Ende 2008 ausübt, erinnere ich an die Aufgaben und die Ausrichtung unserer Kampagnen für die kommenden Monate.

- Das **Europäische Sozialforum** findet im September 2008 in Malmö (Schweden) statt.

- Am 20. und 21. September ist das **Treffen von Annecy für eine andere Agrarpolitik**.

- Am 11. Oktober wird ein **europäischer Aktionstag für den Respekt des Irischen No zum Lissabon-Vertrag** stattfinden.

- Am 17. und 18. Oktober wird ein **Gegengipfel zum europäischen Einwanderungspakt** abgehalten.

- Vor der Sitzung des Europäischen Rats vom 11. und 12. Dezember wird im Dezember ein **Gegengipfel** organisiert.

- Auf Initiative von Attac Belgien demonstrieren wir im März 2009 **für ein soziales Europa**.

Diese Universität bringt eine Verstärkung in der Zusammenarbeit der europäischen Attac-Gruppen.

Zu einem Zeitpunkt, an dem die neoliberale und undemokratische Orientierung der EU erneut abgelehnt wurde, dieses Mal durch die Iren, übt Präsident **Sarkozy** enormen Druck aus, um über diesen Volkswillen hinwegzugehen; er hat **vier vorrangige Ziele** benannt, deren Inhalt klar enthüllt, in welche Richtung es gehen soll.

1) Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Die letzte Verhandlung der Welthandelsorganisation (WTO) hat gezeigt, dass die Agrarpolitiken sowohl der EU als auch der Vereinigten Staaten im Gegensatz zu den Interessen der armen Bauern der ganzen

Welt, aber auch im Gegensatz zu einem großen Teil der europäischen Bauern stehen; dennoch werden alle Instrumente zur Steuerung der Produktionsmengen und der Preise nach und nach aufgegeben.

2) Einwanderung

Der Europäische Pakt über Einwanderung und Asyl stellt die bedeutendste Verweigerung von Recht und Gerechtigkeit in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs dar. Und das Frankreich von M. Sarkozy und seines Ministers Hortefeux ist nicht nur beteiligt an dieser Richtlinie der Schande, Frankreich gibt auch auf seinem eigenen Gebiet das schändliche Beispiel einer Politik, die diskriminiert, menschliche Rechte verletzt, Familien auseinander reißt und willkürlich abschiebt.

3) Klima und Energie

Als Spezialist des Medienrums hat M. Sarkozy nach dem Possenstück "Umwelt-Grenelle" nun als Priorität die Aufstellung eines Plans Klima-Energie beschlossen, der lediglich eine Reduzierung der Treibhausgase um 20% bis 2020 vorsieht, während es erforderlich ist, diese bis 2050 um mindestens drei Viertel zu reduzieren. Auf der anderen Seite verfolgt er die Liberalisierung des Energiemarktes, Punkt für Punkt konform mit der entsprechenden europäischen Strategie, anstatt ein umfangreiches Programm für erneuerbare Energien aufzulegen.

4) Gemeinsame Verteidigungspolitik

Auch hier kann man erahnen, welche Auswirkungen die Anwendung des Lissabon-Vertrags hätte, würde er ratifiziert werden: die EU sieht vor, überall in der Welt einzugreifen. Und M. Sarkozy geht mit Beispiel voran, er zeigt sich öffentlich mit Bush und verpflichtet sich, sich wieder der NATO zu nähern.

Was bedeutet die Aufforderung, die Militärbudgets zu erhöhen anderes als die Ausrichtung auf eine immer aggressivere Sicherheitspolitik, um die sich aus der neoliberalen Misere ergebenden Widersprüche zu überwinden?

Unter diesen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, dass unter den vorrangigen Zielen der französischen EU-Präsidentschaft das Soziale Europa nicht aufgeführt wird. Warum nicht? Weil die unsoziale Politik von M. Sarkozy mit der Politik der EU in vollem Einklang steht.

- Was die Arbeitszeit angeht, so zerschlägt er die 35-Stunden-Woche und versucht,

allein schon die Vorstellung davon auszulöschen, dass es für die Dauer der Arbeitszeit eine Bezugsgröße gäbe. Währenddessen verabschiedet die Europäische Kommission erneut die Richtlinie, nach der die Möglichkeit ausgeweitet werden soll, von der maximalen zulässigen Wochenarbeitszeit abzuweichen, und zwar bis zu 60, ja sogar 65 Wochenstunden

- Die Rechte der Arbeitslosen werden mit der Erfindung des Begriffs vom "gültigen Stellenangebot" eingeschränkt, und dies wiederum verweist auf das "Grüne Buch" und die Kommissionsmitteilung zur Flexicurity.

- Die französische Regierung kürzt nach und nach das Recht auf Gesundheit, während die Kommission ein "Sozialpaket" mit der gleichen Ausrichtung vorbereitet.

Und der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften verabschiedete kürzlich vier Entscheidungen, die den Weg zu einer Rechtsprechung des Sozialdumpings in Europa öffnen.

So organisiert sich das Europa der Kaufleute, der Banker, des Kapitals. Ist das das Europa, das für sein Modell so gelobt wird? Lauschen wir dem edlen Humanismus von M. Alain Joyandet, französischer Staatssekretär für Entwicklungshilfe: *"Wir wollen den Afrikanern helfen, aber wir müssen etwas davon haben."* (24. Juni 2008)

Wenn es uns schwer fiele, zu überlegen, welche Kampagnen wir durchführen sollen, so würde es genügen, diesen schönen Geistern zuzuhören. Und wenn ihr es nicht versteht, macht eine Reise nach Frankreich, ehemals Land der Aufklärung genannt, das bald nur noch Weltmeister der Atomkraft sein wird.

Aber Frankreich ist doch nicht so schlecht, denn vor zehn Jahren hat dort die Attac-Bewegung angefangen. Und seitdem hat sie überall Wurzeln geschlagen.

Ich wünsche eines letztes Wort sagen, um unsere deutsche Freunden zu danken, weil sie viel Arbeit für diese Universität gemacht haben. Danke.

Übersetzung: Jürgen Janz, coorditrad

Jean-Marie Harribey ist zusammen mit Aurélie Trouvé Vorsitzender von Attac Frankreich.

Erklärung des wissenschaftlichen Beirats von attac Deutschland "No means no!" - das Nein der Iren europäisieren! -

Die Europäische Sommeruniversität (ESU) der Attac-Gruppen in den europäischen Ländern begrüßt das irische "NO" zum Lissabonner Vertrag. Dem irischen Referendum ging eine intensive sachorientierte Diskussion um die Europäische Union und deren vertragliche Grundlage voraus. Die Ablehnung des Lissabonner Vertrags durch die "Campaign against EU constitution - Vote against the Lisbon Treaty" (www.CAEUC.org) basierte auf ähnlichen Gründen wie das "Non" in Frankreich und das "Nee" in den Niederlanden.

Kritisiert wurde der mangelnde demokratische Charakter des Lissabonner Vertrages. Es gibt eine dominante Rolle der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Kommission in der EU und äußerst geringe Entscheidungsrechte der Parlamente und die intransparente und von der Bevölkerung nicht legitimierte Besetzung der Kommission. Kritisiert wurde auch die weiter bestehende neoliberale Ausrichtung des Lissabonner

Vertrages, der die EU auf eine "offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" festgelegt. In Irland war die Kritik an der Militarisierung der Europäischen Union ein wichtiger Ablehnungsgrund, da diese die irische Neutralität entscheidend einschränken würde.

Schließlich wurde kritisiert, dass Irland durch den Lissabonner Vertrag in der Union schlechter repräsentiert wird.

De facto ist der Lissabonner Vertrag nichts anderes als der in Frankreich und in den Niederlanden abgelehnte "Vertrag für eine Verfassung für Europa". Er enthält weitere wesentliche Elemente einer Verfassung und muss als Verfassung für die Europäische Union von den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union durch Referendum abgestimmt werden.

Wir fordern deshalb Referenden in allen EU-Mitgliedstaaten über die zukünftigen vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union.

Das Problem ist nicht, dass 5 Millionen Iren für 800 Millionen Europäer entscheiden wollten. Das Problem ist viel mehr, dass 5 Millionen Iren für 800 Millionen Europäer abstimmen mussten, weil die europäischen Eliten Referenden in allen anderen EU-Staaten verweigert haben.

Die inhaltliche Substanz des "Lissabonner Vertrages" (wie des fast gleichen EU-Verfassungsvertrages) wurde drei Mal in Referenden abgelehnt. Der Lissabonner Vertrag ist tot. Die Europäische Union braucht einen Neuanfang. Notwendig ist ein neuer Vertrag mit dem die Europäische Union auf eine demokratische Grundlage gestellt wird und sozialen Zielen und auf eine umfassende Abrüstungspolitik in der Welt und Europa verpflichtet wird.

Wir fordern die Regierungen der Europäischen Union auf, das Nein der Iren zu akzeptieren. Notwendig sind neue öffentliche Vertragsverhandlungen.

<http://tobiaspflueger.twoday.net/stories/5109810/>

Aufruf an europäische ATTACs zur Unterstützung der Iren "Nein heißt nein – für ein demokratisches Europa" werdet aktiv am 11. Oktober 2008

Wir unterstützen den "Nein heißt nein"-Aufruf aus Irland. Die ESU unterstützt das dreimalige "NON", "NEE" (zur europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden) und das "NO" in Irland – zum nahezu identischen Vertrag von Lissabon. Dieser Vertrag ist tot: wir werden keine Tricks oder Versprechen akzeptieren, um es wieder zu beleben.

Die europäischen ATTACs verlangen weiter ein demokratisches, soziales und friedliches Europa – Themen, die beim Erreichen der NO-Mehrheit in Irland sehr wichtig waren. Wir weisen jeden Versuch zurück, die Menschen in Irland unter Druck zu setzen, damit sie nochmals abstimmen. Die demokratische Entscheidung des irischen Volkes muss von den Führern der EU respektiert werden.

Die ESU unterstützt den Aufruf zu „Nein heißt Nein“-Aktionen bei den Büros der EU (Kommission oder Europäisches Parlament oder passende Regierungsbüros) am 11. Oktober in den Städten Europas, vor dem Treffen des Europäischen Rates am 15./16. Oktober. Wir rufen alle demokratischen Organisationen auf, die Aktionen am 11. Oktober zu unterstützen und sich daran zu beteiligen.

Wir werden den Ruf nach „Nein heißt nein“ auf dem Europäischen Sozialforum und in den Organisationen, soziale Organisationen, Gewerkschaften und politischen Parteien, in denen wir aktiv sind, erheben.

<http://tobiaspflueger.twoday.net/stories/5109785>



Dokumentation über die Europäische Sommerakademie:

<http://www.european-summer-university.eu/pages/de/dokumentation.php>

<http://www.european-summer-university.eu/pages/de/ergebnisse.php>

Gegen die Rückkehr-Dienstanweisung:

Erklärung der Europäischen Sommeruniversität der europäischen ATTACs, vorgeschlagen durch die wissenschaftlichen Ausschüsse der europäischen ATTACs

Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament haben eine neue Dienstanweisung bezüglich der Behandlung von illegalen Einwanderern (Rückkehr-Anweisung) angenommen. Jeder, der ohne gültige Papiere innerhalb der Union angetroffen wird, ist zu deportieren und kann, zu diesem Zweck, für bis zu 18 Monaten in Gewahrsam gehalten werden. Diese Regelung betrifft auch Minderjährige.

Viele Einwanderer, die nach Europa kommen, fliehen vor Menschenrechtsverletzungen in ihren Herkunftsländern. Sie kommen auch, weil die Handelspolitik der EU ihre wirtschaftlichen Grundlagen untergraben. Das ist besonders für Menschen aus Afrika zutreffend. Viele verlassen ihre Länder, weil der Klimawandel negative Auswirkungen auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen hat. Die industrialisierten Länder und die EU sind größtenteils dafür verantwortlich.

Sie kommen in die Europäische Union, wo

den Rechten von Einwanderern keinerlei Bedeutung beigemessen wird und sie werden zusätzlich durch die neue Rückkehr-Anweisung behindert.

Dass die Einwanderer, mit ihrer zumeist Niedriglohtätigkeit, ein wichtiges Element bei der Schaffung der Überflussesgesellschaft der Europäischen Union sind, ist etwas, das vernachlässigt und vergessen wird.

Es wird vergessen, dass der Überfluss Europas auf den natürlichen Rohstoffen und anderen Reichtümern gebaut ist, als auch auf den billigen Arbeitskräften, die nach Europa gebracht wurden. Darüber hinaus waren Europäer an dem sehr gewinnträchtigen Sklavenhandel beteiligt und sind für die Zwangsarbeit von ungezählten Menschenmassen verantwortlich.

Aus unserer gemeinsamen Erinnerung wurde entfernt, dass Millionen armer, verfolgter und hoffnungsloser Europäer in den vergangenen Jahrhunderten auf anderen Kontinenten akzeptiert wurden, wo sie

teilweise freundlichst willkommen geheißen wurden.

Es ist ebenfalls vergessen, dass selbst im zwanzigsten Jahrhundert viele Menschen, die vor den Nazis und den vom Krieg verursachten Zerstörungen flohen, in den Ländern Afrikas und von Lateinamerika willkommen waren. Es ist daher unerträglich, dass Menschen, die - vielfach aus denselben Gründen wie die Europäer vor relativ kurzer Zeit - aus ihren Heimatländern fliehen, in der Europäischen Union als Kriminelle behandelt werden.

Die Teilnehmer an der Europäischen Sommeruniversität von ATTAC in Saarbrücken im August 2008, verlangen von ihren Regierungen, dass die Empfehlungen der Anweisung nicht in nationales Recht umgesetzt werden. Sie unterstützen die Meinung Afrikas und beider Teile des amerikanischen Kontinents, dass diese Anweisung etwas ist, für das sich die Europäische Union schämen sollte.

„Brücken – keine Mauern“

Regierungsunabhängiger Migrationsgipfel in Paris. 17.-18.Oktober in Paris



Frankreich hat das Thema Migration zur einer seiner Prioritäten während der französischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 gemacht.

Am 15 und 16 Oktober trifft sich der Ministerrat der EU in Brüssel, um einen "Europäischen Pakt über Einwanderung und Asyl" zu verabschieden. Außerdem wird, nach einer ersten Konferenz 2006 in Rabat, im November dieses Jahres in Paris die zweite interministerielle euro-afrikanische Konfe-

renz zu Migration und Entwicklung stattfinden.

Frankreich will seinen europäischen Partnern Verträge vorschlagen zum "konzertierten Management der Migrationsströme und zur gemeinsamen Entwicklung", als Modell für Verhandlungen, in denen auf der einen Seite Frankreich Werbung macht für eine "immigration choisie" (ausgewählte oder selektive Einwanderung) und auf der anderen Seite von den Ländern des Südens fordert, ihre Staatsangehörigen und diejenigen aus Drittländern, die ihr Territorium durchquert haben, zurück zu nehmen.

Wir sind besorgt über den wesentlich von sicherheitspolitischen Prinzipien bestimmten Umgang mit Migration, der den Tod Tausender von Menschen in Kauf nimmt, und über die Umsetzung ökonomischer Entscheidungen, die den afrikanischen Kontinent auch in Zukunft jeglicher Entwicklungsmöglichkeiten berauben werden, und haben deshalb entschieden, eine europäische Mobilisierung zu organisieren, um die Stimmen der europäischen und afrikanischen Zivilgesellschaften zu Gehör zu bringen.

Es ist höchste Zeit, dass die Frage von Migration und Entwicklung wirklich unter dem Blickwinkel gegenseitiger Interessen

gedacht wird: denen der Herkunftsländer, der Transitländer, der Aufnahmeländer und vor allem der MigrantInnen selbst.

Europa verwandelt sich in eine geschlossene Festung und benutzt unverhältnismäßige Mittel, um den Zugang zu seinem Territorium zu verhindern und Papierlose abzuschieben. Wir lehnen die Systematisierung der Auffanglager und die kompromisslose Abschiebepaxis ab.

Wir sehen uns in der Kontinuität der ersten regierungsunabhängigen Konferenz zwischen Europa und Afrika zum Thema "Migration, Bewegungsfreiheit und Grundrechte":

Für den 17. und 18. Oktober rufen wir zu einer großen Mobilisierung nach Paris auf, mit der wir für einen anderen Umgang mit dem Thema der Immigration und für andere politische Beziehungen zwischen der Europäischen Union, Afrika und den übrigen Teilen der Welt eintreten wollen. Wir werden die zweite regierungsunabhängige Konferenz zwischen Europa und Afrika, einen großen Protestzug und ein spektakuläres Konzert organisieren.

www.despontspasdesmurs.org

Asyl in Europa: <http://www.proasyl.de/de/informationen/asyl-in-europa/index.html?print=yprprprprprprprprprpr>

Lucile Daumas, Attac Marokko

Wie die Europäische Union an ihren Grenzen die öffentlichen Dienstleistungen zerschlägt

Die Europäische Union steckt seit 2003 ihre gesamte Außenpolitik gegenüber den Ländern an ihren östlichen und südlichen Rändern in den gleichen Umschlag. Auf ihm steht: ENP, Europäische Nachbarschaftspolitik. In der Mittelmeerzone schließt die ENP die 1995 in Barcelona entstandene Europa-Mittelmeer-Partnerschaft mit ein, deren Ziel es ist, eine große Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und allen Anrainerstaaten im Süden und Osten des Mittelmeeres bis 2012 einzurichten. Diese Freihandelszone dient als Bezugsrahmen für die Mittelmeerunion, die Nicolas Sarkozy als Präsident der EU am 13. Juli dieses Jahres ins Leben gerufen hat.

1995 planten die Teilnehmerstaaten der Partnerschaft Europa-Mittelmeer bis 2010 - das Datum wurde später auf 2012 verschoben - eine Freihandelszone für den Verkehr von Gütern und Kapital einzurichten, ohne explizit auf die Frage der öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsfürsorge einzugehen. Aber seitdem ist das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (engl. GATS) aufgetaucht und zusätzlich tragen die von den Vereinigten Staaten mit Jordanien, Marokko und Bahrain geschlossenen Freihandelsverträge sehr deutlich Zeichen der Vermarktung der Dienstleistungen. Daher spricht nun auch die Europäische Nachbarschaftspolitik klar und deutlich von ihrem Wunsch, "zwischen den Partnerstaaten und der Europäischen Union schrittweise einen integrierten Wirtschaftsraum zu schaffen, mit freiem Verkehr von Gütern, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren."¹

Aber in der Praxis hat die EU nicht das Jahr 2003 abgewartet, um die Dienstleistungen mit ins Visier zu nehmen, auch wenn die Unterzeichnung der Assoziationsverträge, die die EU als Ganzes und jeden südlichen Anrainerstaat des Mittelmeeres einbinden, nur schrittweise erfolgte (Libyen war das letzte Land, das sich diesem Prozess anschloss), auch wenn die Öffnung eines jeden dieser Länder in sehr unterschiedlichem Tempo erfolgte, mag dies auch nur daran liegen, dass einige Länder (Algerien, Libanon, Libyen) bis heute noch nicht der Welt handelsorganisation (engl. WTO) beigetreten sind, während Jordanien ein begeisterter Anhänger der Öffnung für alle Arten von Dienstleistungen ist.

Marokko ist das Land des Maghreb, das ich am besten kenne und das offensichtlich am stärksten im Prozess der Liberalisierung der

Dienstleistungen eingebunden ist. Ich werde daher gestützt auf den Fall dieses Landes zeigen, wie die Europa-Mittelmeer-Partnerschaftsabkommen, die die Empfehlungen und Mahnungen der Welthandelsorganisation und der Weltbank verstärkten, als Hebel für die Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsfürsorge gedient haben und wer von dieser Liberalisierung profitiert hat.

Verschiedene Vorgehensweisen

Der Prozess der Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsfürsorge hat verschiedene Formen angenommen:

- **Die Beendigung des staatlichen Monopols** mit der Herstellung einer Konkurrenzsituation öffentlich / privat im gleichen Sektor (Telefon, Gesundheit, Bildungswesen, Post...)

- **Die Umwandlung des staatlichen Betreibers in eine börsennotierte Aktiengesellschaft**, wie das der Fall war beim Telefon, mit einer Beteiligung von Vivendi.

Zunächst handelte es sich um eine Minderheitsbeteiligung, aber dann wurde eine zweite Tranche zugeteilt, die es ausländischen Aktionären ermöglichte, Mehrheitsanteilseigner zu werden, während sich gleichzeitig andere private Betreiber auf dem Mobiltelefonmarkt niederließen, bevor sie dies auch in gewissen Nischen des Festnetzmarktes taten.

- **Die Öffentlich-Private Partnerschaft** (auch als Public Private Partnership, PPP bezeichnet), besonders geschätzt von den an Gemeinden gebundene Dienstleistungsunternehmen: vor allem Wasser- und Stromversorgung (Veolia und Lyonnaise des eaux teilen sich diesen Markt), Müllabfuhr (verschiedene, meist europäische Betreiber), Müllentsorgung, öffentlicher Personenverkehr.

- **Die finanzielle Unabhängigkeit**, die die öffentlichen Einrichtungen verpflichtet, ihre Finanzmittel von den Nutzern selbst zu holen (das ist besonders bei den Krankenhäusern der Fall), und die damit die Prinzipien und Methoden eines Privatunternehmens in einem öffentlichen Unternehmen anwenden müssen.

- **Die schleichende Liberalisierung von innen**. Die Post liefert den eklatantesten Fall:

parallel zur Ansiedlung privater Post- und Paketdienste werden die Angestellten der Post selber an private Gesellschaften abgestellt (zum Beispiel Western Union, DHL, etc.).

Kurz gesagt, die Privatisierung hat alle Dienstleistungssektoren berührt (Banken, Versicherungen, Netzdienste, Gesundheit, Bildungswesen, öffentlicher Personentransport, Tourismus...), während gleichzeitig die Politik der Öffnung des Landes es neuen Dienstleistungsunternehmen ermöglicht, ihre Aktivitäten nach Marokko zu verlagern (das betrifft in erster Linie die Callcenter, die sich in Marokko in exponentieller Weise entwickeln, da sie besonders von der Verbreitung der französischen Sprache profitieren.)

Welche Rollenspiele dabei die Europäische Union?

Die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft war die treibende Kraft bei allen diesen Reformen.

Zunächst durch die Verbreitung des neoliberalen Denkens und das hartnäckige Propagieren der Öffnung des Marktes nach außen und der Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Dieses Denken wurde als Garant für Modernität dargestellt, als Möglichkeit, ausländische Investitionen anzulocken (die berühmten Internationalen Direktinvestitionen, engl. Foreign Direct Investment, FDI), als Wachstumsmotor, kurz, als eine Option, die man nicht auslassen durfte.

Dann dadurch, dass sie den Großteil der Studien und Reformen von Vorschriften, die derartige Liberalisierungen ermöglichten, durchführte und finanzierte.

Schließlich, indem sie für die europäischen Unternehmen, die sich in Marokko niederlassen wollten, den roten Teppich ausrollte, wie das vor allem der Fall war mit Vivendi und Veolia.

Das höchste Stadium der Deregulierung ist bald erreicht mit der Öffnung von Offshore-Zonen im ganzen Land für verschiedene Aktivitätstypen. Damit wurden die europäischen Experten zufrieden gestellt, die der Meinung waren, dass zwei Haupthindernisse für die Ansiedlung europäischer Dienstleistungsunternehmen in den südlichen Anrainerstaaten existierten: Vorschriften und juristische Aspekte einerseits und die Anwendung des lokalen Rechts auf die nach

Marokko ausgelagerten Gesellschaften andererseits. Ganz offensichtlich ermöglicht es die Einrichtung von Offshore-Zonen, diese beiden Hindernisse zu umgehen.

Warum stellt dies ein Problem dar?

1 - geringe Gewinne

Gewiss haben einige spektakuläre Verkäufe, wie der von Telecom Marokko erlaubt, kurzfristig die Staatskassen aufzufüllen und die Zahlungsbilanz wieder auszugleichen, aber der Hauptteil hat dazu gedient, die Budgets der königlichen Stiftungen zu versorgen. Die Langzeitauswirkungen aber kann man an der fehlenden Möglichkeit ermesen, Gewinne zu machen, die jetzt von den ausländischen Gesellschaften eingefahren und ins Ausland transferiert werden. Einige dieser Gesellschaften sind bereits vom marokkanischen Office des changes (1) dabei ertappt worden, übermäßig Gewinne exportiert zu haben (Veolia, zum Beispiel, im Rahmen der REDAL). (2) Außerdem hat das System der Öffentlich-Privaten-Partnerschaft bei den örtlichen Dienstleistungen der Daseinsfürsorge zu einer Erhöhung der Tarife geführt (vor allem bei den Rechnungen für Wasser und Strom), welche in mehreren Städten Marokkos Proteste, Demonstrationen und das Entstehen von Initiativen für Zahlungsboykott verursacht haben.

2 - neue Monopolsituationen

Die im Rahmen der Welthandelsorganisation oder der Europa-Mittelmeerpartnerschaft erfolgten Angebote, die Dienstleistungen zu liberalisieren, gelten theoretisch für alle Partner, aber man muss auch eine entsprechend starke Position haben, um auf dem Markt des anderen Fuß fassen zu können. Daher geht die Bewegung nur in eine Richtung und die Liberalisierung der Dienstleistungen erfolgt natürlich zu Gunsten der europäischen Unternehmen, die in der Lage sind, sich im Ausland ansiedeln zu können. In einigen Fällen kann dies sogar zu monopolähnlichen Situationen führen, so durchschlagend ist die Ansiedlung einiger Gesellschaften gewesen (Veolia für die Wasser-

versorgung und die Abwasserreinigung, Axxa im Versicherungswesen...)

3 - die richtigen Fragen werden nicht gestellt (Schulden, Qualität der Dienstleistungen...)

Sicherlich war das System der Seilschaften und Vetternwirtschaft mit dem Aufbau des postkolonialen Marokko auf engste verbunden und die öffentlichen Dienstleistungen Marokkos sind weit davon entfernt, das zu liefern, was man von ihnen erwartet. Das System der öffentlichen Dienstleistungen war bei weitem nicht befriedigend. Einerseits waren sie bis heute unfähig, die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung zu befriedigen, und Marokko steht ganz am Ende auf der Rangliste der nordafrikanischen Staaten in Bezug auf den Zugang zu Bildungseinrichtungen, zur Gesundheitsfürsorge, zu Trinkwasser, zum öffentlichen Personenverkehr... Die Ursachen dafür sind vielfältig und die internationalen Experten haben in diesem Zusammenhang hauptsächlich auf die geringe Leistungsfähigkeit der Verwaltung hingewiesen (womit sie recht haben), und auf die dort herrschende Korruption und Vetternwirtschaft. Dennoch haben sie sich sehr davor gehütet, die beiden Hauptursachen aufzuzeigen, die den maroden Zustand der öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsfürsorge erklären. Einerseits wurde der gesellschaftliche Aufschwung, den es in Marokko wie in allen Ländern der Region nach deren Unabhängigkeit gegeben hat, schnell gestoppt, als sich die Monarchie in der Auseinandersetzung mit der nationalen Bewegung durchgesetzt und sich auf die wenigen großen Familien gestützt hat, die den öffentlichen Sektor finanziell ausbeuten, sich die Verwaltung dienstbar machten und sich so gut wie nicht um die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung kümmerten. Die Strukturanpassungspläne und der Schuldendienst - wegen beiden musste der marokkanische Staat seine öffentlichen Ausgaben zurückfahren - haben den Rest erledigt.

Die Liberalisierung wurde daraufhin als das Wunderrezept gegen alle Übel der öffentlichen Verwaltung dargestellt. Man vermied

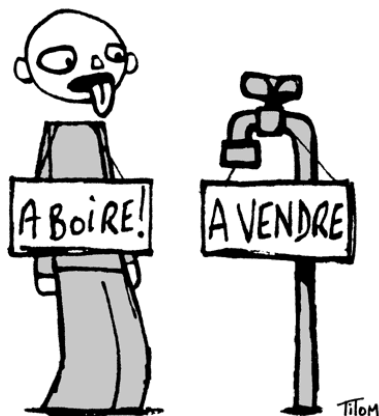
es ferner, die richtigen Fragen zu stellen, die es erlaubt hätten, eine Politik guter öffentlicher Dienstleistungen im Dienst aller Bürger zu starten. Es ist im übrigen bemerkenswert, dass zahlreiche Sektoren zuerst saniert, modernisiert und effizient gemacht wurden bevor man sie verkaufte (die Telefonbranche zum Beispiel), und dass die ersten privatisierten Unternehmen genau diese waren, die am besten liefen (zum Beispiel die REDAL von Rabat).

4 - Beträchtliche soziale Probleme

Somit ging die Liberalisierung in vielen Fällen einher mit einem Abbau des Angebots, das auf die Rentabilität und nicht mehr auf die Bedürfnisse der Nutzer ausgerichtet wurde (als Beispiel sei die CTM angeführt, die die am wenigsten rentablen Linien eingestellt hat), während die Verteuerung des Zugangs zu den Dienstleistungen die am wenigsten zahlungskräftigen Teile der Bevölkerung davon ausschließt (Beispiel Gesundheitswesen).

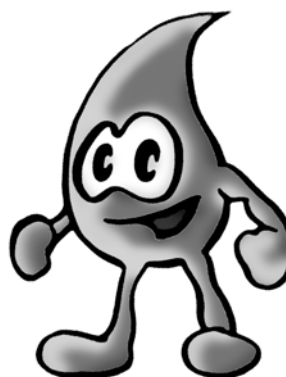
Man muss sich daher nicht über die Protestbewegungen in der Bevölkerung wundern; sie ist höchst empört, dass grundlegende Dienstleistungen fehlen und die vorhandenen Dienste teurer werden, während ihre Kaufkraft schon unter dem Existenzminimum liegt.

Das Minimum an Infrastrukturmaßnahmen, das den kleinen Zentren und Dörfern tief im Innern Marokkos zugestanden wird, erfolgt jedoch nicht als Antwort auf diese sozialen Forderungen. Mehr beunruhigt die Staatsmacht und ihre europäischen "Partner" die Emigration Richtung Europa. Um zu versuchen, die Landflucht zu stoppen, erhalten daher die kleinen Zentren allmählich einige grundlegende Infrastruktureinrichtungen, vor allem Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Strom, die zum Teil von der Entwicklungshilfe...Japans bezahlt wird! Aber wahrscheinlich reichen diese geringfügigen Anstrengungen nicht, um das Verlangen der jugendlichen Landbevölkerung einzudämmen, unter anderen Himmeln zu leben.



Durst!

Zu verkaufen!



www.wer-ist-wim.de

Ein Beispiel

Um meine Ausführungen besser zu erklären, gebe ich ein einziges Beispiel: das der Verwaltungsreform, die von der marokkanischen Regierung mit aktiver Beteiligung der Europäischen Union und der Weltbank durchgeführt wird. Diese Reform gehörte zu den vier vorrangigen Maßnahmen der MEDA-Fonds II, (4) die den finanziellen Arm des Partnerschaftsabkommen bilden.

Es wurde behauptet, dass der Öffentliche Dienst überbesetzt, ineffektiv und korrupt ist und dass die Gehälter der Beamten den Staatshaushalt zu sehr belasteten. Es gab also nur eine Lösung: die Anzahl der Beamten auf drastische Weise verringern.

Die derzeitige Verwaltungsreform fordert offen einen schrittweisen Rückzug des Staates, die Entwicklung neuer Arten von Dienstleistungsgewährung, die sich auf den privaten Sektor und Nichtregierungsorganisationen stützen soll, sowie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung als staatliche Hauptaufgabe. Sie betrachtet den öffentlichen Dienst als eine Bremse für Änderungen und strebt an, eine Verwaltung aufzubauen, die auf ihre wesentlichen Aufgaben beschränkt ist und das zu den geringsten Kosten. Sie sieht eine Reduzierung des Personalbestands um 30 % vor, sowie eine Kürzung der staatlichen Subventionen und Finanzierungen für öffentliche Einrich-

tungen. Sie plant eine Umgestaltung des Dienstrechts (Zeit- und projektgebundene Verträge, Beförderung und Besoldung nach Ertragskriterien, eine Rentenreform, um sie "rentabel" (Zitat) zu machen, Mobilität des Personals.

Natürlich kann eine solche Reform nur Zähneknirschen hervorrufen. Also hat man die Formel gefunden: vorzeitige Verrentung mit Hilfe einer motivierenden Prämie. Damit schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe: man speckt das "Mammut" ab und entledigt sich des Teils des leitenden Personals, das das Infragestellen ihrer laufbahnrechtlichen Erwerbungen ablehnen würde und abgeneigt wären, die neuen unternehmerischen Managementsprinzipien zu übernehmen, nach denen die Staatsgeschäfte geführt werden.

Mehr als 30.000 Beamte haben sich bislang an dieser Operation Frühverrentung DVD, (jetzt "Freiwilliger Abschied Daba") beteiligt. Ungefähr 75% von ihnen sind Führungskräfte und mehr als die Hälfte kommen aus dem Bildungs- und dem Gesundheitswesen.

Im Bildungswesen wurden die Schülerzahlen für die bereits überfüllten Klassen weiter erhöht, während die Stundenpläne verringert und das schulische Angebot eingeschränkt wurde, einige Fächer wurden nicht mehr in allen Schulen unterrichtet. Während

dessen kommen die jungen Rentner damit über den Monat, dass sie ihre Dienste Privatschulen anbieten oder dass sie sogar als Aushilfskraft in ihre frühere Schule zurückkehren.

Der gleiche Vorgang lässt sich in anderen Verwaltungen beobachten.

Das war ein Beispiel für die zerstörerische Arbeit, die unter dem Deckmantel der Partnerschaft Europa - Mittelmeer (PEM) abläuft, finanziert mit dem Geld der europäischen Steuerzahler.

Als man das Projekt startete, hat man die derzeitigen Schwächen des marokkanischen Staates nicht berücksichtigt, den schreienden Lehrermangel im Verhältnis zu einer Bevölkerung, die zu 60 % aus Analphabeten besteht, den dramatischen Mangel an Ärzten, Krankenpflegern und Krankenhausbetten, die große Zahl kleiner Dörfer, die weder eine Anbindung an das Straßennetz, noch an die Wasser- und Stromversorgung haben: als ob es nicht Aufgabe des Staates wäre, die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung sicher zu stellen. Forschungszentren haben ihr gesamtes Personal verloren, was bleibt sind die Leute für die Reinigung!

Tausende Hochschulabsolventen, vom Staat ausgebildet, finden sich als Arbeitslose wieder, ihre Kompetenzen werden vollständig missachtet.

Ausbruch sozialer Protestbewegungen

Es ist daher nicht erstaunlich, dass die soziale Frage mit Macht zurückkehrt, die entsprechenden Proteste in Ifni, aber auch in Tata, Bouarfa und in zahlreichen anderen Städten Marokkos sind dafür deutliche Zeichen.

Ihre Forderungen gleichen einander: der Zugang zu den öffentlichen Diensten der Daseinsfürsorge, die Teuerung der Versorgung mit Wasser und Strom, der Zugang zu Gesundheitsdiensten, für die Ärmsten gibt es kaum noch einen kostenlosen Zugang zu diesen Diensten... Einige dieser Protestbewegungen stellen auch eine andere, fundamentale Frage: Wohin gehen die in der Region produzierten Reichtümer, wie kommt es, dass sie sich nicht in einem örtlichen Wohlstand zeigen? Werden die Steuern bezahlt, wozu dienen sie?

Diese Protestbewegungen sind unglaublich stark, oft umfassen sie fast die Gesamtheit der Bewohner der Stadt, was ihre Unterdrückung oft schwer macht. oder man muss wie in Ifni unverhältnismäßig Mittel einsetzen, mit denen dennoch nicht erreicht wurde, den Kampfeswillen der Bevölkerung zu treffen; oder der Staat findet sich in einer Situation der Machtlosigkeit wieder und zählt nun auf

das Absterben einer Protestbewegung, der es aber gelingt, sich über unglaublich lange Zeiträume aufrecht zu halten: so halten die Bewohner von Bouarfa, einer kleinen Stadt im Südosten Marokkos, einen Zahlungsboykott für ihre Wasserrechnungen aufrecht, der jetzt schon beinahe zwei Jahren andauert, ohne dass die Behörden es aus Angst vor Unruhen wagten, ihnen das Wasser abzustellen, und sie wollen auch kein offizielles Verfahren eröffnen und Verhandlungen beginnen, aus Angst, dass sich die Angelegenheit herumspricht.

Ein anderes Merkmal dieser Protestbewegungen ist aber ihr Mangel an Koordinierung, einerseits Ergebnis ihres lokalen und spontanen Charakters, andererseits aber auch verursacht von dem offensichtlichen Unwillen der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, diesen Bewegungen mehr zentralisierte politische Perspektiven zu eröffnen. Die Sozialforen, die einen Raum für diese Koordinierung anbieten könnten, ziehen es vor, sich auf die Netzwerke der Nichtregierungsorganisationen und lokalen Entwicklungsvereinigungen zu stützen, die sich mehr darauf einrichten, die Ausfälle und Schwächen der öffentlichen Dienste der Daseinsfürsorge auszugleichen, als der Protestbewegung Schwung zu geben.

Es ist daher eine dringende Aufgabe für die Aktivisten von Attac, nicht nur diese Kämpfe zu verbreiten und bekannt zu machen, sondern sie auch untereinander zu verknüpfen, sodass sie den Ausgangspunkt für eine breite Volksbewegung zur Verteidigung der öffentlichen Dienste der Daseinsfürsorge bilden können.

Saarbrücken, 1. - 6. August 2008

¹⁾ Cf. Rapport FEMISE 2007 sur le Partenariat euroméditerranéen, p.54

Anmerkungen des Übersetzers (J. Janz):

(1) Dieses dem Finanzministerium unterstehende Amt ist u.a. zuständig für die Überwachung des Geldtransfers in Ausland

(2) REDAL = Régie autonome de distribution d'eau, d'électricité et d'assainissement liquide, eine Gesellschaft, zuständig für Versorgung mit Strom, Wasser und für Abwasserreinigung, Filiale von Veolia.

(3) CTM = Compagnie de Transport Marocaine, eine Personenverkehrsgesellschaft.

(4) Das Programm MEDA (= Mesures d'Accompagnement financières et techniques) zielt auf die Umsetzung der Kooperationsmaßnahmen, die den Drittländern im Mittelmeerraum helfen sollen, ihre wirtschaftlichen und sozialen Strukturen zu reformieren und die sozialen und ökologischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung abzufedern.

Annette Groth

Rechtsextremismus und Neofaschismus – eine alltägliche Erfahrung in Europa

Rechtsextremismus und Neofaschismus, begleitet von einer wachsenden Ausländerfeindlichkeit, gehören allmählich zum Alltag in den meisten europäischen Ländern. Tagtäglich gibt es in Deutschland neonazistische Überfälle auf Linke und AusländerInnen, in vielen anderen Staaten ist es ähnlich. In Ungarn ziehen rechte Militia-Verbände unbehelligt durch die Straßen, in Polen gibt es mindestens sechs staatliche Schulen mit zwei separaten Eingängen: einer für polnische Kinder, der andere für Roma-Kinder. Die Roma sind mit mehr als zehn Millionen eine der größten Minderheiten in der EU und diejenigen, die am stärksten von Diskriminierung, Rassismus, Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind. Sie haben die kürzeste Lebenserwartung in Europa.

Auch bei uns nimmt die Zahl rechtsextremer Straftaten zu, das gilt auch für Frauen. Bislang werden „Frauen in der rechten Szene“ in der Öffentlichkeit noch nicht groß wahrgenommen, m. E. sollten sie aber viel stärker beachtet werden. Junge Mädchen und Frauen sind in zahlreichen rechten Organisationen aktiv und gewinnen politisch zunehmend an Einfluss. Unter den Aktivistinnen der rechtsextremen Szene finden sich alle Sparten der Gesellschaft: Studentinnen, Unternehmerinnen, Hausfrauen und Erzieherinnen, die ihr rechtes Gedankengut in Kindergärten, in der Jugendarbeit und in anderen öffentlichen Einrichtungen verbreiten. Es scheint, dass auch ihre Gewaltbereitschaft zunimmt, ein Phänomen, das öffentlich wenig thematisiert wird. Die Gesellschaft wie die Polizei ist auf dem weiblichen rechten Auge weit hin blind. Frauen werden selten festgenommen, weil ihnen allgemein keine Gewaltaktionen zugetraut werden. Das nutzen die Nazis aus und schicken zunehmend Frauen an die „Front“. Frauen sind unauffälliger, also scheinbar ungefährlich, mieten Räume für Versammlungen und Konzerte an, eröffnen Konten, verkaufen „rechte Waren“ bei eBay oder melden Aufmärsche an. Einige spitzeln auch in der linken Szene. Weibliche Neonazis repräsentieren eine Vielfalt an Lifestyles und Lebensvorstellungen, es gibt sogar einen „nationalen Feminismus“.

Schockierend ist der im Mai veröffentlichte Vorschlag eines Mitglieds des Bundesvorstands der CDU und amtierender Vorsitzender des CDU-nahen Studierendenverbandes »Ring Christlich-Demokratischer Studenten« (RCDS), Gottfried Ludewig. Er will die Wählerstimmen von arbeitslosen

»Hartz-IV«-Bezieherinnen und Rentnern künftig wahltechnisch entwerten, und dafür »ein doppeltes Wahl- und Stimmrecht« für »Leistungsträger« einführen, »die den deutschen Wohlfahrtsstaat finanzieren und stützen«.

Seine reaktionären »Thesen zur Stärkung der Leistungsträger« kursierten per E-Mail in sämtlichen CDU-Vereinigungen. Auch wenn Ludewig dafür gerügt wurde, hat die CDU kein Parteiausschlussverfahren eingeleitet und ihn nicht von seinem RCDS-Vorsitz entfernt. 1)

Ist dieser ungeheuerliche Vorschlag als Versuchsballon und Test zu verstehen, wie viel Demokratieabbau gefordert werden kann, ohne dass es einen großen Aufschrei gibt? Bislang ist die Resonanz hierzu ausgeblieben. Gottfried Ludewig tritt mit seinem „Demokratieverständnis“ in die Fußstapfen von Diktator Mussolini. Der wollte 1925, als die faschistische Diktatur in Italien bereits Realität war, das Pluralwahlrecht einführen: „Man unterstellt mir die Idee, das allgemeine Wahlrecht einschränken zu wollen. Nein! Jeder Bürger wird sein Stimmrecht für das Parlament in Rom behalten. Aber ein Universitätsprofessor oder ein großer Techniker muß ein Wort mehr zu sagen haben als ein Lastenträger und ein Analphabet.“ 2)

Das Pluralwahlrecht ist die Einschränkung des Wahlrechts für »Hartz-IV«-BezieherInnen und RentnerInnen, die keine Leistungsträger sind und dem Staat nur zu Last fallen. Logisch, dass Ludewig Beifall vom rechtsintellektuellen Internetforum »Blaue Narzisse« erhielt: Sein Konzept sei in sich schlüssig, denn es richte sich gegen den »systemimmanenten Fehler der Demokratie, der parasitäre Existenzen bevorzuge.“

Ich befürchte, dass solch faschistisches Gift bewusst versprüht wird.

Die rumänische Tageszeitung Cotidianul analysiert die schleichende Rückkehr des faschistischen Denkens in Europa und in der Welt: "Das ist ein Geisteszustand, der hier wächst. Ob in Rom, Bukarest, London oder Paris, die täglichen Ängste produzierten Monster. ... Woher kommt diese Attraktion für den populären Faschismus? Der Illusion, dass der Faschismus im weitesten Sinne in den ex-kommunistischen Ländern nicht vorkommt, hat die Realität widersprochen. Die Verbindung eines wilden Kapitalismus, wie er in den Transformationsländern ausufernd praktiziert wird mit der Verlockung Autorität auszuüben, kann

nicht verheimlicht werden.... Dass die politische Demokratie und der Kapitalismus nicht immer eine sehr gute Beziehung führen, ist evident, dass sich der Faschismus wiederholen könnte, wird selten antizipiert. Was, wenn sich Geschichte wiederholt? Wenn die Wahlen von Gianni Alemanno als Bürgermeister von Rom oder die Anti-Immigranten-Politik, die von der Berlusconi-Regierung gebilligt wurde, nicht reine Zufälle sind? **Politik und Demokratie sind lediglich Instrumente, die die Funktionalität des Marktes gut absichern sollen. Wenn die Verteidigung des Marktes aber verlangt, dass der wilde Kapitalismus alltägliche Ängste schürt, könnte es sein, dass die Demokratie geopfert wird.**" (28.05.2008)

Auch Italiens führende Tageszeitung La Repubblica befasst sich mit dem Phänomen der Angst: "Wir sind nicht die einzigen, die große Angst haben. Die Geschichte ist voller Beispiele von erschrockenen, von Alpträumen gelähmten Gesellschaften. ... Das Paradox ist, dass unsere Gesellschaften, wenigstens auf dieser Seite der Weltkugel, die sichersten sind, die es jemals in der Geschichte gegeben hat. Und dennoch wächst die Angst weiter. Ja, sie wird geschürt. ... Die Welle der Angst ist im Westen in den öffentlichen Diskurs geschwappt, die **Kopplung Politik-Angst charakterisiert den Zeitgeist**. Vor allem in Amerika und Italien haben die rechten Parteien davon profitiert. Bush hat seine Karriere auf das Gespenst des Terrorismus gebaut und Berlusconi hat nicht gezögert, den Schauer der Angst, der durch das Land lief, zu seinem Vorteil zu nutzen. Die Fähigkeit, der italienischen Angst eine Stimme zu verleihen, hat die Rechte zur Volkspartei werden lassen, die zu einer Form der sozialen und kulturellen Blockade anwächst, der die Linken ohnmächtig gegenüber stehen. Es ist nicht einfach, der **rechten Achse der Angst die linke der Hoffnung gegenüberzustellen, den Einschränkungen und Restaurierung Öffnung und Freiheit gegenüberzustellen, aber es muss getan werden.**" (25.06.2008)

Und die konservative ungarische Tageszeitung Magyar Hírlap spricht die Überzeugung großer Teile der ungarischen Bevölkerung mit Blick auf die Roma aus: "Wovon ist die Rede? Davon, dass Italien von den rumänischen Zigeunern überschwemmt wurde. Sie haben weder Papiere noch Geld. Zudem lassen sie elementare Verhaltensregeln vermissen. Sie hausen in Barackensiedlungen am Rande der Städte. Sie ver-

richten ihre Notdurft auf der Straße und verursachen Unmengen an Schmutz und Müll. Sie betteln und belästigen die Italiener. Und sie begehen natürlich auch Verbrechen - deren Schwere von Tag zu Tag zunimmt. Die Geduld der Italiener ist zu Ende, nachdem ein rumänischer Zigeuner die Frau eines italienischen Offiziers ermordet hatte. ... Berlusconi und seine rechte Regierung haben nun entschieden, diesem unmöglichen und abscheulichen Zustand ein Ende zu setzen. So wird künftig nicht nur die illegale Einwanderung bestraft. Auch sollen die rumänischen Zigeuner abgeschoben werden. Es gibt keinen normalen Menschen, der damit nicht einverstanden wäre. Ja, nur ist unsere liberale Welt voll von Verrückten. So kommt es, dass liberale Rechtsschützer und Kommentatoren nun voller Entrüstung gegen die italienische Regierung Sturm laufen. Und Berlusconi ist natürlich der böse Bube und 'Populist'." (26.05.2008)

So gedeiht das Geschäft mit der Angst, die uns immer „effizientere“ Überwachungssysteme und eine zunehmende Militarisierung nach innen und außen beschert. Mit der Notstandsgesetzgebung, die seit Anfang August den Einsatz von 3000 Soldaten in italienischen Städten ermöglicht, ist die Jagd auf illegale MigrantInnen und Kleinkriminelle gesetzlich erlaubt, der Rechtsextremismus in Italien hat damit eine weitere Entwicklungsstufe erreicht.

Um Angst vor dem Islam zu schüren, haben RassistenInnen und NeofaschistInnen aus ganz Europa vom 19. bis zum 21. September 2008 zu einem so genannten "Anti-Islamisierungs-Kongress" in Köln aufgerufen, zu dem VertreterInnen extrem rechter Parteien aus ganz Europa erwartet wurden. Dank eines starken antifaschistischen Bündnisses, das 40 000 Menschen in Köln mobilisierte, die alle Zugangswege zu dem Ort dieser geplanten Großveranstaltung

blockierten, konnte der Kongress verhindert werden. Die Nazis mussten unter Polizeischutz abziehen.

Dennoch müssen wir den Rechten und Faschisten, die europaweit sehr gut vernetzt sind, eine starke linke Kraft entgegensetzen. Der weitverbreitete Mythos von der Bedrohung durch den Terrorismus muss entlarvt werden. Er dient lediglich als Rechtfertigung für zunehmende Militarisierung und für Aushöhlung der Bürgerrechte und der Demokratie. Bei den Ausgegrenzten einer Gesellschaft wird der Sozial- und Demokratieabbau erprobt, das gilt hierzulande für AGL II Abhängige und für Flüchtlinge. Der Kampf gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen den Ausbau des Überwachungsstaats, gegen eine zunehmende Militarisierung nach innen und nach außen und gegen den zunehmenden Rechtsextremismus gehören zusammen.

Die neoliberalen Regierungen setzen ihren „workfare“- und Militarisierungskurs auf der innerstaatlichen und auf der europäischen Ebene durch und benutzen so die EU zur Durchsetzung ihrer Politik, die demokratische Prinzipien und die Menschenrechte weiter aushöhlt. Schutz genießen der freie Markt und die Grundfreiheiten des Kapitals, denen die sozialen Rechte geopfert werden.

Die „Lissabon-Strategie“ verabschiedet im Jahr 2000 (EU soll 2010 wettbewerbsfähigster Markt der Welt sein!) ist dafür ein herausragendes Beispiel und wurde dementsprechend von den Lobbyisten als „doppelte Revolution“ gefeiert: „Auf der einen Seite reduzieren wir Macht und Einfluss des Staates und des öffentlichen Sektors durch Privatisierung und Deregulierung. Auf der anderen Seite transferieren wir viel von der Macht der Nationalstaaten hin zu einer international ausgerichteten Struktur auf europäischer Ebene. Die euro-

päische Integration entwickelt sich und hilft internationalen Industrien wie unserer.“ 3)

Mit Blick auf den Vertrag von Lissabon, der die in den Niederlanden und Frankreich 2005 abgelehnte EU-Verfassung ersetzt, möchte ich zum Schluss an das Santa Fe II Dokument erinnern, das 1988 für Präsident Bush Senior entwickelt wurde: „Die wenigsten Europäer werden wissen, dass die Umwandlung von demokratischen und sozialstaatlichen in neoliberale, militaristische Verfassungen einer weltweiten Strategie der USA entspricht. Danach soll Demokratie nicht mehr verstanden werden als die Staatsform gewählter Regierungen, die dem Volk verpflichtet sind. Denn diese sind ja nur ‚Regierungen auf Zeit‘. Vielmehr gehe es in der Demokratie um die Stärkung der ‚permanenten Regierung‘, die nicht mit den Wahlen wechselt, nämlich um die Stärkung der militärischen, juristischen und zivilen Bürokratien. Denn sie allein seien in der Lage, die Freiheit der Gesellschaft zu schützen: die Freiheit der Unternehmer, der Märkte, des Kapitals.“ 4)

1) <http://www.jungewelt.de/2008/07-30/001.php>

2) ebenda

3) <http://www.trilateral.org/annmtgs/trialog/trlgtxts/t54/jan.htm>

4) U. Duchrow/ G. Eisenbürger/ J. Hippler, „Totaler Krieg gegen die Armen. Geheime Strategiepapiere der amerikanischen Militärs“, Kaiser, München 2. Aufl. 1991, S. 196ff

Annette Groth, attac Aktivistin und Landesvorstandsmitglied der LINKEN in Baden-Württemberg hatte im August 2008 auf der 1. europäischen attac Sommerakademie in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung ein Seminar zum Rechtsextremismus in Europa organisiert.

Newsletter von Attac Schweiz

<http://www.schweiz.attac.org/-ATTACTUEL->
<http://www.suisse.attac.org/-Angles-d-ATTAC->

Attac Österreich:

Wöchentliche Attac-Infos
<http://www.attac.at/aktuell.html>

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen: – Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:
 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.
 Bestellen per Mail an sig-abo@gmx.de

Die Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)

IMI (Informationsstelle Militarisierung e.V.)

Irland: Nein heißt Nein!

Den Militärvertrag von Lissabon endgültig beerdigen!

Seit einigen Jahren verläuft die Militarisierung der Europäischen Union in beängstigender Geschwindigkeit. Immer häufiger werden Truppen zur "Verteidigung" europäischer Interessen in Auslandseinsätze geschickt, mittlerweile fanden über 20 davon statt. Ursprünglich sollte diese Militarisierung mit dem EU-Verfassungsvertrag weiter forciert werden. Obwohl der Verfassungsvertrag im Jahr 2005 bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde, ließen sich die EU-Eliten davon nicht beirren. Ein "Plan B" wurde ausgearbeitet.

Plan B: Vertrag von Lissabon

Im Sommer 2007 wurde in Geheimverhandlungen ein kaum verändertes Folgedokument, der Vertrag von Lissabon (auch: EU-Reformvertrag) ausgearbeitet. Ohne weitere Referenden und damit unter Ausschluss der europäischen Öffentlichkeit sollte der Vertrag bis zu den Europawahlen 2009 unter Dach und Fach gebracht werden.

Doch in Irland, dem einzigen EU-Land, in dem ein Referendum vorgeschrieben war, lehnte die Bevölkerung am 12. Juni 2008 den Lisabonner Vertrag mehrheitlich ab – ein großer Erfolg für die Friedens- und globalisierungskritische Bewegung in ganz Europa!

Irland: Zustimmung oder Rauswurf - Abstimmen bis es passt

Nun präsentierte EU-Ratspräsident Nicolas Sarkozy einen "Plan C", indem er lapidar angab, die irische Bevölkerung müsse noch einmal über den Vertrag abstimmen. Eine Zustimmung soll durch verschiedene geringfügige Zugeständnisse in Form angehängter Protokolle schmackhaft gemacht werden, der Kernvertrag jedoch unangetastet bleiben. Gleichzeitig wird den Iren offen gedroht, sollten sie den Vertrag auch ein zweites Mal ablehnen, würden sie aus der EU hinausgeworfen.

Das ist ein Skandal! Man stelle sich vor, nach

einer Bundestagswahl würden Stimmen laut, die Wahl zu wiederholen, weil manchen das Ergebnis nicht passt oder diejenigen, die falsch gewählt haben, gleich auszubürgern. Diese Forderung sagt viel über das Demokratieverständnis Sarkozys und anderer EU-Eliten aus. Dem ehemaligen Bundestagsvizepräsidenten Burkhard Hirsch (FDP) ist zustimmen, wenn er angibt: *"Sollten die Iren nun mit dem Rauswurf bedroht werden, dann wäre diese Erpressung ein Akt der organisierten Kriminalität"*.

Solidarität mit dem irischen NEIN!

Nach dem dritten NEIN gehört der Vertrag endgültig beerdigt. Die Bevölkerung jedes EU-Landes sollte das Recht haben, über Entwicklungen dieser Tragweite mitzuentcheiden – und diese Entscheidung hat von den EU-Eliten auch dann respektiert zu werden. Wenn ihnen das nicht passt, sollen sie abtreten und so den Weg für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa freimachen.

Militarisierung durch die Hintertür: Der EU-Vertrag von Lissabon

Sämtliche bereits an der EU-Verfassung kritisierten Militarisierungsaspekte wurden auch in den Vertrag von Lissabon übernommen. Kernpunkte der Kritik waren und sind:

1. Weltweite EU-Kampfeinsätze mit nahezu unbegrenztem Aufgabenspektrum

Artikel 43, Absatz 1 (konsolidierte Fassung) benennt u.a. „gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen“, „Kampfeinsätze“ und „Operationen zur Stabilisierung der Lage“ sowie „die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“ als Aufgabenspektrum künftiger EU-Kriege.

2. Solidaritätsklausel: Militäreinsätze im Inland zur Aufstandsbekämpfung

Extrem weit reichend ist auch die so genannte „Solidaritätsklausel“ in Artikel 222 (1a), mit der erstmals ein Einsatz von EU-Militär im Inneren zur Abwehr terroristischer Bedrohungen möglich würde. Aufgrund der vagen Terrordefinition könnte so EU-Militär auch zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden. In den Erläuterungen zur viel gerühmten Grundrechtscharta jedenfalls heißt es: *"Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels [Recht auf Leben] betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um [...] einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen."*

3. Vertragliche Aufrüstungsverpflichtung

Artikel 42, Absatz 3 enthält erneut die bis dato einmalige Verpflichtung, mehr Gelder in den

Rüstungssektor zu investieren: *„Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“*

Die bereits 2004 eingerichtete Rüstungsagentur soll die Einhaltung dieser Vorschrift überwachen und nun mit dem Reformvertrag überhaupt erst eine rechtliche Grundlage erhalten.

4. Endgültige Einrichtung eines EU-eigenen Rüstungshaushalts:

Der bislang noch gültige Nizza-Vertrag verbietet die Aufstellung eines EU-Rüstungshaushalts. Deshalb wird im Lisabon-Vertrag (Artikel 41) der Europäischen Union erstmalig die Möglichkeit eröffnet, einen als „Anschubfonds“ bezeichneten Wehretat aufzustellen.

5. Keine parlamentarische Kontrollmöglichkeit von EU-Interventionen

Über EU-Kriegseinsätze entscheiden allein die Staats- und Regierungschefs. Das Europäische Parlament hat im Reformvertrag (Artikel 36) lediglich das Recht „angehört“ und „unterrichtet“ zu werden, mitentscheiden darf es nicht. Da auch der Europäische Gerichtshof in diesem Bereich keinen Einfluss besitzt (Artikel 275), wird somit die Gewaltenteilung auch in der entscheidenden Frage von Krieg und Frieden de facto aufgehoben.

6. Kerneuropa - nur wer Krieg führt, darf mitbestimmen:

Mitglieder, die sich militärisch hierfür qualifiziert haben, indem sie an den wichtigsten Aufrüstungsprogrammen teilnehmen und Interventionstruppen (Battle groups) zur Verfügung stellen, können eine

„Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ eingehen, mit der das eigentlich für den außen- und sicherheitspolitischen Bereich geltende Konsensprinzip ausgehebelt wird (Artikel 46). Das Einstimmigkeitsprinzip bezieht sich dabei „allein auf die Stimmen der Vertreter der an der Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten.“

7. Machtverschiebung zugunsten der Großmächte

Schon die EU-Verfassung sah mit der sog. doppelten Mehrheit eine dramatische Verschiebung der Machtverhältnisse im wichtigsten EU-Gremium, dem Rat, vor. Deutschland verdoppelt damit seinen Stimmanteile im Rat von 8,4% auf 16,72% (die anderen Gewinner sind Frankreich, Großbritannien und Italien). Mit dem Reformvertrag (Artikel 16, Absatz 4) soll diese Machtverschiebung ab Jahr 2014 eingeführt werden.

Ohne Vertrag von Lissabon fehlt einem eigenen EU-Rüstungshaushalt ebenso die Rechtsgrundlage wie der Herausbildung eines militärischen Kerneuropas. Es wird keine Militäreinsätze im Inneren geben und auch die Machtverschiebung zugunsten der EU-Großmächte ist damit auf Eis gelegt.

Anstatt eines undurchsichtigen neuen Vertrages, der den EU-Eliten noch mehr „Handlungsfähigkeit“ einräumen soll, ist eine Reformpause notwendig, damit sich endlich auch die Bevölkerung der EU neue Spielräume und Rechte erkämpfen und an den Entscheidungen auf europäischer Ebene teilhaben kann.

Deshalb: Solidarität mit dem irischen NEIN!

Nein zur Militarisierung Europas! Nein zum Vertrag von Lissabon!

<http://www.imi-online.de/download/eufllyer2008-irland.pdf>



Wie wird der Frieden geschaffen?

Im Folgenden dokumentieren wir zwei Beiträge von den Kundgebungen der Friedensbewegung gegen den Afghanistan-Krieg am 20. September 2008 in Berlin und Stuttgart.

Im ersten Fall handelt es sich um ein Interview, das mit Medea Benjamin, Friedensaktivistin aus den USA, die in Berlin sprach, geführt wurde. Sie sprach auf der Demonstration gegen den Afghanistankrieg am 20. 9. 2008 in Berlin Und zum zweiten dokumentieren wir die Rede von Bernd Riexinger, ver.di; er sprach auf der Kundgebung in Stuttgart.

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/afgh-demo4.html>

Medea Benjamin über den Afghanistankrieg im Spiegel der USA *

ND: *Der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ist momentan eines der wichtigsten Ziele der deutschen Friedensbewegung. Gibt es ein vergleichbares Engagement innerhalb der Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten?*

Medea Benjamin: Der Fokus der Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten liegt hauptsächlich auf dem Krieg in Irak. Wir haben viele Menschen in den Vereinigten Staaten überzeugen können, dass Irak uns nie angegriffen hat und dass Irak nichts mit dem 11. September zu tun hatte. Afghanistan dagegen wird immer noch als Hort des Bösen betrachtet. Dort ist Al Qaida, dort sind die Taliban, viele Menschen sehen den Krieg in Afghanistan daher als gerechtfertigt an. Seit dem Überfall auf Irak gab es keine einzige Demonstration in den USA, die sich allein mit Afghanistan beschäftigt hätte. Aus diesem Grund war es für mich eine ganz besondere Erfahrung, an einer Demonstration teilzunehmen, die sich allein mit dem Krieg in Afghanistan beschäftigt.

Sie hatten selbst die Möglichkeit nach Afghanistan zu reisen und sich über die Lage vor Ort direkt zu informieren. Welche Erfahrungen haben sie dabei sammeln können?
M.B. Ich war mehrfach in Afghanistan. Nach dem Angriff auf Afghanistan wurde uns der Krieg dort als eine neue Art von Krieg präsentiert. Ein Krieg mit besonders treffsicheren Bomben, bei dem allein die militärischen Ziele getroffen würden und

die Zivilbevölkerung verschont bleibt. Nach den Bombardierungen in Afghanistan habe ich dort viele Menschen getroffen, die ihre Angehörigen verloren haben, weil die Bomben ihre Häuser und nicht die militärischen Objekte in der Nähe zerstört hatten. Ich habe Kinder getroffen, denen Körperteile durch Streubomben abgerissen wurden. Kinder, die durch die Bombardierungen traumatisiert wurden, die aufgehört haben zu sprechen oder sogar zu gehen. Das hat mich tief bewegt.

Hat sich in den USA an der Meinung zum Krieg in Afghanistan seither etwas geändert?

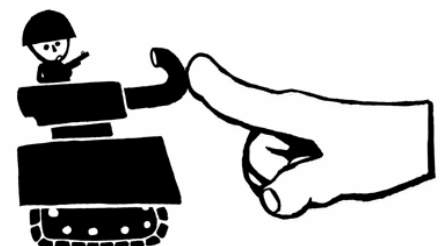
M.B. Es ist war in der Vergangenheit oft sehr schwierig, Gehör zu finden. Aber seit dem 11. September sind sieben Jahre vergangen und der Krieg konnte nicht gewonnen werden. 700 Milliarden Dollar hat die USA bisher für den Krieg ausgegeben. Genauso viel, wie jetzt zur Rettung des Finanzsektors aufgebracht werden soll. In der Öffentlichkeit in den USA wird nun die berechnete Frage aufgeworfen, woher das ganze Geld kommen soll, um Finanzkrise und Krieg gleichzeitig zu bewältigen. Ich bin überzeugt davon, dass die Thematisierung der Opfer der Besatzung und die steigenden Kosten für die Aufrechterhaltung des Krieges uns dabei helfen werden, den Krieg in Afghanistan stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu tragen.

Was muss passieren, damit in Afghanistan nach Jahrzehnten des Krieges endlich Frieden und Stabilität das Leben der Menschen bestimmen?

M.B. Die Menschen in Afghanistan müssen endlich über ihre Zukunft selbst entscheiden können. Viele wünschenswerte Dinge, wie die allgemeine Demokratisierung der Gesellschaft, brauchen eine lange Zeit, bis sie sich durchsetzen. Gesellschaftliche Veränderung erreicht man nur durch Diskussion und gesellschaftlichen Meinungsstreit und nicht dadurch, dass ausländische Truppen ins Land einfallen und den Menschen auftragen, endlich die Demokratie durchzusetzen. Wir können viel dazu beitragen, indem wir Gruppen in der Zivilgesellschaft aktiv unterstützen, aber die Entscheidung über die gesellschaftliche Entwicklung liegt allein in den Händen der Menschen in Irak und Afghanistan.

Fragen: Patrick Widera

Aus: Neues Deutschland, 27. September 2008



Bernd Riexinger, Geschäftsführer ver.di Bezirk Stuttgart

"Schulen und Straßen können andere besser bauen"

Liebe Friedensfreundinnen und Freunde, letzte Woche konnten wir in den Zeitungen am gleichen Tag lesen, dass Deutschland im OECD-Vergleich der größten Industrieländer die geringste Zahl von Studenten aufweist, rund 20 Prozent unter dem Durchschnitt und mit Italien und Japan zusammen am wenigsten Geld für Bildung ausgibt.

Die Truppen in Afghanistan sollen jedoch um 1.000 Soldaten aufgestockt werden. So hat Deutschland zwar mit den meisten Soldaten in Afghanistan, aber die wenigsten Studenten.

Müsste es nicht das Ziel einer zivilisierten Gesellschaft sein, möglichst wenige oder gar keine Soldaten, dafür aber die höchste Zahl an Studenten zu haben? Nach vorsichtigen Schätzungen kosteten die Kriege im Irak und in Afghanistan bisher über 604 Milliarden Dollar.

Der US-Rechnungshof schätzt die Gesamtausgaben für diese Kriege bis 2017 auf die unvorstellbare Summe von 2,4 Billionen Dollar oder 1,7 Billionen Euro.

Es ist unschwer auszurechnen, wie viele Schulen und Krankenhäuser dafür gebaut, wie viele Lehrer, Ärzte und Krankenpfleger/innen ausgebildet, wie viele Brunnen gebohrt und wie viele Nahrungsmittel gegen den Hunger beschafft werden können. Die Kosten des Afghanistan-Krieges werden auf knapp 100 Milliarden geschätzt. Umgerechnet auf jeden Einwohner in Afghanistan bedeutet das 3.000 Euro.

Das jährliche Bruttoinlandsprodukt Afghanistans liegt bei 228 Euro pro Kopf.

Allein diese Zahlen zeigen die ganze Verlogenheit der offiziellen Propaganda, dass es um Wiederaufbau, humanitäre Hilfe, zivile Entwicklung oder sonstige schönen Dinge ginge.

Hier kann man der Bundesregierung nur zurufen: Wenn ihr der Bevölkerung helfen wollt, dann schickt keine Panzer und Soldaten, Flugzeuge und mobile Einsatzgruppen! Gebt Geld und Hilfe direkt – das wäre deutlich humaner und billiger!

Schulen und Straßen können andere besser bauen. Und dass die Bundeswehr zu den Experten für die Emanzipation der Frauen gehört, kann auch niemand ernsthaft behaupten.

Gemessen an den offiziellen Zielen ist der Auslandseinsatz in Afghanistan längst gescheitert. Der Terrorismus ist nicht eingedämmt, sondern die Taliban sind gestärkt. Es gibt mehr und nicht weniger soziale Not. 93 Prozent des Weltopiummarktes werden von Afghanistan bedient. Mitglieder der Regierung Karzai sind Drogenbarone. Aufgerüstete Gruppen Regionalfürsten und Clans beherrschen das Land. Viele Menschen sind auf der Flucht und

Kinder verhungern.

Nach einer Meldung in der Stuttgarter Zeitung von dieser Woche sind im August nach UN-Angaben in Afghanistan so viele Zivilisten wie nie zuvor seit dem Sturz des Taliban-Regimes gewaltsam ums Leben gekommen.

Wir hätten dieses Beispiel nicht gebraucht, um zu wissen, dass Krieg kein Problem löst. Der Krieg ist das größte Problem.

Deshalb Schluss mit dem Bundeswehrein-satz in Afghanistan. Schluss mit Angriffskriegen. Deutsche Soldaten haben in anderen Ländern nichts verloren.

Die Zunahme der Kriege und die Neigung, immer mehr Konflikte mit militärischen Mitteln auszutragen, muss uns genau so besorgt machen wie die Tatsache, dass Deutschland zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt aufgestiegen ist.

Die Schwelle zu Militäreinsätzen und völkerrechtswidrigen Kriegen sind allenthalben gesunken. Irak, Jugoslawien, wieder Irak, Afghanistan, Georgien – die Liste der blutigen Militäreinsätze wird länger und länger.

Dass ausgerechnet eine SPD-Grüne Regierung das Tabu der Auslandseinsätze der Bundeswehr gebrochen hat, ist unverzeihlich und muss korrigiert werden. Umso mehr begrüßen wir, dass es auch Grüne und Sozialdemokraten gibt, die zu dieser Demonstration aufgerufen haben. Einer, von dem man solche Sätze nicht unbedingt erwartet, Altbundeskanzler Helmut Schmidt wurde gestern in den SN folgendermaßen zitiert: „Die NATO mischt sich heute in Dinge ein, die sie nichts angehen“, sagt er mit Blick auf die militärischen Krisen in Georgien und Afghanistan. Die Tagung des Nato-Rats in Tiflis könne Russland nicht anders als als Provokation verstehen. „Und der Afghanistan-Krieg war zwar vom UN-Mandat gedeckt. Aber heute zeigt sich, dass es leichter ist, in einem Land zu intervenieren, als mit Anstand wieder rauszugehen, ohne ein Chaos zu hinterlassen.“ Ich kann dazu nur sagen, es wäre ja schön wenn seine Regierungsgenossen soviel Anstand hätten, dass sie überhaupt wieder aus Afghanistan heraus wollen.

Liebe Freundinnen und Freunde, Nirgendwo geht es bei diesen Kriegen um die vorgegebenen Kriegsziele, schon gar nicht um die Herstellung von Demokratie, Durchsetzung von Menschenrechten oder anderen hehren Ansprüchen.

In all diesen Kriegen geht es in erster Linie um zwei Ziele: Sicherung der Rohstoffe, insbesondere Erdöl und Erdgas und deren Transport. Und um den Ausbau der geostategischen Einflusszonen. Das sind eindeutig imperialistische Ziele und müssen

als solche benannt und kritisiert werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass manche Regionen in der Welt einem Pulverfass gleichen und Völker, Regionen, ganze Staaten zum Spielball dieser Interessen werden.

Krieg, zudem noch als Mittel zur gewaltsamen Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen, muss weltweit geächtet und darf niemals toleriert werden.

Das Anwachsen sozialer Gegensätze, die wachsende Kluft zwischen reichen und armen Ländern und zwischen Reichen und Armen in den Ländern, die um sich greifende Perspektivlosigkeit befördern, dass Menschengruppen, ja ganze Völker gegen andere aufgehetzt und für die Interessen einiger weniger missbraucht werden.

Krieg, Nationalismus, Aufrüstung und soziale Ungerechtigkeit gehen häufig eine unheilige Allianz ein. Deshalb sagen wir: Frieden und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit und für Frieden.

Deshalb ist heute das politische Mandat der Gewerkschaften gefordert, gleich in mehrfacher Hinsicht:

- als zivilgesellschaftliche Kraft gegen die Militarisierung der Außenpolitik,
- als rechtsstaatliche Kraft gegen die Ignorierung internationalen Rechts,
- als demokratische Kraft zur Verteidigung der innerstaatlichen Freiheitsrechte,
- als solidarische Kraft, die die Schattenseiten der Globalisierung nicht ausspart und nicht als unabänderlichen Sachzwang postuliert.

In dem Gestrüpp von Interessen, Propaganda und Lügen wollen wir einige klare Grundsätze vertreten:

Deutschland darf sich an keinem Auslandseinsatz beteiligen, nicht in Afghanistan und auch nicht anderswo auf der Welt! Wir stehen für Abrüstung und eine klare Friedenspolitik.

Wir stehen für ein friedliches Europa und lehnen den Aufbau einer europäischen Interventionsarmee ab.

Anstelle der sozialdarwinistischen Sicherung der begrenzten Rohstoffreserven durch Militäreinsätze streben wir eine gerechte Weltwirtschaftsordnung an, in der mit den Ressourcen verantwortungsbewusst, schonend und gleichberechtigt umgegangen wird.

Der Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan hat die Tür für Auslandseinsätze der Bundeswehr weit geöffnet.

Es ist unsere Aufgabe, diese den Kriegsherrn wieder zuzuschlagen. Die Beendigung des Afghanistaneseinsatzes ist ein wichtiger Baustein für eine friedlichere Zukunft. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Winfried Wolf

Chiffre 68:

Eine globale Revolte und ihre Bilanz

Daniel Cohn-Bendit war vor vierzig Jahren der bekannteste Sprecher des französischen „Mai 1968“. Heute signalisiert er im Blick zurück Entwarnung: *„1968 ist vorbei! Es ist begraben unter Pflastersteinen, selbst wenn diese Pflastersteine Geschichte geschrieben haben und zu einem radikalen Wandel in unserer Gesellschaft geführt haben. 1968 setzte den revolutionären Mythen ein Ende.“* Cohn-Bendit sieht die Bedeutung der 1968er Ereignisse vor allem in einem „Wandel“, der „die traditionelle Kultur“, den „Einfluss des Moralismus und die gesellschaftliche Hierarchie“ betroffen habe. Nicht zu leugnen sei „das Erdbeben“, das 1968 ausgelöst habe, allerdings durch „unsere vorsintflutlichen Vorstellungen von Gesellschaft, Moral und Staat“. Wichtig ist für ihn heute, dass es sich um eine abgeschlossene Angelegenheit handle, aus der keine relevanten Lehren für die aktuelle Politik und das gegenwärtige Handeln abzuleiten seien: *„Überlassen wir es also den neuen Generationen, ihre eigenen Schlachten zu schlagen und ihre eigenen Wünsche zu definieren.“*(1)

Solch ein Deckel-drauf-Artikel wird auch deshalb sechs Spalten breit in der auflagenstärksten deutschen Tageszeitung wiedergegeben, weil mit ihm die geschichtliche Bedeutung von 1968 bagatellisiert wird.

Tatsächlich lässt sich der Charakter der 1968er Ereignisse nicht auf einen „Wandel“ bezogen auf Kultur, Moral und Hierarchien reduzieren. In diesem Jahr kam es vielmehr zu einer globalen antikapitalistischen, anti-imperialistischen und bürokratiekritischen Revolte, die die Basis für spätere emanzipatorische Bewegungen – etwa die feministische Bewegung, die Schwulen- und Lesbenbewegung und die ökologischen Bewegungen - lieferte.

Sodann waren es nicht Pflastersteine, die Politik gemacht haben, sondern Hunderttausende, überwiegend junge Menschen, die dabei Millionen andere Menschen beeinflusst haben. Auch wenn führende Vertreter der 1968er, so Daniel Cohn-Bendit selbst, die Verführungen, die die Herrschenden den prominenten Überläufern im Überfluss boten, begierig ergriffen haben, so gibt es doch auch heute noch viele Menschen, die damals ein wichtiges Kapitel in der Geschichte des Kampfs für Emanzipation mitgeschrieben haben und die ihren Idealen treu blieben.

Schließlich ist es immer wieder die fatale

Geschichtslosigkeit, die neue Niederlagen begünstigt. Die „Schlachten der neuen Generationen“, die Haltung „Ya basta! Es reicht!“ und der Ruf „Eine andere Welt ist möglich!“ stehen in einer Kontinuität mit den Zielen des Jahres 1968, so wie diese selbst „nur“ ein weiterer Meilenstein in einer langen Kette im Kampf für gesellschaftliche Emanzipation waren.

Umfang und Akteure

In den 40-Jahres-Rückblicken **werden die 1968er-Ereignisse** – real geht es meist um den Zeitraum 1967 bis 1969 - **auf mehrfache Art und Weise reduziert**.

So erfolgt fast immer eine **geographische Einengung** auf die nationale oder regionale Perspektive: 1968 in Westdeutschland, in Frankreich oder möglicherweise noch in Westeuropa.

Tatsächlich handelte es sich um eine globale Revolte.

Sie fand in der „ersten“ Welt, in einer großen Zahl der industrialisierten kapitalistischen Staaten statt, so in Westdeutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, in den USA und in Japan.

Es gab sie in mehreren Staaten der sogenannten Dritten Welt so in Mexiko, Brasilien, im Senegal und in Argentinien.

Und es gab ein 1968 in einigen nichtkapitalistischen Ländern, so in Polen, in der CSSR und in Jugoslawien.

Natürlich handelte es sich immer um Ereignisse, die durch nationale und regionale Faktoren geprägt waren. Doch es gab auch Gemeinsamkeiten und eine internationale, wechselseitige Beeinflussung. Und es gab bei all diesen 1968er Ereignissen – auch bei denen in den nichtkapitalistischen Ländern - die Gemeinsamkeit, dass es Versuche waren im Kampf für Emanzipation, für radikale Demokratie und für ein Wirtschaftssystem, das von den Produzentinnen und Produzenten, als den aktiv Arbeitenden, kontrolliert wird.

Die 1968er Ereignisse werden in der Regel als eine „Studentenrevolte“ bezeichnet.

Es handelt sich dabei um eine weitere unzulässige – hier um eine - soziologische Verengung. Selbst eine Charakterisierung als Jugendrevolte ist unzureichend.

In Argentinien beispielsweise waren die

Akteure zunächst Studierende und dann, bei der aufstandsähnlichen Entwicklung im Mai 1969 in Córdoba, überwiegend Arbeiterinnen und Arbeiter („Cordobazo“).

In den USA wiederum spielte die Bewegung der schwarzen Bevölkerung, überwiegend Lohnabhängige, Landarbeiter, Haushaltshilfen und Arbeitslose, eine wichtige Rolle. Beim Kampf gegen den Großflughafen Narita in der Nähe von Tokio spielten schließlich neben den Studierenden Bäuerinnen und Bauern eine wichtige Rolle.

Auf weltweiter Ebene überwog möglicherweise der Anteil der Studierenden und der Auszubildenden.

Doch selbst in Frankreich, wo die Ereignisse des Jahres 1968 in den aktuellen Rückblicken fast immer mit einer „Studentenrevolte“ identifiziert werden, dominierte das proletarische Element. Alain Krivine, damals führender Vertreter der Jeunesse Communiste Revolutionnaire (JNR), die sich 1965 aus dem Studentenverband der KPF abgespalten hatte, stellte im Frühjahr 2008 fest: *„Der große Unterschied lag darin, dass die Studentenbewegung in Deutschland sehr isoliert von der Arbeiterklasse und der Bevölkerung war. In Frankreich hatten wir eine andere Tradition ... In meiner Erinnerung ist nicht so sehr die Studentenbewegung präsent, sondern es sind die zehn Millionen streikenden Arbeiter. Drei Wochen lang hielten sie die Fabriken besetzt, über denen die rote Fahne wehte. ... Viele Menschen sagten: In unseren imperialistischen Ländern gibt es so was nicht mehr. Aber nun gab es so etwas. Wir haben es gesehen.“*(2)

Themen und Auswirkungen

Schließlich gibt es in den aktuellen Rückblicken die **Einengung hinsichtlich der Zielsetzungen und Themen dieser Revolte**.

Am ehesten tauchen noch die Proteste gegen die Hierarchien an den Hochschulen auf. Diese spielten ohne Zweifel eine wichtige Rolle.

Doch das Themenspektrum war viel breiter. Oft waren die **Proteste gegen Medienmonopole und gegen Repression** bedeutender. In Südafrika und in den USA stand die Kritik am Rassismus im Zentrum.

In Rio de Janeiro, Brasilien, gingen im April 1968 mehr als 100.000 Menschen auf die Straße, was der bisher größte Massenprotest gegen die damalige Militärdiktatur war.

In Spanien richteten sich die massenhaften

Proteste gegen die seit mehr als drei Jahrzehnten herrschende faschistische Diktatur unter General Franco.

In Griechenland gab es am 3. November 1968 einen ersten – von Hunderttausenden getragenen – Massenprotest gegen die faschistische Diktatur, die im April 1967 mit der Durchführung eines Nato-Plans („Prometheus“) errichtet worden war.

Weltweit gab es als einigendes Band die internationale Solidarität gegen den US-Krieg in Vietnam.

Die entscheidende Kraft bezog die globale Revolte jedoch aus der Erwartung von Millionen Menschen, dass es die berechtigte Hoffnung auf einen demokratischen, die Massen überzeugenden Sozialismus geben würde und dass es die Menschen selbst sein würden, die diese tiefgreifenden Veränderungen erkämpfen könnten.

Die Vision, die in der CSSR im „Prager Frühling“ Millionen mobilisierte, war nicht ein Zurück zu Markt und Kapitalismus (was eine kleine Gruppe der Reformer wollte), sondern die Vorstellung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“.

Als in Warschau am 22. März 1968 10.000 protestierende Studierende einem Ultimatum der Polizei erfolgreich trotzten, stimmten sie spontan die „Internationale“ an.

Zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichten protestierende Studierende und Lehrkräfte der Philosophischen Fakultät von Belgrad eine Erklärung, in der es hieß: *„Wir haben kein eigenes Programm. Unser Programm ist das Programm der fortgeschrittensten Kräfte unserer Gesellschaft – das Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BDKJ) und unsere Verfassung (...) Wir wollen die unmittelbare Umsetzung dieser programmatischen Aussagen in die Praxis.“*(3)

Der marxistische Historiker **Eric Hobsbawm** versuchte im Juni 1968 ein einigendes Band zu erkennen und schrieb: *„Wenn Studenten gegen eine Gesellschaft rebellieren, die ihnen erhebliche Belohnungen verspricht, wenn Arbeiter in spontanen Massenaktionen zum Ausdruck bringen, dass das Leben aus mehr besteht als aus Überstundenverdiensten und Ferien in Palma (de Mallorca), dann sind dies keine rein französischen, sondern offenkundig internationale Phänomene... Frankreich beweist: Wenn jemand aufzeigt, dass die Menschen nicht ohnmächtig sind, dann können sie selbst zur Tat schreiten. Vielleicht beweist es noch mehr als das: Dass es nur das Gefühl der Machtlosigkeit ist, das viele von uns davon abhält, wie Menschen zu agieren und nicht mehr Zombies zu sein.“*

Die Ereignisse der Jahre 1967-1969 wurden von niemandem – weder von marxistischen, noch von bürgerlichen Theoretikern – vorhergesehen. Dennoch stellt sich natürlich

die Frage: Wenn 1968 eine Art globale Revolte war, sind dann für diese nicht wenigstens im Nachhinein („post festum“) neben den vielfältigen spezifischen, regionalen und nationalen Ursachen auch internationale Faktoren, die zu dem globalen Charakter beitrugen, erkennbar? Schließlich ist es extrem unwahrscheinlich, dass das Zusammenfallen dieser unterschiedlichen Revolten Dutzenden Zufällen zu verdanken ist. Tatsächlich lassen sich im Rückblick vier solche Faktoren herausfiltern.(4)

Ökonomie

1968 fällt weltweit zusammen mit einem Ende einer langen extensiven Phase wirtschaftlichen Wachstums (1948-1965).

Das Bruttosozialprodukt pro Kopf hat sich in dieser Periode in Westeuropa, Nordamerika und Australien verdoppelt, in den nichtkapitalistischen Ländern Mittel- und Osteuropas, in Südeuropa und in Asien lag das Wachstum noch höher (beim Zweieinhalb- bis Dreifachen).

So unterschiedlich die Ökonomien vor allem zwischen West und Ost waren, so gab es doch die Gemeinsamkeit, dass der Übergang von einer Phase eines extensiven Wachstums mit relativ geringen Produktivitätsfortschritten bei Einsatz vergleichbarer Technologie in eine Phase intensiven Wachstums mit qualitativ neuer Technologie auf der Tagesordnung stand.

Dieser Übergang war mit Krisenerscheinungen, mit Umbrüchen und auch mit großen Hoffnungen verbunden. Der ungarische, marxistische Ökonom Franz Janossy hat dem Thema Anfang der 1970er Jahre ein Buch („Das Ende der Wirtschaftswunder“) gewidmet. Marcel van der Linden dabei auf *„die historische Erfahrung“*, wonach *„die Endphase von Perioden langen Wachstums oft mit einem intensivierten Klassenkampf einhergeht“*. Er führt *„drei große internationale Streikwellen“* an (1869-75, 1910-20, 1968-74), die *„stets am Ende einer langen Periode ökonomischen Wachstums“* aufgetreten seien. (5)

Neuer Gesamtarbeiter

Ein zweites gemeinsames Element besteht in dem explosionsartigen Ausbau des Ausbildungs- und universitären Sektors, zu dem es im Zeitraum 1950-1970 kam.

Der Anteil der relevanten Altersgruppen an der „tertiären“ (universitären) Bildung lag im weltweiten Durchschnitt 1950 bei 1,4 Prozent und im Jahr 1970 bei 5,3 Prozent. Die Zahl der Studierenden als Anteil an den entsprechenden Bevölkerungsgruppen hat sich demnach vervierfacht. Dabei lag diese Steigerung in den reicheren Ländern niedriger; es gab eine Steigerung um das 3,5-fache, allerdings von einem Anteil von 2,6 auf 9,2 Prozent, also mit einem jeweils

deutlich höheren Niveau.

Diese qualitativen Veränderungen resultierten vor allem aus objektiven Anforderungen der Wirtschaft, die auch mit den beschriebenen ökonomischen Umbrüchen zusammenhingen. Zunehmend wurde die Einbeziehung geistiger Arbeit in den materiellen Arbeitsprozess eine Voraussetzung für die Produktion. Karl Marx beschrieb dies in dem Text *„Resultate des unmittelbaren Arbeitsprozesses“* wie folgt: *„Da mit der Entwicklung der realen Subsumtion (der tatsächlichen Unterordnung; W.W.) der Arbeit unter das Kapital (...) mehr und mehr ein sozial kombiniertes Arbeitsvermögen der wirkliche Funktionär des Gesamtarbeitsprozesses wird, (...) so werden mehr und mehr Funktionen von Arbeitsvermögen unter den unmittelbaren Begriff der produktiven Arbeiter, direkt vom Kapital ausgebeuteter (...) Arbeiter einrangiert. Betrachtet man den Gesamtarbeiter, aus dem das Atelier (die Fabrik usw.; W.W.) besteht, so verwirklicht sich (...) seine kombinierte Tätigkeit unmittelbar in seinem Gesamtprodukt, (...) wobei es gleichgültig ist, ob die Funktion des einzelnen Arbeiters, der nur ein Glied des Gesamtarbeiters ist, ferner oder näher der unmittelbaren Handarbeit steht.“*(6)

Diese Veränderungen bewirkten erstens, dass die vorhandenen Bildungseinrichtungen förmlich aus den Nähten platzten (übervolle Hörsäle usw.) und ihre hierarchischen Strukturen auch aus Sicht der Herrschenden den neuen Anforderungen nicht (mehr) entsprachen.

Zweitens wurde für die Studierenden deutlich, dass sie in ihrer Masse nicht Teil einer privilegierten Elite sein würden.

Was drittens die Organisation von Studierenden auch für rein studentische Interessen begünstigte.

Entkolonialisierung

Gemeinhin wird ohne größeres Nachdenken zur Kenntnis genommen, dass die 1968er Revolte in allen Ländern durch das Bild von Che Guevara geprägt wurde. Doch warum war das so? Wegen der Ästhetik? Waren die 1968er Teil einer pseudoreligiösen Bewegung, die einen an Jesus erinnernden Messias vor sich hertrug? Wegen der beeindruckenden exemplarischen Biographie des argentinisch-kubanischen Revolutionärs, der 1967 in Bolivien ermordet wurde? Das letztere spielte natürlich eine wichtige Rolle. Tatsächlich gab es für Che als Ikone der Bewegung jedoch einen objektiven Grund.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte ein umfassender Entkolonialisierungsprozess stattgefunden. Allein zwischen 1956 und 1970 schüttelten 51 Länder das koloniale Joch ab, in vielen Fällen als Resultat von Kämpfen der Befreiungsbewegungen. Das

führte im Weltmaßstab zu einem Erstarren des subjektiven Faktors und zu der allgemeinen Erkenntnis der Menschen, dass der Akt gesellschaftlicher Emanzipation in der Regel Ergebnis gesellschaftlicher Bewegungen ist. Die zitierte Verallgemeinerung von Eric Hobsbawm findet in der Person Che Guevara ihre Personifizierung und in dem Che zugeschriebenen Satz „Seien wir realistisch. Versuchen wir das Unmögliche!“ seine Konkretisierung.

Der antikoloniale Prozess stellte weltweit die rassistische Theorie einer weißen Herrenrasse in Frage.

In den USA trug dies erheblich zum Erstarren der schwarzen Bürgerrechtsbewegung und der radikalen Black Panther Gruppe bei (die führenden Black Panther-Vertreter und der Kopf der Bürgerrechtsbewegung, Martin Luther King, wurden 1968 ermordet).

Die kubanische Revolution wiederum stellte ein Exempel dafür dar, wie ein paar hundert Meilen von der US-Küste entfernt in einem relativ kleinen Inselstaat ein erfolgreicher revolutionärer Prozess durchgeführt werden und verteidigt werden konnte. In den Jahren 1966 und 1967 kam es in Kuba zu breit angelegten Treffen von Befreiungsbewegungen (Tricontinentale und OLAS), die den antikolonialen Kampf beflügelten.(7)

All dies hatte Rückwirkungen auf die Revolte in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern. Die jungen Menschen, die sich an diesen Revolten beteiligten, „entdeckten“ die historischen und aktuellen Verbrechen der jeweils herrschenden Eliten. Dadurch konkretisierten sie ihre Kritik an den herrschenden Verhältnissen.

Im Mai und im November 1967 tagte in Stockholm und im dänischen Roskilde das **Russel-Tribunal zu Vietnam**, auch als „Vietnam War Crimes Tribunal“ bezeichnet. Es spielte eine große Rolle für die internationale Solidarität mit der vietnamesischen Befreiungsfront FNL. Die Zusammensetzung des Tribunals war Ausdruck der damals bereits breiten Revolte - u.a. mit Vladimir Dedijer aus Jugoslawien, Wolfgang Abendroth aus der BRD, Simone Beauvoir und Jean-Paul Sartre aus Frankreich, Stokely Carmichael aus den USA, Peter Weiss aus Schweden bzw. Westdeutschland.

Das Tribunal sprach die US-Regierung des Völkermords in Vietnam schuldig. Das war eine Provokation. Bisher war das Verdikt Völkermord in erster Linie auf die Nazi-verbrechen angewandt worden. Das Vietnam-Tribunal nahm bewusst Bezug auf die im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess entwickelten Kriterien für Völkermord. Doch man ging noch einen Schritt weiter und machte deutlich, dass es hier nicht um einen Antiamerikanismus ging. Man entdeckte nun auch Vergleichbares in der Geschichte der eigenen herrschenden Eliten und deren Kolonialpolitik. In seiner Ab-

schlussrede vor dem Tribunal stellte der französische Philosoph Jean-Paul Sartre einen Zusammenhang zwischen der antikolonialen Bewegung und der Kolonialgeschichte „seines“ Landes her: „Der Nürnberger Gerichtshof war eben zusammengetreten, als die Franzosen, um ein Exempel zu statuieren, in Setif siebzigtausend Algerier umbringen ließen. Solche Vorgänge waren damals nichts Ungewöhnliches, und niemand dachte daran, deswegen die französische Regierung so zu verurteilen, wie man die Nazis gerade verurteilen wollte.“(8)

Krieg in Vietnam und Krise des US-Imperiums

Allgegenwärtig in der 1968er Bewegung war die Kritik am US-Krieg in Vietnam und die Solidarität mit der Befreiungsbewegung FNL, auch Vietcong genannt.

Auch dafür gab es gute Gründe. In dieser Auseinandersetzung bündelten sich mehrere Themen: Vietnam stellte aktuell den entscheidenden antikolonialen Kampf dar. Die **Befreiungsbewegung FNL** wies eine fortschrittliche Programmatik auf; sie wurde offenkundig von der großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Die Kriegsführung der US-Militärs war äußerst brutal, wobei diese Brutalität erstmals in der jüngeren Geschichte weitgehend live durch teilweise mutige, unabhängige Reporter auf die TV-Bildschirme in die Wohnzimmer geliefert wurde. Just an Ostern 1968 – dem buddhistischen Neujahrsfeiertag - führte der Vietcong die Tet-Offensive durch; tausende FNL-Angehörige tauchten völlig überraschend mitten in den Machtzentren der US-Militärs, so auch in Saigon, auf, und trotzten tagelang der US-Kriegsmaschinerie.

Entscheidend bei diesem Krieg war allerdings ein besonderer Aspekt:

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die USA zur dominierenden Weltmacht aufgestiegen. Sie lösten dabei das britische Empire ab. Zwar gab es auf weltweiter Ebene ein militärisches Patt zwischen den beiden "Supermächten", USA und UdSSR (Sowjetunion). Doch in Mittel- und Südamerika, im Nahen und Mittleren Osten und in großen Teilen Asiens trat die US-Armee mit Interventionen und Kriegen als Stütze der nachkolonialen, kapitalistischen Weltmarktordnung auf.

Bis zum Vietnamkrieg waren die USA im Feld unbesiegt. **In Vietnam wurde diese Pax Americana erstmals militärisch in Frage gestellt.** Dabei setzten die USA ihr gesamtes Waffenpotential mit Ausnahme der Atombombe ein. Auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs befanden sich 500.000 Mann der US-Armee vor Ort im Einsatz. Nordvietnam und seine Zivilbevölkerung wurden mit Flächenbombardements überzogen. Es gab exemplarische Kriegsverbrechen wie die Ermordung mehrerer hundert

Dorfbewohner in My Lai am 16. März 1968. Die US-Armee setzte in großem Maßstab Napalm gegen die Zivilbevölkerung und ein sogenanntes Entlaubungsmittel namens Agent Orange ein, in dessen Gefolge vietnamesische Mütter Geburten mit Tausenden missgebildeten Babies hatten. In den USA war die verheerende Wirkung von Agent Orange auf Menschen, Embryos und Babies bekannt. In die Lieferung des Giftes war der spätere deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker involviert. (9)

Doch der Einsatz der gewaltigen US-Kriegsmaschinerie erwies sich als vergeblich. In einem dialektischen Zusammenspiel zwischen der Verankerung der FNL in der vietnamesischen Bevölkerung, den politischen und militärischen Fähigkeiten ihrer Führung unter Ho Chi Minh und General Giap, der internationalen Solidaritätsbewegung und der Anti-Kriegs-Bewegung in den USA selbst musste die US-Regierung im Schlüsseljahr 1968 in Friedensgespräche einwilligen. Diese begannen ironischerweise am 2. Mai in Paris – die revolutionäre Atmosphäre des Mai 68 vor Ort verstärkte die demoralisierende Wirkung, die der Vorgang für die US-Regierung hatte.

Doch auch bei diesem wichtigen Thema, der "1968" prägte, wird das Primat der Ökonomie deutlich:

Anfang 1968 wurde zum ersten Mal die **Goldpreisbindung des Dollars**, die es seit Errichtung des Bretton Wood-Währungssystems 1945 gibt, **erschüttert**. Bisher garantierten die USA, dass die US-Notenbank für jede 35 US-Dollar eine Unze Gold bezahlt. Die wachsenden Militärausgaben der USA, die inzwischen rund ein Zehntel des US-amerikanischen Bruttosozialprodukts beanspruchten, und die drohende militärische Niederlage der US-Armee in Vietnam führten zu einer weltweiten Flucht aus dem Dollar und in Gold. Die US-Regierung beschloss außerordentliche Maßnahmen, um die Goldpreisbindung des Dollars zu verteidigen. Zur Finanzierung des Kriegs wurde ein zehnprozentiger Aufschlag auf die Einkommenssteuer beschlossen. Doch die Krisentendenzen verschärften sich. Anfang der 1970er Jahre wurde die Goldpreisbindung des US-Dollars aufgegeben. Dies wiederum ist eine entscheidende Grundlage für die aktuelle Krise des weltweiten Finanzsystems, das nach der Aufhebung der Gold-Dollar-Bindung zwar noch drei Jahrzehnte mal gut, mal weniger gut funktionierte, das aber in all diesen Jahren allein auf "Treu und Glauben" basierte.

1968 in Westdeutschland

Die westdeutsche Revolte der Jahre 1967-69, auch „Außerparlamentarische Opposition -APO“ genannt, spielte bis zum Frühjahr 1968 für die weltweite Bewegung eine maßgebliche Rolle.

Der „**Internationale Vietnam-Kongress**“, der auf Einladung des deutschen SDS am 17. und 18. Februar 1968 in Westberlin stattfand, und die **große internationale Demonstration in Solidarität mit der FNL** am 18. Februar boten erstmals wichtigen Gruppen der globalen Revolte und ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten – u.a. aus Frankreich, Italien, Schweden, Großbritannien, dem Iran und Westdeutschland – eine gemeinsame Plattform.

Die Schlusserklärung der Konferenz enthielt ein Sechs-Punkte-Aktionsprogramm, das den aktuellen Behauptungen, es sei um „Antiamerikanismus“ oder um abstrakte Solidaritätsbekundungen gegangen, widerspricht.

Die ersten zwei Punkte forderten auf zur Solidarität mit der FNL und zu „*Aufklärungsaktionen unter den GIs mit dem Ziel, die Wehrkraft der US-Armee zu zersetzen*“. Es gab damals tausende GIs, die desertierten; Teil der Vietnam-Solidarität war es, diesen zur Flucht in ein Land, in dem sie nicht verfolgt werden – etwa nach Schweden oder Kanada – zu verhelfen.

Im dritten Punkt wurde eine „*Kampagne gegen die Nato-Basen in Westeuropa*“ angekündigt.

Punkt 4 forderte „*Hafenarbeiterstreiks*“ dort, wo „*Rüstungsgüter für die US-Aggression in Vietnam verschifft*“ werden. Punkt 5 kündigte die Einrichtung einer „*Dokumentationszentrale gegen den Mißbrauch der Wissenschaft zu Zwecken der imperialistischen Kriegsführung*“ in Westberlin an.

Der letzte Punkt forderte „*in allen westeuropäischen Ländern eine Kampagne zur Aufklärung der Bevölkerung über Konzerne, die als Produktionsstätten für Vernichtungswaffen am schmutzigen Krieg verdienen*.“ (10)

Das Attentat auf Rudi Dutschke, den führenden Kopf der westdeutschen Revolte, am 11. April 1968 und der Ende 1968 einsetzende Fraktionierungsprozess des SDS, aus dem „Aufbauparteien“ hervorgingen, die sich überwiegend an Mao Tse Tung und Stalin orientierten, aus denen aber auch die Rote Armee Fraktion (RAF) hervorging, setzten der kreativen Phase der westdeutschen Bewegung ein abruptes Ende.

Aufstieg und Fall der bundesdeutschen 1968er Bewegung verdienen eine nähere Betrachtung. Die Ereignisse in Westdeutschland reflektierten die erwähnten vier Faktoren, die der globalen Revolte zu Grunde lagen. Gleichzeitig waren sie von spezifischen Aspekten, die mit der deutschen Geschichte und der globalstrategischen Stellung des deutschen Imperialismus zusammenhängen, geprägt.

Rezession 1966/67

Gerade Westdeutschland hatte 1948 bis 1966 eine solche beschriebene „extensive Phase“ der Wirtschaftsentwicklung, auch als „Wirtschaftswunder“ verklärt, erlebt. Bis Anfang der 1960er Jahre kam es in drei Wirtschaftszyklen zu einer Ausweitung der Produktion mit relativ niedriger Technologie und zu einem, vor allem durch Zuwanderung aus der DDR, aus Mittel- und Osteuropa und aus dem Süden („Gastarbeiter“) stark erweiterten Heer ausgebeuteter Lohnabhängiger. Die billige D-Mark mit ihrem festen Wechselkurs von 4 DM = 1 US-Dollar ermöglichte einen enormen Aufschwung der Exporte. Als Anfang der 1960er Jahre die offizielle Arbeitslosenzahl auf rund 200.000 abgesunken war, glaubte eine Mehrheit an einen Kapitalismus ohne Krisen und mit Vollbeschäftigung. Doch bereits der vierte Zyklus (1962-1967) mündete in eine Rezession; die Arbeitslosenzahl schnellte kurzzeitig auf 700.000 hoch. Offenkundig funktionierte das Modell „soziale Marktwirtschaft“ nicht mehr. Eine Modernisierung der Produktion, ein Übergang in eine „intensive Phase“ und die Suche nach neuen Absatzmärkten standen auf der Tagesordnung.

Die erneut demonstrierte Krisenhaftigkeit am Ausgangspunkt der Revolte spielte zwar für das allgemeine gesellschaftliche Bewusstsein eine wichtige Rolle. Doch im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern war die Boomperiode 1948-1965 weit ausgeprägter; Arbeitskämpfe spielten eine deutlich geringere Rolle als z. B. in Italien und Frankreich. Anders als in diesen Ländern kam es daher erst *nach* der Revolte, im Herbst 1969, zu einer Bewegung im Proletariat in Form der so genannten wilden Streiks.

Der entscheidende Teil der APO war sich des fehlenden Bindeglieds zwischen Revolte und Proletariat durchaus bewusst. In einem Interview mit dem „Spiegel“ wurde Rudi Dutschke im Sommer 1967 gefragt, ob der SDS „Streiks organisieren“ wolle; Dutschkes Antwort: „*Das ist eine Sache, die nicht von außen hineingetragen werden kann. Wir können nicht zu den Arbeitern gehen und sagen, nun macht mal einen Streik. Die Möglichkeit eines Streiks bietet sich allein auf der Grundlage der bestehenden Widersprüchlichkeit in der Ökonomie. (...) Wir wollen durch die Zusammenarbeit mit mittleren und unteren Gewerkschaftsvertretern (...) die Interessensidentität von Arbeitern und Studenten bewusst machen.*“ (11)

Krise des BRD-Ausbildungssektors

Während des langen wirtschaftlichen Booms kam es zu einer ersten, deutlichen Steigerung der Studierendenzahl. 1950 gab es in Westdeutschland gerade einmal 100.000 Studentinnen und Studenten; 1970

waren es 3,5mal mehr: 350.000. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Grund-, Haupt- und Gesamtschulen nur um rund 20 Prozent (auf 6,3 Millionen) erhöht. Allerdings verdeutlicht die auf die Studentenrevolte folgende Entwicklung, wie groß der Nachholbedarf zum qualitativen Ausbau der Universitäten und Hochschulen war: 1982 gab es 1,3 Millionen Studierende – nochmals knapp vier Mal mehr als 1970.

Ganz offenkundig waren die alten Strukturen der Ordinarienuniversität bereits 1967/68 dem Ansturm und den Ansprüchen neuer Studierender nicht mehr gewachsen. Entsprechend waren Forderungen nach Ausbau und Demokratisierung der Hochschulen weit verbreitet. Doch der Anspruch ging deutlich weiter. Projektiert war speziell für Westberlin eine „Gegenuniversität“; Rudi Dutschke im Sommer 1967 im bereits zitierten „Spiegel“-Interview: „*Wir versuchen, im nächsten Semester Vorlesungskurse zu initiieren von Doktoranden (...), von Assistenten und Professoren. Inhalt des Programms sind Referate und Diskussionen über Themen, die bisher innerhalb der Universität nicht diskutiert wurden (...) um unsere antiautoritären Studenten, also jenes Lager von 4000 bis 5000, aufklären zu können über die bestehenden Herrschaftsmechanismen und über die Emanzipationsbewegung.*“

Antikoloniale Bewegungen

Deutschland war seit dem Ende des Ersten Weltkriegs keine Kolonialmacht mehr. Allerdings stand die Solidarität mit den antikolonialen Bewegungen auch in Westdeutschland am Anfang der Revolte.

Rudi Dutschke sah den Auftakt für eine westdeutsche Revolte in Protestaktionen des SDS gegen einen Staatsbesuch des kongole-sischen Ministerpräsidenten Moise Tschombe im Jahr 1964. Tschombe war an der Ermordung des führenden Kopfs im Kampf gegen die Kolonialmacht Belgien, Patrice Lumumba, beteiligt. 1965 gab es erste, vom SDS angeführte Vietnam-Demonstrationen; 1966 fand in Westberlin ein erster Vietnam-Kongress statt.

Entscheidend für die breitere Politisierung wurde dann allerdings der Staatsbesuch des Schah von Persien im Juni 1967. Das postkoloniale Folterregime war wirtschaftlich und hinsichtlich des Gedankenguts eng mit dem autoritären westdeutschen Establishment verbunden. Als der Schah am 2. Juni 1967 Westberlin besuchte, war der Tonfall der Berichterstattung geradezu unterwürfig. „Berliner Morgenpost“: „*Jedesmal, wenn ein Fuss den Teppich berührte, musste der boy den gestörten Samt mit dem Schrubber wiederaufrichten. Dann – 11.45 h – die willkommenen Füße des Schahs und der schönen Farah beehren das neue Stück.*“

Der SDS organisierte eine breite Informationspolitik über das Regime. Tausende Studierende protestierten an den Orten, an denen der Schah auftrat. Am Abend des 2. Juni 1967 wurde bei einer Protestaktion in der Nähe der Westberliner Oper der Student Benno Ohnesorg von dem Polizisten Kurras erschossen. Beim Abschied sagte der Schah dem Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz: *„Lassen Sie sich davon nicht beeindrucken, das geschieht im Iran jeden Tag. Sie müssen viel mehr erschießen, dann haben sie hier Ruhe.“* (12)

Krise der US-Hegemonie & westdeutsche Vasallentreue

Der letztgenannte (vierte) gemeinsame Nenner der globalen Revolte, die Erschütterung der USA als führender imperialistischer Macht durch den Vietnam-Krieg, hatte für die westdeutsche Bewegung besondere Bedeutung.

Im Kalten Krieg waren die BRD Frontstaat und Westberlin Frontstadt. Die Bonner Regierung und der Westberliner Senat folgten den US-Regierungen in Vasallentreue. In dieser Frage gab es auch eine All-Parteien-Allianz. Auch die Gewerkschaften unterstützten uneingeschränkt die US-Politik im Kalten Krieg; in der ersten Hälfte der 1960er Jahre organisierte der Westberliner DGB am 1. Mai antikommunistische Massenkundgebungen vor der Mauer. Die Springer-Presse agierte mit Hetzkampagnen. Nach dem Mord an Ohnesorg schrieb „Bild“: *„Gestern haben in Berlin Krawallmacher zugeschlagen, die sich für Demonstranten halten. Ihnen genügt der Krach nicht mehr. Sie müssen Blut sehen.“* (13) Die Bonner Regierung unterstützte die USA im Krieg finanziell und materiell; nach Saigon wurde das Lazarettsschiff „Helgoland“ beordert. Als 1965 bei einem frühen SDS-Protest gegen den Vietnam-Krieg fünf Eier auf das Amerikahaus in Westberlin geworfen wurden, entschuldigte sich der damalige Regierende Bürgermeister Willy Brandt „beim amerikanischen Volk“. Der auf Albrecht folgende Berliner regierende Bürgermeister Klaus Schütz wusste: *„In Vietnam wird Berlins Freiheit verteidigt.“* Elmar Altvater verweist auf die Parallele zu Peter Strucks 40 Jahre später vorgetragener Feststellung, wonach „Deutschlands Freiheit am Hindukusch verteidigt“ werde. (14) Dabei hatte Schütz und hat Struck in gewissem Sinne Recht: Der Krieg in Vietnam war in den 1960er Jahren entscheidend für die Aufrechterhaltung der US-imperialistischen Weltherrschaft. Die Kriege in Afghanistan und im Irak sind entscheidend für die längstmögliche Verteidigung eines auf Öl basierenden Kapitalismus.

NS-Geschichte und Revolte

Bei all den unbestreitbaren Parallelen mit der globalen Revolte gab es im Fall der westdeutschen Revolte einige Besonderheiten, die für deren Verständnis und teilweise auch für die spätere Entwicklung von Bedeutung sind.

Da ist als erstes die deutsche NS-Vergangenheit zu nennen. Götz Aly behauptet unter anderem, der SDS und die APO hätten sich mit dieser Vergangenheit nicht auseinandergesetzt. Es wäre vermessen zu behaupten, die westdeutsche 1968er Bewegung hätte diejenige Aufarbeitung der deutschen Geschichte in der NS-Zeit geleistet, die damals bereits seit gut zwei Jahrzehnten erforderlich war, geleistet. Offensichtlich bedurfte es dafür noch mehr Zeit - und Anstößen von außen. Die pauschale Behauptung jedoch, die NS-Diktatur sei für SDS und APO "kein Thema" gewesen, ist allerdings falsch. Die Kontinuitäten zwischen der westdeutschen Elite und der NS-Herrschaft wurden seitens der APO vielfach thematisiert – so am Beispiel des deutschen Bundespräsidenten Heinrich Lübke, der in der NS-Zeit als Architekt Pläne für den Bau von KZ unterzeichnet hatte, so am Beispiel des deutschen Bundeskanzlers Kurt-Georg Kiesinger (1966-1969), der seit 1933 NSDAP-Mitglied war und seine erste Karriere im Reichsaußenministerium unter Rippendrop gemacht hatte. Selbst die allseits bekannte Parole der studentischen Protestierer gegen die Ordinarien-Universität: „Unter den Talaren – der Muff von Tausend Jahren“ zielte – was heute kaum mehr bekannt ist – auf das NS-Regime, das sich als „Tausendjähriges Reich“ apostrophiert hatte, ab.

Der Militärputsch in Griechenland am 21. April 1967 mit der Errichtung eines faschistischen Regimes wurde von der APO und vom SDS mehrfach thematisiert und in einen Zusammenhang mit der deutschen NS-Geschichte gebracht. Auf dem Berliner Vietnam-Kongress sprach ein Vertreter der Lambrakis-Jugend als Ausdruck der Solidarität des Kongresses mit dem antifaschistischen Widerstand in Griechenland.

Der Schriftsteller Erich Fried ging in seiner Rede auf diesem Kongress explizit auf die Folgen der NS-Geschichte für die aktuelle Bewegung ein: *„Vergessen wir nicht, hierzulande zehren die Kräfte der Unterdrückung immer noch von dem reichen Kapital, das die Hitlerzeit ihnen hinterlassen hat (...) Nur die Abwürgung der Tradition der Arbeiterschaft in den Hitlerjahren machte es möglich, dass in der Bundesrepublik Deutschland – sehr zum Unterschied etwa von England und Skandinavien – die außerparlamentarische Opposition im Geruch der Illegalität, des Hochverräterischen steht. Auch die KP (KPD; W.W.) hätte ohne diese Tradition aus der Hitlerzeit und ohne den Versuch, nach Hitler im Antikommunismus 'kulturelle Kontinuität' zu finden, nicht*

verboten werden können.“ (15) Ergänzend sei gesagt, dass einerseits die DKP als Ergebnis der APO im September 1968 gegründet werden konnte, dass jedoch andererseits das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum KPD-Verbot aus dem Jahr 1956 weiter besteht und unter spezifischen Bedingungen erneut in ein Verbot sozialistischer Organisation münden kann.

Antimilitarismus

Eine zweite Einmaligkeit der westdeutschen Entwicklung ist die lange Tradition einer antimilitaristischen Bewegung. Trotz – und teilweise wegen – der Integration der westdeutschen Arbeiterklasse Anfang der 1950er Jahre und der Reduktion der von Lohnabhängigen getragenen Klassenkämpfe auf ein rein ökonomisches Niveau (Kampf für Lohnfortzahlung; Tarifausschüsse usw.) gab es seit Anfang der 1950er Jahre eine lange Kette pazifistischer Kampagnen. Sie richteten sich gegen den Aufbau der neuen Bundeswehr, gegen die Mitte der 1950er Jahre geplante atomare Bewaffnung („Kampf dem Atomtod“), gegen den Beitritt der BRD in die Nato („Paulskirchen-Bewegung“) und ab Anfang der 1960er Jahre allgemein gegen die Gefahr eines Atomkriegs (Ostermärsche).

Diese Bewegungen, deren Träger und Trägerinnen eher ältere Linke, die sich treu blieben, waren, verschmolzen 1968 teilweise mit der jugendlichen außerparlamentarischen Opposition. Die Brücke bildeten dabei die gemeinsamen, auch von der IG Metall mitgetragenen Aktionen gegen die **Notstandsgesetze**. Hans-Jürgen Urban vom IG Metall-Vorstand verwies in einem aktuellen Rückblick auf diese Besonderheit: *„Am 11. Mai 1968 ... kam es in Bonn zu einem Sternmarsch, an dem sich 60.000 Demonstrierende beteiligten. Auch wenn die Verabschiedung der Kernbestandteile der Notstandsgesetze (...) nicht verhindert werden konnte, legte es einige Grundlagen für die weitere Entwicklung in den 1970er Jahren.“* (15)

Es lässt sich auch die These aufstellen, dass die starke westdeutsche Friedensbewegung in den 1980er Jahren und die aktuellen Bewegungen gegen den Irak-Krieg und den Afghanistan-Krieg von dieser Tradition profitieren.

SPD seit 1959 regierungsfähig

Schließlich gab es in Westdeutschland eine besondere Entwicklung der Sozialdemokratie. Als Resultat der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung hatte sich die SPD bereits 1959 mit dem Godesberger Programm und mit ihrem Ja zur Nato uneingeschränkt in die bürgerliche Gesellschaft integriert. Indem sie dabei 1961 ihre damalige Studentenorganisation SDS abspaltete, leistete sie

unfreiwillig einen Beitrag zur späteren Revolte, deren Kern der SDS bildete. Vor allem aber wurde die SPD auf diesem Weg sehr früh regierungsfähig.

Bereits Ende 1966 und als Reaktion auf die ersten wirtschaftlichen Krisenerscheinungen wurde eine Große Koalition unter Kurt-Georg Kiesinger (CDU) als Kanzler und Willy Brandt (SPD) als Außenminister gebildet. Diese Regierung realisierte das aktuelle Programm der herrschenden Elite, indem sie mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit des Bundestags die Notstandsgesetze nebst Grundgesetzänderung und eine erste „Öffnung nach Osten“ beschloss. Das erste diente der Repression nach innen, das zweite der Erschließung neuer Märkte zur Überwindung der Krise.

Bei den Wahlen 1969 wurde, auch als Resultat der Revolte, die SPD deutlich gestärkt. Es kam erstmals zur Bildung einer sozialliberalen Koalition, in der die SPD mit Willy Brandt (und später Helmut Schmidt) den Kanzler stellte. Auch in dieser Konstellation erwies sich die SPD als uneingeschränkt staatstragend. So wurde 1972 noch unter Kanzler Brandt ein in Europa einmaliger „Radikalerlass“ beschlossen, der Kommunisten und solche, die dafür gehalten wurden, die Ausübung eines Berufs in staatlichen Diensten untersagte. Tausende Berufsverbote waren die Folge. Die Gewerkschaften fassten „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“, aufgrund dessen klassenkämpferische („kommunistische“) Gewerkschaftsmitglieder zu Hunderten aus DGB-Gewerkschaften ausgeschlossen wurden.

Der Zerfall des SDS ab dem Jahr 1969 und das Aufgehen ehemaliger APO-Fraktionen in extrem hierarchischen Politsekten, in denen sich zehntausende junge Menschen politisierten und bald darauf entpolitisierten, ließen die SPD scheinbar als einzige „realistische“ Alternative zurück.

Dass die Grünen dann in den 1980er Jahre ihre im internationalen Zusammenhang einmalige Bedeutung erlangen konnten, resultierte vor allem aus der Zersetzung der APO und der rechten Positionierung der SPD, was auf der Linken ein großes Vakuum zurückließ.

In seinem Referat auf dem Berliner Vietnam-Kongress verwies Rudi Dutschke auf die fatale Geschichte der deutschen Linken: *„Der deutsche Imperialismus hat durch seine Niederlagen im 1. und 2. Weltkrieg entscheidenden ökonomischen, politischen und ideologischen Boden verloren. Dem entsprach in widersprüchlicher Form der Zersetzungsprozess der revolutionären Tendenzen der Arbeiterbewegung. In der falschen Alternative Kapitalismus (freie Welt) und 'Stalinismus' (die die Sozialdemokraten in der BRD nicht als falsche erkannten) erfolgte die systematische und langanhaltende Integration der lohnabhängigen Massen in das System von Konzessio-*

nen, welches gerade den Spätkapitalismus auszeichnet. (...) Der revolutionäre deutsche Sozialismus verschwand historisch von der politischen Bühne, um erst nach 20 Jahren in einzelnen Abteilungen der Studentenschaft, einzelnen Fraktionen von Lohnabhängigen ... wieder geschichtliche Realität zu werden. Die marxistische Theorie individualisierte sich, verlor damit ihren praktisch-kritischen, ihren wirklich subversiven Kern.“ (16)

Was bleibt?

Vier Lehren können aus der Erfahrung mit 1968 gezogen werden:

Erstens. Eine globale antikapitalistische Revolte ist notwendiger denn je. Die globale Revolte von 1968 fand zu einem Zeitpunkt statt, als höchstens am Rande von „multinationalen Konzernen“ und noch nicht von einer „Globalisierung“ die Rede war. Die Arbeitslosigkeit spielte im Westen kaum eine Rolle. In Westdeutschland und in großen Teilen Westeuropas war von der Existenz einer „Wohlstandsgesellschaft“ die Rede. Ganz offensichtlich gibt es heute für eine globale Revolte weit gewichtigere Gründe als vor vierzig Jahren. Die jüngere globalisierungskritische Bewegung und die Antikriegsbewegung greifen viele Themen auf, die Grundlage einer solchen neuen Revolte sein könnten.

Zweitens. Eine globale Revolte ist möglich. Natürlich weiß heute niemand, ob es zu einer neuen antikapitalistischen Revolte kommt. Allerdings wusste man das auch nicht im Vorfeld der 1968er Revolte. Grundsätzlich haben revolutionäre Ereignisse – etwa die französische Revolution von 1789 oder die deutsche Revolution von 1848 – zwar ihre ökonomischen und sozialen Wurzeln. Sie sind jedoch nicht vorherbestimmbar. Die unter der Oberfläche erfolgende Zuspitzung innerer Widersprüche und die Entwicklung einer breiten antikapitalistischen Stimmung dürften heute ähnlich fortgeschritten und auf weltweiter Ebene entwickelt sein wie im Vorfeld von 1968.

Drittens. Der subjektive Faktor spielt eine erhebliche Rolle. Die marxistische Theorie von Basis und Überbau, wonach letzten Endes die ökonomische Basis für den Überbau von Politik (Recht, Ideologie usw.) entscheidend ist, wird oft in objektivistischer und fatalistischer Weise fehl interpretiert. Die Geschichte aller Revolutionen und die 1968er Revolte lehren, dass dann, wenn die objektiven Verhältnisse für gesellschaftliche Umbrüche herangereift sind, der subjektive Faktor – Individuen, vor allem aber organisierte Gruppen, Initiativen und Parteien – eine entscheidende Rolle spielen. Der deutsche SDS hatte auf dem Höhepunkt 1968 knapp 2000 Mitglieder. Die französi-

sche JCR zählte im Mai 1968 gar nur knapp 1000 Mitglieder. Nicht anders verhielt es sich mit dem US-amerikanischen SDS und mit den Black Panthers. Dennoch war die gesellschaftliche Wirkung dieser Gruppierungen immens. (17)

Viertens. Die Notwendigkeit einer radikalen, die Massen begeisternden Alternative. In einer neuen emanzipatorischen Revolte wird man zwar – um eine breit getretene Formulierung aufzugreifen – die „Leute dort abholen müssen, wo sie stehen“. Die aktuelle soziale Frage wird also im Zentrum stehen müssen. Doch die Erfahrung mit 1968 lehrt (und der aktuelle Zustand des Kapitalismus legt nahe), dass eine solche Revolte dann Massen bewegt, wenn sie eine grundsätzliche Alternative zum Kapitalismus offensiv auf die Tagesordnung setzt. Eine Passage aus dem „Spiegel“-Interview mit Rudi Dutschke 1967 ist hierfür aufschlussreich. Dutschke entwickelte darin das Modell einer direkten Demokratie mit Räteherrschaft und Mehrparteiensystem. Er argumentierte dann, dass selbst in einer sozialistischen Gesellschaft sich *„die Menschen dauernd ihrer selbst verunsichern (müssen), damit sie fähig werden, alle sich neu ergebenden Möglichkeiten – Reduktion der Arbeit, Entwicklung sinnlicher Phantasie, Abschaffung von Elend und Krieg – zu verwirklichen.“*

Darauf unterbricht ihn der „Spiegel“-Interviewer mit dem Einwand: *„Was Sie da ausmalen – ist das nicht der biblische Garten Eden?“* Darauf Dutschke: *„Ja, der biblische Garten Eden ist die phantastische Erfüllung des uralten Traums der Menschheit. Aber noch nie in der Geschichte war die Möglichkeit der Realisierung so groß.“*

Anmerkungen

1. Daniel Cohn-Bendit, „Nostalgie und Realität“, in: Süddeutsche Zeitung vom 21. Mai 2008.
2. Interview mit Alain Krivine, „1968 ist aktuell, aber wir brauchen keinen Gedenkstein“, in: Sozialistische Zeitung/SoZ, Mai 2008.
3. In Belgrad richteten sich die studentischen Proteste auch gegen einen beginnenden neuen Nationalismus innerhalb des BDKJ. Im Mai 1969 konnte man in einem Text einer Belgrader Studentengruppe die folgenden geradezu prophetischen Sätze lesen: *„Im Laufe des letzten Jahres (1968) sind in allen Republiken (Jugoslawiens; W.W.) nationalistische Tendenzen zum Vorschein gekommen (...) Die Studenten unterstützen einstimmig all diejenigen Bemühungen, die zu einer Stärkung der Solidarität und der Zusammenarbeit der jugoslawischen Völker und Völkerschaften*

führen. Die Verantwortung für das Bestehen starker Tendenzen, die in letzter Konsequenz den Fortbestand Jugoslawiens als einer Gemeinschaft der Völker gefährden, tragen (...) all diejenigen bürokratischen Kräfte, die ihre Sonderinteressen mit den Interessen einzelner Nationen und Republiken identifizieren. Die Studenten sind dagegen überzeugt, dass die wichtigste Grundlage zur Überwindung des Nationalismus in der Überwindung der Unterschiede im Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung und des Bürokratismus liegt.“ Wer dies heute, 40 Jahre später, liest, muss vor dem Hintergrund der tragischen Entwicklung auf dem Balkan im Zeitraum 1989-2008 (Anerkennung des Kosovo als neuem unabhängigen Staat) feststellen, dass es sich um prophetische Sätze handelte und dass die Zielsetzungen dieser Bewegung, wären sie denn umgesetzt worden, die Tragik der neuen Balkankriege, des neuen Massenelends und des neuen Völkerhasses usw. hätte vermeiden können. Zuvor zitiert nach: Boris Kanzleiter, „Die affirmative Revolte – 1968 in der Sozialistischen Förderativen Republik“, in: Jens Kastner und David Mayer (Hg), Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive, Wien 2008, S. 102f.

4. Bei drei von ihnen orientiere ich mich an dem ausgezeichneten neuen Artikel Marcel van der Linden, „1968 – Das Rätsel der Gleichzeitigkeit“, in: Kastner/Mayer (Hg), Weltenwende?..., a.a.O., S. 23ff.

5. Marcel van der Linden, a.a.O., S. 26.

6. Karl Marx, Resultat des unmittelbaren Produktionsprozesses, MEGA, II/4.1, S. 109.

7. 1974 kam es in Portugal zum Sturz des faschistischen Salazar-Caetano-Regimes. Träger der Revolte war eine Bewegung der bewaffneten Streitkräfte –

MFA. Die jungen Offiziere dieser Gruppierung hatten ihre Erfahrungen mit dem Erstarken des antikolonialen Kampfs in den portugiesischen Kolonien Guinea-Bissau, Angola und Mozambique gemacht. Ihr erstes Ziel war es, die mehr als 400-jährige Kolonialzeit Portugals zu beenden und eine demokratische Gesellschaft zu schaffen.

8. Bertrand Russell/Jean-Paul Sartre, Das Vietnam-Tribunal II oder Die Verurteilung Amerikas, Reinbek bei Hamburg 1969, S.224. Noch krasser dürfte das folgende Verbrechen der französischen Kolonialmacht 1944/45 in Vietnam sein: Nach dem Rückzug der japanischen Imperialisten aus Indochina wollten Frankreich und die westlichen Alliierten, insbesondere England, verhindern, dass die dortige Befreiungsbewegung Vietminh (ein Vorläufer der FNL bzw. des Vietcong) die Macht übernahm und betrieben zu diesem Zweck eine Aus Hungerspolitik, mit der Folge, dass im Winter 1944/45 zwei Millionen Vietnamesen den Hungertod starben. Vgl. Howard Zinn, Eine Geschichte des amerikanischen Volkes, Berlin 2007, S.460f.

9. „Biologen der US-Universität Yale setzten Mäuse demselben Gift (2,4,5-T, das so genannte Agent Orange) aus und beobachteten, dass missgebildete Mäuse geboren wurden; sie sagten, sie hätten keine Veranlassung zu glauben, dass das Gift nicht dieselbe Wirkung auf den Menschen hätte.“ Howard Zinn, a.a.O., S.468. Richard von Weizsäcker war 1962-66 Mitglied der Geschäftsführung des Chemieunternehmens Boehringer, Ingelheim, das als Zulieferer für die Agent Orange-Produktion von Dow Chemical aktiv war. Vgl. „Der Tod aus Ingelheim - Die Akte Boehringer“, in: Der Spiegel 31/1991.

10. Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus – Internationaler Vietnam-Kongress-

Westberlin, herausgegeben vom SDS Westberlin, Berlin 1968, S. 159f.

11. „Wir fordern die Enteignung Axel Springers“, Interview mit Rudi Dutschke im Spiegel, 29/1967.

12. Zitiert in: Uwe Soukup, Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967, Verlag 1900 Berlin, Berlin 2007, S.157f. Soukup schreibt zu diesem Ereignis zutreffend: „Sollte je an einer beliebigen Polizeiakademie die Übung auf dem Lehrplan stehen, den friedlichen Protest einiger Demonstranten zuerst in eine veritable Straßenschlacht und später dann in eine langjährige gewaltsame Auseinandersetzung umzuwandeln, müsste man den 2. Juni 1967 in Berlin als Anschauungsmaterial heranziehen. Schließlich ist genau das der Berliner Polizei an diesem Tag gelungen.“ Ebenda, S. 8.

13. Zitiert bei Soukup, a. a. O., S.157.

14. Elmar Altvater, „1968 – Eine Verteidigung“, in: die linke.campus, Zeitung des Linke.SDS, Ausgabe Nr. 4/2008.

15. Hans-Jürgen Urban, „Demokratie? Zur Not geht's ohne“, in: die linke.campus, a.a.O.

16. Internationaler Vietnam-Kongress, a. a. O., S.110f.

Inwieweit diese politischen Gruppierungen in ihrer Politik der Situation gerecht wurden, inwieweit politische Fehler zum letztendlichen Scheitern der Revolte beitrugen, kann hier nicht debattiert werden. Alain Krivine sagte auf dem Kongress „40 Jahre 1968“ am 3. Mai 2008 in Berlin sinngemäß, dass seine Kandidatur im Juni 1968 als Präsidentschaftskandidat der revolutionären Linken und gegen General de Gaulle zwar richtig, aber doch von einem falschen, abstrakten Propagandismus geprägt gewesen sei.

